



20. Heft | 8. Oktober 1908

## KARL LEUTHNER · DER BUDGETSTREIT UND WAS DARAN HÄNGT



ER Streit um die Budgetbewilligung und sein Ausgang auf dem Nürnberger Parteitag, der kein Abschluss ist sondern alle Kontroversen und Gegensätze fortbestehen lässt, wurde ausserhalb der Grenzen Deutschlands, je lauter der Hader lärmte, um so mehr mit scheuer Verwunderung verfolgt. Unbekannter mit den historischen Voraussetzungen des Konflikts und mit seinen psychologischen Ursprüngen suchte man den Grund in der Sache zu finden — worin sie nie lag — und wurde nun völlig irre bei der schier unvollziehbaren Vorstellung, dass ein geringfügiger Gegenstand, eine blossse Frage der Etikette, die Gemüter so erhitzen, die Leidenschaften wochenlang in heller Lohe erhalten konnte. Zweifellos: der Fehler war bei den Betrachtern, die dort nach Dingen fragten, wo nur geschichtliche Überlieferungen, fortgeerbte Anschauungen und ihre Widerspiegelung in persönlichen Ansichten und Absichten in Frage kamen. Dennoch muss aber gestattet sein in dem Fehler sogar zu verharren; bietet das Problem der Budgetbewilligung und die politische Wichtigkeit, die ihm in dem staatlichen Leben heute zukommt, für den Streit und seine Heftigkeit keine Erklärung, so gibt es doch den einzigen objektiven Massstab an die Hand Wert und Würde des Streitigen zu messen. Denn am Ende sind wir nicht bloss Träger von Traditionen — und sei es auch von solchen revolutionärer Art — sondern haben als Menschen der Gegenwart die Pflicht überlieferte Meinungen an dem Probestein der Tatsachen und Bedürfnisse des gegenwärtigen Zustandes zu prüfen.

Wir wissen nun so ungefähr, wie hoch einzelne sozialdemokratische Redakteure die Wichtigkeit der Budgetverweigerung einschätzen. Ist es aber nicht erlaubt nachzuforschen, ob diese Schätzung am Ende einen imaginären Wert geschaffen hat, dem auf dem Markt des Lebens kein wirkliches Gut entspricht? Unstreitig würden einige der feurigsten Philippiken gegen das Staatsbudget, wie wir sie in den letzten Wochen gehört und gelesen haben, im 18. Jahrhundert und etwa noch im Vormärz als revolutionäre Tat empfunden worden sein: damals, als das neuerdings viel zitierte Wort Friedrichs des Grossen, dass der friedliche Staatsbürger durch den Krieg nicht geniert werden solle, noch Kurs hatte. Es bezeichnet nicht, wie man heute komischerweise

behaupten möchte, eine spezifisch preussische Staatsauffassung sondern ist der Ausdruck der allgemeinen Denkweise einer Epoche, in der andererseits die *gebildete Welt* so staatslos und unpolitisch dachte wie nie vorher und nie nachher. Aber es hat seine letzte Wurzel gleichwohl in Zuständen, die auch zu jener Zeit grösstenteils überwunden waren. Das Mittelalter hatte die Staatsgewalt und Staatstätigkeit unendlich geteilt, alle ihre Teile gegen einander lokalisiert und verselbständigt. Der Inhaber der höchsten Macht war für deren militärische Hilfsquellen auf den Besitz seines Hauses und auf grösstenteils unregelmässige, gelegentliche Abgaben angewiesen. Selbst nachdem der Absolutismus militärisch bereits befestigt war, bildete es den Rückhalt ständischer Versammlungen, dass sie die Schnüre des Beutels in der Hand hielten. Die einzelnen Stände traten einander fast gesondert gegenüber. In der Mutter der Parlamente wurde jahrhundertlang weniger um Freiheit als um Freiheiten gekämpft; dabei konnte das Mittel der Abgabenverweigerung noch leichter angewendet werden, als die Macht des Staates gleichsam ein persönlicher Besitz war, als man dem König steuerte, wenn man Geld für sein Heer bewilligte, als der Staat nur wenige Funktionäre zählte, und das bürgerliche Leben ohne sein Eingreifen sich im wesentlichen selbst regulierte. Damals war das Budgetrecht die grosse Kraft der Revolutionen, aus jenen Zeitläuften eigentlich rühren die heute nachwirkenden Vorstellungen über den Wert der Budgetverweigerung her, und nicht ohne Wehmut ist der Gedanke, dass so mannhaft, heroische Gesinnungen die Gelegenheit zu ihrer Betätigung um ein Vierteljahrtausend überlebt haben.

Das 19. Jahrhundert wirtschaftet da eigentlich von Anfang an mit fiktiven Grössen. Dennoch ist es begreiflich, dass der Manchesterliberalismus ein fanatischer Budgetverweigerer war. Er ist ja das Gegenbild des aufgeklärten Absolutismus, und wie jener das Ganze des Staates in der fürstlichen Macht vereinigen wollte, machte er zur Summe des privaten und öffentlichen Lebens den bürgerlichen Erwerb. Sein *Anarchismus* ist ideeller Rückschlag mittelalterlicher Anarchie. Die breiten Massen, die vom Staate wahrlich anderes zu fordern hatten als Freiheit des Geschäfts und Vergöttlichung des Profits, folgten seinen Schlagworten, weil der Staat ihnen nur als *Nachtwächter* mit Verwaltungs-, Zoll- und Polizeibeamten entgegentreten schien. Immerhin war die Zeit der wirksamen Budgetkämpfe schon dahin. Soll die Ablehnung des Budgets revolutionär wirken, muss hinter ihr die Möglichkeit der Steuerverweigerung stehen. Aber schon unter den Nachwehen der Revolution brachen in Preussen die Steuerverweigerer hilflos zusammen, für unsere Tage hat das Wiborger Manifest, hat die ungarische Koalition bewiesen, dass Steuerverweigerung nur ein Lumpenmann ist, um Spatzen von Kirschbäumen zu scheuchen. Es hat sich eben alles verändert: das Wesen des Staates und sein Verhältnis zu den Bürgern, das Wesen des Budgets und wiederum sein Verhältnis zu den Bürgern. Die Tätigkeit des Staates umfasst alle Seiten des bürgerlichen Lebens, das stocken müsste, wenn jenes stillstände; und der Staat beschäftigt Hunderttausende von Familienvätern, so dass Millionen von Existenzen an ihm und seinem Budget hängen. Die Budgetverweigerung kann demnach heute, wo es sich nicht mehr um Hofstaat und Söldnertruppen handelt, gar nicht ernst gemeint sein. Würde sich jemand schon einbilden, er vermöchte durch sein *Nein* das Deutsche Reich zu zwingen angesichts der

französischen und russischen Millionenheere die Armee vom Feldmarschall bis zum Offiziersburschen heinzuschicken, so wird er doch nicht glauben den Dienst der Post, der Renteninstitute und der Reichseisenbahnen unter dem Beifall des Publikums abschaffen zu können. Für die Einzelstaaten, um die es sich in dem Streitfall handelte, liegt die Sache noch einfacher. Da niemand wünscht, dass keine Bahnen mehr fahren, dass der Staat seine Domänen brach liegen lasse, dass die Schulen und hygienischen Anstalten gesperrt werden: was bedeutet die Ablehnung des Budgets, wenn sie als prinzipielle Angelegenheit zwischen Partei und Staat, und nicht als zeitweilige politische Massnahme von der Partei zur Regierung gemeint ist?

Was ist überhaupt heute das Budget? Werden dem Staat in dem Etat Abgaben bewilligt? Nur der leeren Form nach. Er enthält Steuern, die auf Gesetzen, Zölle, die auf Verträgen, Gebarungsüberschüsse, die auf Tarifbestimmungen ruhen; die Einnahmenseite setzt sich aus lauter Posten zusammen, die sich auf besondere gesetzliche Regelung gründen, die Ausgabenseite zum guten Teil aus Gehalts- und Zahlungsansprüchen, die gesetzlich gewährt leistet und klagbar sind. Daher geht, wenn auch das Budget verweigert wird, wie Österreichs Krisenjahre und selbst das konstitutionelle Musterland Ungarn beweisen, die Staatswirtschaft unverändert ihren Gang weiter. Das Parlament hat deshalb im Staatshaushalt keineswegs eine geringere gestaltende Kraft: es bewährt sie bei der Ausformung der Steuergesetze, bei der Verstaatlichung der Bahnen, beim Abschluss von Handelsverträgen, bei der Feststellung oder Gutheissung von Tarifen, bei der Neuordnung der Gehaltsskala, bei der Erhöhung oder Reduzierung des Rekrutenkontingents. Es bewährt sie aber gar nicht, weil es sie nicht bewähren kann, bei der Gesamtabstimmung über das Budget, das an sich eine nichts besagende Formalität ist, ausgeführt meist vor gähnend leerem Haus, gelangweilt gähnender Abgeordneter. Noch einmal: Das Parlament greift schöpferisch ein in das Staatsleben durch die Arbeit auf jenen Sondergebieten. Und sehen wir nun, dass die Sozialdemokraten in einigen dieser Sondergebiete am eifrigsten beschäftigt sind, dass sie es zum Beispiel in der Sorgfalt für Staatsbedienstete und Staatsarbeiter, Arbeits- und sogar Kriegsinvaliden, für Schule und Spitäler allen anderen zuvortun und mit Recht diese positiven Leistungen sich gut schreiben, so bejahen sie doch in solchen praktischen Handlungen von weitreichender Bedeutung die Existenz des Staats aufs nachdrücklichste. Dennoch sollen sie prinzipiell verpflichtet sein das Budget abzulehnen? Warum? Hat etwa unser negatives Verhalten zum Gegenwartsstaat keine andere Ausdrucksform als diese Fiktion?

Indes, selbst als Fiktion kann man sie nicht mehr gelten lassen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Volk und Bürger werden durch Spezialgesetze geregelt, das Gesamtbudget trifft sie gar nicht, ist eine einfache Summe, eine blosser Konstatierung von finanziellen Tatsachen mit keinem andern als parlamentarisch formalem Wert. Wer das Gesamtbudget ablehnt, handelt nicht gegen den Staat, will gar nicht gegen den Staat handeln — es sei denn, dass er nicht weiss, was er will —, sondern er hat vielleicht die Absicht die Regierung durch ein Misstrauensvotum zu stürzen. Das kann er freilich ebenso gut durch eine motivierte Tagesordnung oder durch den symbolischen Abstrich von 10 Pfund vom Budget; vorausgesetzt, dass er einem

parlamentarischen Ministerium gegenüber steht. Wenn nicht, bleibt auch dieser Effekt aus. Und es hilft wenig, dass in Kämpfen der Vergangenheit Budgetverweigerung ein Hauptmittel war die Parlamentsherrschaft vorzubereiten; heute wohnt dem Budget nach seiner veränderten Art die Kraft nicht mehr inne, heute muss man, will man nicht in heller Gegenwart Gespensterschlachten der Vergangenheit schlagen, nach anderen Mitteln Ausschau halten. Und es gibt deren nicht wenige.

Das heisst nun alles nicht, dass man dem Budget zustimmen müsse. Ist das Misstrauensvotum der Sozialdemokraten auch nicht stark genug eine preussische Regierung zu stürzen, so gibt die preussische Regierung und die Regierung des Reichs wenig Anlass ihr das Vertrauen zu votieren. Ist das Ganze eine Frage der Form und Formalität, so braucht sich dem Fürsten Bülow gegenüber niemand gedrunzen zu fühlen Formen und Formalitäten liebenswürdigen Entgegenkommens anzuwenden. Man trifft sicherlich bei Abstimmungen über das Gesamtbudget den *Klassenstaat* an keiner lebenswichtigen Stelle, man markiert bloss, man befolgt nur Überlieferungen; allein vorläufig ist kein Grund sichtbar die Marke zu ändern und Herkömmlichkeiten, die bei den Massen einen gewissen Gefühlswert besitzen, umzustossen. So wäre also gegen die Budgetverweigerung und die Budgetverweigerer nichts zu erinnern, sofern sie sich nicht anschicken eine recht unbeträchtliche Sache zum heiligsten Glaubensartikel zu erhöhen und in einer Frage, in der die Umstände und Erwägungen der Nützlichkeit alles entscheiden, mit unverbrüchlichen Prinzipien zu hantieren. Man könnte wohl fragen, ob die Bayern klug daran tun, wenn sie unter die Rechnungen des übermächtigen und übermütigen Zentrums ihre Unterschrift setzen — und es gibt sehr viele, denen das sehr fraglich erscheint —, doch dabei war nur die Angemessenheit der Taktik, waren nicht die Gesinnungen der Bayern zu bezweifeln. Wer jedoch aus etwas, das heute zu einer reinen Formsache geworden ist, ein unabänderliches Gesetz des Verhaltens schmieden will, gültig überall und allezeit, der beweist bloss, dass ihm der Staat und sein Budget in seinem gegenwärtigen Wesen unbekannt sind, dass die aus der Denkweise des Liberalismus stammenden Vorstellungen auf seinen Geist eine Gewalt des Zwanges ausüben, dass er seine Prinzipien nicht von den Notwendigkeiten des heutigen Lebens abstrahiert sondern in ihnen den Urväterhausrat sogenannter *revolutionärer Überlieferung* weihen und zum Fetisch erheben will. Empfängt man hierzu noch den Zusatz, das Budget sei abzulehnen, weil die Staatsbahnen ihre Reinerträge lediglich der Ausbeutung des Personals verdanken, erfährt man vom obersten Schatzhüter des Marxismus, das Wertgesetz sei unbesehen auch auf Staatsbetriebe anzuwenden, und nicht der Tarif, als ein Verkehrsverhältnisse und fiskalische Bedürfnisse gegenseitig abwägendes Kalkül, sondern der auf irgend eine geheimnisvolle Weise ermittelte *Mehrwert* bestimme die Überschüsse der Bahnverwaltung: so bleibt vor diesem Andrang allerneuester Erkenntnis nicht übrig als zu schweigen und schweigend zu verehren.

Doch hat der Konflikt noch einen Punkt, an dem er die praktische Politik berührt. Für den erfahrenen Politiker war die Aktion der Budgetverweigerer am erstaunlichsten darin, dass sie das schlechthin Unmögliche und als unmöglich sofort zu Erkennende als ihr eigentliches Ziel erfasste. Die Budgetbewilliger sollten unter das Gebot der Mehrheit gebeugt werden. Doch sagt

nicht das *ABC* der Taktik, dass Minderheiten, die einen bestimmten grösseren autonomen Verband bilden und ein geographisch geschlossenes Gebiet beherrschen, überhaupt niemals majorisiert werden können? Nicht Unterwerfung sondern Sezession kann in solchen Fällen einzig der Ausgang des Prozesses sein; deshalb musste auch in Nürnberg zuletzt — die Mehrheit zurückweichen. Darin ist jedoch mehr als eine äusserliche Niederlage eingeschlossen. Es spricht daraus die zu späte Erkenntnis, dass man seine Autorität weiter spannen wollte als die Macht reicht. Und Schlimmeres kann einer regierenden Mehrheit nicht begegnen. Man mag die staatsrechtliche Dezentralisation Deutschlands als Glück preisen oder als Unglück verfluchen, sie bildet einen äusseren Rahmen, in den sich auch die sozialdemokratische Organisation einpassen muss. Und gibt es einmal Landtage mit selbständigen Funktionen, dann können auch die Landesorganisationen und Landtagsfraktionen nicht fehlen, denen hohe Selbständigkeit verliehen ist, weil gegenüber den autonomen Staatsgewalten nur autonome Parteigruppen erfolgreich operieren werden. Eine von Berlin aus dirigierte Münchener Landtagsfraktion gehört nicht in die Reihe der denkbaren Dinge, so wenig als eine von Berlin aus gelenkte Münchener Regierung; ja noch weniger, denn die Beeinflussung vermöchte sich hier der demokratischen Formen wegen der öffentlichen Kenntnis nicht zu entziehen.

So war denn die Abwehr der Bayern auch in der schärfsten Form berechtigt, solange sie nicht vom blauweissen Partikularismus ihre Argumente entlich. Allein damit fing es gerade hier vom ersten Tage an. Jene geistreiche Theorie, die alle Übel in der Welt von den preussischen Junkern ableitet, hat eine ebenso geistreiche Ausgestaltung gefunden: indem man den ganzen Schatz liebenswürdiger Redensarten, mit denen der Freisinn einst seinen Geisteskampf gegen die Junkerherrschaft geführt, nun stracks auf das gesamte Preussen anwendet, als wären alle diese 36 Millionen auf adligen Herrensitzen geboren und in der Landratsatmosphäre aufgewachsen. Doch hast du einen Popanz, so schlag auf ihn los. Das Unerfreulichste ist hierbei, dass einem dies Gedankengemenge mit der jetzt überall üblichen kulturgeschichtlichen Tunke serviert wird. Wir haben eine Renaissance der Kulturhistorie erlebt, die aus dem Feuilleton stammt. Jünglinge, die dem Ladentisch oder dem Untergymnasium entflohen sind, haben es verstanden durch fleissiges Lesen eines Autors ihrem Stil alle Kostbarkeiten eines verfeinerten Ausdrucks anzutauschen. Jedes zweite ihrer Worte ist *Kultur* oder noch lieber *Kunstkultur*, und weil Kunstzeitschriften in allen Kaffeehäusern und Klublokalen ausliegen, langweilen sie die Menschheit mit ihren Schwärmereien über die weiche Linie der Barockbauten süddeutscher Städte. Von diesen Herrschaften hat der blauweisse Patriotismus gelernt seinen rustikalen Preussenhass in die Phrasen von der *Kulturüberlegenheit* und der *alten Kultur* des deutschen Südens zu kleiden. Es ist staunenswert, wieviel alte Vorurteile, wieviel verschimmelte Leitartikelphilosophie, wieviel aus den Rheinbundzeiten her sorgfältig konservierte Schnödigkeiten bei dieser blauweissen Preussenhetze in modischer Phrasentourne ihre Urständ feiern.

Das Recht der Süddeutschen soll das Recht ihrer älteren Gesittung sein. Folgt man unseren Kulturhistorikern über und unter dem Strich, so haben die Ostelbier erst nach der Einverleibung der Rheinprovinz den Gebrauch der

Hosen gelernt und erst beim Anblick der Frauentürme sich zum Kult der Zahnbürste bekehrt; noch heute ist Ostpreussen der Punkt, wo Europa dem Kannibalismus am nächsten steht. Schade, dass die deutsche Literaturgeschichte genau das Gegenteil berichtet. Wohl stand der deutsche Süden und Westen im Mittelalter und zum Teil zu Beginn der Neuzeit im Vordergrund; allein die Kulturentwicklung unseres Volkes hat tiefe Einschnitte und aussetzende Pulse ihrer Bewegung. Die moderne deutsche Kultur, jener ununterbrochene Zusammenhang von Entwicklungen und Entfaltungen, der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts leise anhebt, hat Ausgangspunkt, ursprünglichen Schauplatz, die ersten Träger im deutschen Norden und namentlich im deutschen Nordosten. Der Geist, in dem der moderne Deutsche denkt und spricht, ist norddeutsch-protestantisch, die katholische Kirche mit ihrem besonderen Hass gegen die deutsche Gesittung verrät dies deutlich, und selbst dem unkirchlichen süddeutschen Katholiken wird es manchmal noch heute fühlbar. Der blauweisse Partikularist, der von Humanität trieft und dem Alldeutschen die hochmütige Verachtung der Slawen mit Recht verweist, findet sonderbarerweise die geringste slawische Blutbeimischung schmäählich, sobald er sie am Ostdeutschen zu bemerken glaubt. *Borussentum* und *Kassubei* sind seine liebsten Schlagwörter. Die Wahrheit ist nun freilich, dass die geringgeschätzten *borussischen* Halbbarbaren Ostpreussens — von den protestantischen Schwaben abgesehen — dem Sternenbanner der deutschen Kultur die helleuchtendsten Gestirne eingefügt haben, dass jener äusserste deutsche Osten geheiligt ist durch die Gegenwart des Genies, dass man Ostpreussen nicht wegdenken kann, ohne dem deutschen, ja dem europäischen Geistesleben die tragenden Grundsäulen zu nehmen. Wo sind die Kant und Herder Oberbayerns und Niederbayerns? Schon Arndt hat — den Rheinbundpatrioten seiner Tage — zu bedenken gegeben, dass Ostelbien für die deutsche Gesittung an schöpferischen Geistern und beredten Vorkämpfern ebenso fruchtbar war wie der Westen und Süden. Noch wichtiger aber für die Frage der Lokalisierung der deutschen Kultur bleibt die Tatsache, dass die ersten städtischen Zentren des modernen deutschen Geisteslebens im Norden und Nordosten liegen. Wie Leipzig, die Bremer Beiträger, wie der Brandenburger Winkelmann, wie Lessing und der grosse Kreis der Berliner Aufklärer die Weimarer Epoche vorbereiten und begleiten, so werden die Brüder Humboldt, die ebenfalls dem märkischen Sande entsprossen sind, ihre grossen Herolde. Und durch die Schüler der Aufklärung, durch die Jünger Kants, durch die Führer der Romantik, von denen Arnim, Tieck, Kleist Märker sind, durch den Ostpreussen E. T. A. Hoffmann, durch die neubegründete Berliner Universität, die in ihren ersten dreissig Jahren mehr Namen von Weltbedeutung zu nennen hat als die Wiener seit den Tagen Rudolfs des Stifters, schliesst sich der erste grosse Kreis intensivster städtischer Kultur, gewinnt das moderne deutsche Geisteswesen zuerst grossstädtische Form. Wie in Berlin erst das Judentum vom Fluch des Ghettos befreit wurde, hat Elias kürzlich dargelegt; auch sonst tritt Berlin im ausgehenden 18. Jahrhundert als das *εις την πόλιν* der Literatur uns entgegen, zeigt sich eine allgemeine Bewegung der Geister nach der werdenden Grossstadt im Norden.

Wenn etwas Staunen erregen könnte, so wäre es der Mangel an geistiger Initiative im deutschen Süden während jener entscheidenden Epoche deutscher

Kulturentwicklung. In den Tagen, da in dem Dorfe Göttingen Schlözer, Lichtenberg, Michaelis glänzten, war in Wien, der grössten deutschen Stadt, der moderne Gedanke schwächlich genug durch den getauften Nikolsburger Juden Sonnenfels vertreten, und München, wo man noch zur Zeit Lessings die Herrschaft der *lutherischen* gemeindeutschen Schriftsprache bestreiten durfte, haben erst die Pfälzer Wittelsbacher allmählich der deutschen Kultur eröffnet, von der Bayern wie Österreich die Gegenreformation zwei volle Jahrhunderte hindurch abgeschlossen und ferngehalten hatte. Vielfach vollzieht sich diese Angliederung des deutschen katholischen Südens an das moderne deutsche Geistesleben in der Form einer Kolonisation, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts vollendet wird. So gewann die Münchener Universität erst durch die *Nordlichter* ihre Stellung neben Berlin, so wurde im Bachtischen Österreich die Neuorganisation der Mittelschulen, der Aufbau der wissenschaftlichen Seminare durch herbeigerufene Norddeutsche ausgeführt; man nahm *preussische Instruktoren*. Und nicht anders haben alle österreichischen Parteibildungen, die Sozialdemokraten an den Lassalleanern, die Klerikalen am Zentrum, an Vogelsang und Meyer, die Christlichsozialen am deutschen Antisemitismus, einen norddeutschen Quell und Ausgangspunkt ihres Ideenlebens. Selbst das ist nur Phrase, dass erst die Vereinigung mit der Rheinprovinz der bürgerlichen Kultur ein Tor nach Preussen geöffnet habe. Die administrativen Leistungen der Franzosen in allen Ehren, aber deutsche Kultur zu pflanzen waren sie so wenig fähig wie sie die *Pfaffenstrasse des Rheins* entlang gewachsen ist, wie sie an der verfallenen Kölner Universität und in dem Lazzaronileben des Kölner Proletariats einen fetten Wurzelboden hatte. Erst die Bonner preussische Universität gab den Rheinländern den organisierten Betrieb der modernen Wissenschaft, und im Hermesianischen Streit wird es sozusagen symbolisch, wie der mit den Preussen eingewanderte Kantische Kritizismus die dogmatische Ruhe des katholischen Geisteslebens zur Gärung bringt.

Mit erborgtem Phrasenfitter wirkliche Verdienste zu verhüllen ist schädlich und lächerlich. Gerade dass sich München, wo bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts die dickste katholische Finsternis herrschte, in wenigen Jahrzehnten zu einem Mittelpunkt europäischer Zivilisation erheben konnte und — von Massenwirkungen abgesehen — Wien und Berlin an Intensität grosstädtisch-geistiger Kultur fast ebenbürtig geworden ist, macht eine der bewunderungswürdigsten Leistungen aus, von denen die Geschichte der deutschen Gesittung erzählt. Der Segen der Dezentralisation für die Entwicklung des Geisteslebens wird uns am lebhaftesten gegenwärtig durch die neueste deutsche Grossstadt, die nach der Abtrennung der österreichischen Gebiete dem süddeutschen Wesen auch innerhalb der Reichsgrenzen eine kräftige Konzentration verliehen hat. Bedarf es da törichter Geschichtsklitterungen? Es ist kein Deutscher, sei es des Nordens sei es selbst ausserhalb des Reichs, der München und sein künstlerisches Leben nicht liebte. Aber wenn die blauweissen Patrioten deshalb meinen, man habe, besonders in Österreich, für ihren Partikularismus etwas übrig, irren sie sehr. Gerade in Wien, wo man der bayrischen Art sich so nahe fühlt, versteht man am wenigsten, wie moderne Menschen die grosse Leistung des 19. Jahrhunderts, die staatliche Einigung der nationalen Kulturkreise, so verkennen können; denn der österreichische

Deutsche, welcher Partei er auch angehörte, verspürt die unüberwindlichen Hemmungen am schmerzlichsten, die dem Kulturleben aus den Reibungen widerwillig zusammengekoppelter, für einander stummer und tauber Völker entstehen. In der sozialdemokratischen Partei darf ein süddeutscher Partikularismus keine Stätte haben, die gute Sache politischer Vernunft darf nicht durch törichte Einbildung verkleinert werden. Diese kulturelle Lehre mag der Streit um die Budgetbewilligung auch den süddeutschen Genossen geben, wie er so manche politische Lehre den norddeutschen gegeben hat.

XX

## WOLFGANG HEINE · DISZIPLIN, ORGANISATION, EINHEIT



Ein Vorwurf wurde in Nürnberg so hitzig erhoben, keiner mit so viel Entrüstung abgewehrt wie der des *Disziplinbruchs*, und doch endete die Verhandlung der Budgetfrage mit der festen Erklärung der Süddeutschen, dass sie die besondere Politik der einzelnen Staaten nicht der Disziplin des allgemeinen Parteitages unterwerfen würden. Man hörte, wie Genossen mit aufrichtiger Trauer klagten, die Partei müsste zu grunde gehen, wenn sie ihre eigene Organisation nicht respektierte, und der Vorsitzende schloss den Parteitag mit der dringenden Mahnung um Einigkeit und Unterordnung der Süddeutschen unter die Parteitagsbeschlüsse. weil eine Partei, die mitten im Kampfe stünde, die Einigkeit wie das liebe Brot brauchte. Es ist kein Wunder, dass Disziplin, Organisation und Einheit der Partei so stark gepriesen werden. Was diese Geschlossenheit der Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes geleistet hat, ist unvergessen. Aber auch gegenwärtig noch sind die grossen Wahlerfolge vor allem der musterhaften Organisation und der Unterordnung jedes einzelnen zu danken. Indes, Disziplin, Organisation und Einheitlichkeit der Aktion sind und bleiben nur Mittel zu dem Zweck besser kämpfen zu können, bessere Erfolge zu erzielen, sie dürfen niemals Selbstzweck werden, eine Gefahr, die in ihnen liegt, wie in jedem Mittel. Ihr Wert hat dort ein Ende, wo sie aus Mitteln der Kraft zu Mitteln der Schwächung, aus Hebeln zu Fesseln des Handelns werden.

Die Disziplin, die Unterordnung aller einzelnen, um für den entscheidenden Moment alle Kräfte zu einer Gesamtkraft zusammenzufassen, ist ein unentbehrlicher Faktor des Sieges. Aber in der Gewohnheit dieser Unterordnung liegt die Gefahr, dass man beginnt durch dies allzubequeme Gehorchen das unbequeme Denken zu ersetzen. Es ist viel leichter zu tun, was vorgeschrieben ist, oder zu warten, bis einem etwas vorgeschrieben wird, als auf eigene Verantwortung hin zu handeln. Selbst der heutige Militarismus, der doch auf Disziplin aufgebaut ist, verkennt das nicht und predigt, dass es bei wichtigen Entscheidungen Pflicht sei zu handeln auf eigne Verantwortung, ohne Befehl, unter Umständen gegen den Befehl. Allerdings rügen wir mit Recht, dass die weit überspannte Unterordnung, der Kadavergehorsam in der alltäglichen Praxis der militärischen Ausbildung sehr ungeeignete Mittel sind diese Fähigkeit zu freiem, verantwortungsvollem Handeln für den Ernstfall zu entwickeln. Das selbe, was wir dem Militarismus entgegenhalten, müssen wir auch uns sagen und noch nachdrücklicher. Denn handelt es sich im Heere wesentlich um Kämpfe mit materiellen Mitteln, so wollen und müssen



wir auf geistigem Gebiete mit den Mitteln des Geistes kämpfen, und der Geist wird durch Unfreiheit doppelt getötet. Der Erfolg eines kämpfenden Heeres liegt in den Schlägen, die es austeilt, der Erfolg einer kämpfenden Partei in den Seelen, die sie gewinnt, in der Ehrlichkeit und dem Ernst der Überzeugung, die sie hervorbringt.

Es gibt Parteien, die nicht die Seelen sondern die Stimmen wollen, nicht Überzeugung sondern Unterordnung. Dazu wäre Disziplin bis zum äussersten vielleicht ein Mittel. Ganz sicher wäre es auch nicht, denn die menschliche Natur kehrt sich gegen solchen Zwang. Wer aber, wie wir, Anhänger aus freier Überzeugung werben will, dem müssen die inneren Kräfte versagen, wenn er sich selbst überall durch Rücksichten auf die Disziplin eingeengt fühlt. Auch nach aussen kann er nicht wirken. Die Süddeutschen mussten in Nürnberg eine Unterwerfung ablehnen, nicht sowohl wegen der Frage der künftigen Budgetbewilligung selbst, über die erst die Zukunft zu entscheiden hat, als weil sie belastet mit einem Verbot freien Handelns bei Parteigenossen und Gegnern die Achtung verloren haben würden, ohne die man politische Erfolge nicht erringen kann.

Die Sozialdemokratie muss sich hüten einen abergläubischen Respekt vor der Disziplin zu erziehen. Eine Handlung, die nötig ist, darf nicht deshalb unterbleiben, weil einmal beschlossen worden ist sie zu verbieten. Auf dem Parteitag wurde mit Recht betont, dass die Geschichte der Parteientwicklung sozusagen mit Disziplinbrüchen gepflastert wäre, dass sich immer wieder die Organe der Partei und einzelne Genossen genötigt sahen gegen frühere Beschlüsse zu verstossen. Deshalb soll man, wenn der Vorwurf des Disziplinbruchs auftaucht, ruhig mit der Frage antworten: Hat er den Zwecken unserer Sache gedient? War das der Fall, so war er gut. Es ist in den letzten Monaten wirklich mehr über Disziplin geredet worden als dem guten Geschmack und dem Interesse der Sozialdemokratie entspricht. Das Wort *Disziplin* stammt doch einmal aus der Schule und Kaserne und erinnert unangenehm an Rute und Korporalstock. Noch hässlicher freilich klingt es, wenn gesagt wird, man wolle den Genossen zeigen, dass sie nicht *aus der Reihe tanzen* dürften. Wollen wir Anhänger, die nach einer Pfeife tanzen, oder Männer, die nach freier Überzeugung handeln? Solche Übertreibungen richten sich selbst, schädigen aber die Partei schwer. Wer sich Normen und Beschlüssen unterordnet, obgleich er weiss, das das Wohl der Partei erforderte sie zu verletzen, vernachlässigt seine Pflicht gegen die Partei und handelt in Wahrheit disziplinwidrig. Wirkliches Disziplingefühl, das die ganze Kraft für die Sache einsetzen will, zerreisst die Zwirnsfäden der Vorschrift.

Nicht anders steht es mit der Durchführung der Organisation. Planmässige Entwicklung und Verbindung der Kräfte ist sicher unentbehrlich. Es liegt auch in der Natur der Sache, dass eine gewisse Gleichmässigkeit der Organisation sich von selbst herausbildet. Aber auch hierbei ist bald die Grenze erreicht, wo das Zuviel von Organisation und Organen eine Hemmung der organischen Kräfte bedeutet, wo das Mittel den Zweck tötet. Die Verbindung von neben einander bestehenden Organisationen zu solchen höherer Ordnung kann eine Stärkung bedeuten. Uneingeschränkt mag das gelten, wo es sich um materielle Leistungen handelt. Das glänzendste Beispiel bieten die gewerkschaftlichen Zentralverbände und die Organisation Gross Berlins mit

ihren unnachahmlichen Erfolgen in der Beschaffung von Geldmitteln und der Verbreitung von Druckschriften. Sobald aber die geistigen Leistungen in Frage kommen, kann leicht ein Übermass von Organisation eintreten, das schädlich wirkt. Selbst in einem dicht geschlossenen Bezirk erfordern verschiedene lokale Gebiete besondere Arten der Bearbeitung; in mehr kleinbürgerlichen Bezirken muss anders agitiert werden als in rein proletarischen. Das weiss jeder in der Praxis tätige Genosse, erkennt es an und sucht sich danach zu richten. Eine straff zentralisierte Leitung ist aber nicht im stande solchen Verschiedenheiten ausreichend gerecht zu werden.

In Gross Berlin ist zu beobachten, dass die von der Zentralleitung aus praktischen Gründen eingeführte Übung die Versammlungen auf bestimmte Tage zu verlegen und die Neigung gleichzeitig gleichartige Versammlungen für den ganzen Bezirk zu veranstalten die Beschaffung von Rednern erschwert, wenigstens von solchen, die den Stoff beherrschen. Die Anberaumung von Erörterungen von oben her, die Gepflogenheit vorgeschriebene Resolutionen anzunehmen, untergräbt die ohnehin nicht allzugrosse Lust zur Diskussion. Weit grössere Bedenken ergeben sich natürlich, sobald eine Organisation ihre Tätigkeit über ihr heimisches Gebiet hinaus ausdehnt. Ein abschreckendes Beispiel lieferte die völlige Fruchtlosigkeit der Versuche, die man in der ersten Hälfte der neunziger Jahre machte, die Organisations- und Agitationsformen der Grossstädte auf das Land zu übertragen. Man hat dann auch solche Experimente aufgegeben.

Ein anderes Bedenken gegen allzu gesteigerte Organisierung liegt in der damit verbundenen Gefahr einer Übermacht der Ausschüsse, die das strikte Gegenteil demokratischen Geistes bedeutet. Ich habe schon vor Jahren gelegentlich des Falles Göhre darauf hingewiesen und möchte mir gestatten, einige Worte davon zu wiederholen:

»Eine Beamtenschaft, die ihre Sache versteht und uneigennützig dem allgemeinen Besten zu dienen bemüht ist, wie wir sie in der Partei glücklicherweise haben, wird am ehesten geneigt sein im Bewusstsein ihres eigenen Verdienstes das, was sie für richtig und geeignet hält, als unüberschreitbare Norm zu betrachten, abweichende Bestrebungen im vermeintlichen Interesse der Sache auszuschliessen und dadurch der gesunden Fortentwicklung der Partei einen Riegel vorzuschieben. Als weitere Folgen einer solchen Tendenz können das Nachlassen der Initiative und des Interesses am geistigen Leben der Partei und die Neigung zum eigensinnigen oder gedankenlosen Festhalten an hergebrachten Formeln, kurz, wie man sagt, zum *Fortwursteln* sich einstellen. In diesem Sinne ist eine gute Bureaukratie gefährlicher als eine schlechte.«<sup>1)</sup>

Ebenso muss auch diesmal wieder betont werden, wie undemokratisch im Prinzip und bedenklich in der Anwendung es ist, dass manche Kollegien in der Parteiorganisation sich, wenn auch nicht dem Buchstaben nach, so doch faktisch durch Kooptation ergänzen, dass kaum jemand in diese Kreise Einlass findet, den die bisherigen Mitglieder nicht zulassen wollen, und dass solche Organe die eigentlichen Entscheidungen treffen, während die öffentliche Beschlussfassung durch die Masse der Parteigenossen dank der Straffheit der Organisation zu einer Form herabsinkt. Ich will nicht bestreiten, dass ein solches Verfahren nicht allerwärts üblich ist, dass es auch für die prompte Erledigung der Geschäfte gewisse Vorzüge bietet, und will gern zugeben, dass

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Demokratische Randbemerkungen zum Fall Göhre in den Sozialistischen Monatsheften*, 1904, 1. Band, pag. 284.

unzweifelhaft die grosse Mehrzahl der so gefassten Beschlüsse gut und zweckmässig sein mag. Für das eigentliche geistige Leben der Partei aber, für die Entscheidung wichtiger politischer Fragen liegen drosse Gefahren in solcher Überspannung der Organisation. Sie könnte dazu führen, dass frisches Blut und neue Gedanken mehr und mehr ferngehalten würden, und die Partei der Verknöcherung verfiel, die das Kennzeichen aller Oligarchien und Bureaucratien ist.

Unzertrennbar von einer weit entwickelten Organisation ist die Einführung eines geregelten Instanzenzuges, und nichts liegt näher, als dass er grade wie in der Staatsbureaucratie zum Abgott erhoben wird. Den Süddeutschen wurde ein Vorwurf daraus gemacht, dass sie nicht vor ihrer Zustimmung zum Budget die Aufhebung des Lübecker Beschlusses durch den Parteitag herbeigeführt hätten. Das heisst, man mutete ihnen zu aus Kompetenzrücksichten den Moment verstreichen zu lassen, in dem sie ihrer Überzeugung nach für das Budget stimmen mussten, um der Partei zu nützen. Auch eine Organisation, die über die besten Kräfte verfügt und aufs trefflichste eingerichtet ist, muss sich hüten mehr zu kommandieren als nötig ist. Mehrheitsbeschlüsse ersetzen niemals die Überzeugung und das freie Handeln des einzelnen. Keinesfalls darf ein Organisationsglied sich bloss, weil es den grösseren Kreis umfasst, als das höhere über denen der kleineren Kreise fühlen und in allem die Entscheidungsgewalt beanspruchen. Das höchste, am meisten zu respektierende Organ ist immer das, dessen Einsicht in die zu entscheidenden Fragen am grössten ist. Es gibt Fragen, die für die ganze Partei entschieden werden müssen; namentlich sind das die der Reichspolitik. Andere erfordern unbedingt eine besondere Kenntnis örtlicher Verhältnisse; dann muss die lokale Organisation entscheiden. Deshalb ist es nicht Desorganisation sondern Eintreten für eine Organisation von wirklich lebendigem Werte, wenn die Süddeutschen auf dem Nürnberger Parteitag ihren Landesorganisationen das Recht der Entscheidung in Fragen der Landespolitik vorbehalten haben.

Die Einheit der Partei, wenn sie richtig verstanden wird, braucht darunter nicht zu leiden, aber kein Begriff wird in dem Masse übertrieben wie der der *Einheit*. Es klingt ja einleuchtend, und jeder Schuljunge wird das mit dem Pathos der Selbstverständlichkeit darlegen, dass nur eines die Wahrheit sein könne, die überall die selbe wäre, und dass deshalb nur ein Handeln als richtig anerkannt werden dürfe. Dies ist ein sehr einfacher und ungemein bequemer Glaube, der sehr viel Nachdenken erspart, aber das Leben richtet sich leider nicht danach. Unsere Politik kann nicht bestimmt werden durch eine wissenschaftliche Doktrin oder einen Glauben sondern hat sich zu richten nach den vielfachen sich immer wandelnden Anforderungen, die die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland stellt. Man kann geradezu von vornherein sagen: Eine Politik der Einheit, die immer und überall die selbe wäre, müsste falsch sein. Dies sind freilich Binsenwahrheiten, über die unter Denkenden kein Streit besteht. Als Bebel erklärte, dass wir uns fortwährend mausern und noch öfters mausern würden, erkannte er an, dass unsere Politik im Verlaufe der Zeit ihre Einheit nicht wahren könnte; als er es kürzlich ablehnte sich in die Interna der englischen Parteipolitik zu mischen, gab er die örtlichen Verschiedenheiten als berechtigt zu.

Immerhin wird das Dogma der Einheit so viel gepredigt, dass solche Hinweise nicht überflüssig sind. Dies hat die Resolution des Parteivorstandes bewiesen. Man hat sich eine eigentümliche Theorie zurecht gemacht, die jede Unduldsamkeit in einer Partei rechtfertigen würde: man sagt, weil in die Partei jeder freiwillig eintreten und aus ihr austreten könne, sei die Partei nicht wie der Staat verpflichtet Toleranz zu üben. Das ist ein völlig weltfremder Gedankenbau, eine rein juristische Betrachtungsweise. In die Parteien wird man gerade so hineingeboren, das heisst durch Anlage und Lebensverhältnisse hineingezwungen wie in den Staat. Man hat zwar die formale Befugnis, aber nicht die reale Möglichkeit aus ihnen auszuscheiden, denn es kann nicht jeder für sich eine Partei bilden. Parteien sind ebenso Erzeugnisse der Geschichte wie Staat und Kirche und wie diese der Wandlung ihrer Begriffe und ihres Handelns unterworfen. Auch in ihnen kann Leben nur in Freiheit gedeihen, deshalb müssen sie, wenn sie praktisch wirken wollen, ihren Anhängern innerhalb der durch das gemeinsame Ziel gezogenen Grenzen freies Denken und Handeln gestatten. Wenn die Süddeutschen sagen, bei ihnen sei die Budgetbewilligung kein Vertrauensvotum, so kann man nicht durch organisierten Mehrheitsbeschluss dekretieren, sie wäre doch überall und immer ein Vertrauensvotum, und die Disziplin erfordere dies zu glauben. Wenn die Süddeutschen erklären die Budgetbewilligung sei bei ihnen notwendig gewesen, so steht für mich als Norddeutschen fest, dass ich das nicht so gut beurteilen kann wie die süddeutschen Genossen, und der Umstand, dass unter unseren Verhältnissen die Budgetbewilligung falsch sein würde, ist für mich keine Widerlegung ihres Standpunkts.<sup>2)</sup> Die Einheit der Partei erfordert nicht, dass immer und überall nach dem gleichen Schema gedacht und gehandelt wird, sondern dass die Genossen die Freiheit haben nach ihren Bedürfnissen und Überzeugungen zu handeln und doch den Zusammenhang in den grossen Zielen und Grundgedanken unter einander festhalten.

Wer das Unglück hat, dass er immerfort bei Genossen, die redlich und erfolgreich für die Sache arbeiten, entdeckt, sie stünden nicht mehr auf dem *Boden der Partei*, der sorgt eigentlich recht wenig für die Einheit der Partei. Eine Einheit, die darin besteht, dass ein Teil dem andern seine Ansicht aufzwingt, kann nicht von Dauer sein. Der Gedanke der Einheit und Einigkeit wird in Wahrheit durch die vertreten, die erklären: wir werden nicht gegen unser Gewissen handeln, wir behalten uns das Recht vor auch offizielle Beschlüsse zu verletzen, wenn es nötig ist, aber wir hören nicht auf uns als Kämpfer für unsere grosse Sache zu fühlen, und grade durch diese Selbständigkeit werden wir unsere Parteipflicht am besten erfüllen. Eine Partei, die solche Männer nicht ertragen könnte, wäre schon bei lebendigem Leibe mumifiziert. Die deutsche Sozialdemokratie ist den Süddeutschen, die auf dem Parteitage so mannhaft die Gedanken wahrer Disziplin, Organisation und Einheit vertreten haben, zu grossem Dank verpflichtet. Es hat der Sozialdemokratie ungemein geschadet, dass sich in weiten Kreisen, auch bei solchen, die ihr früher nahestanden oder gar anhängen, der Glaube fest-

<sup>2)</sup> Dies ist beiläufig auch der Grund, weshalb ich in Nürnberg nicht nur gegen die Vorstandsresolution sondern auch gegen die des Genossen Frohme gestimmt habe. Ich halte jede Verwandlung einer taktischen Frage in eine prinzipielle und jede Festlegung nach Art der durch die Resolution Frohme bestätigten Lübecker Resolution für falsch. Die Gründe, die die süddeutschen Genossen für ihre Zustimmung hatten, kommen für mich nicht in betracht.

gesetzt hat, sie wäre eine Partei der inneren Unfreiheit, der Gebundenheit der Gewissen; ihre Einheit, Organisation und Disziplin wäre im Wesen nicht von denen der katholischen Kirche oder des Bürokratenstaates verschieden. Dieser Glaube hat die gesamte Politik unheilvoll beeinflusst und zum guten Teil den Ausgang der Wahl von 1907 herbeigeführt. Dieser Glaube hat es wesentlich verschuldet, dass ein erheblicher Teil der Presse seine Haltung zur Sozialdemokratie ungünstig geändert hat, und hat dazu beigetragen, dass die Männer der bürgerlichen Richtungen im öffentlichen Leben zurückgedrängt worden sind, die sich ein gewisses Verständnis für die Bestrebungen der Arbeiterklasse und der demokratischen Politik gewahrt haben. Auch wer doktrinär genug ist das Resultat, diese *glänzende Isolierung*, als einen Fortschritt anzusehen, wird nicht wünschen, dass man der Partei mit Recht den Vorwurf mache ihrem Grundgedanken, der geistigen Freiheit, untreu zu sein. Nun spielt freilich böswillige Verdrehung die grösste Rolle bei dieser Beschuldigung, und die Gegner, die sie erheben, sind grösstenteils als berufsmässige Unterdrücker durchaus nicht legitimiert die Sache der Freiheit zu führen. Indessen wäre es pflichtwidrig gegen die Partei, wenn man nicht offen auszusprechen wagte, dass manches geschehen ist und noch geschieht, was diesen Anschuldigungen Nahrung gibt. Nichts wäre eine böserer Verlegenheitsredensart als zu sagen, dass uns die Meinung der Gegner kalt lassen könnte. Was ehrliche Gegner von uns halten, darf uns nie gleichgültig sein; es ist wichtiger als was wir selber von uns denken. Aber auch die Meinung der Unwissenden und Irregeleiteten ist für uns von Wichtigkeit. Wir wollen sie ja auf den rechten Weg, das heisst zu uns leiten. Es wäre eine merkwürdige Sorte demokratischer Politik, die keine Rücksicht auf die Wähler nehmen, sie als dumme Kerle verachten wollte. Indem die Süddeutschen gezeigt haben, dass in der Sozialdemokratie die Gedanken der Einheit, Organisation und Disziplin sehr wohl mit Freiheit des Gewissens und des politischen Handelns vereint werden können, haben sie der Partei genützt und die Gegner widerlegt.

Wahres Gefühl für Disziplin und Einheit der Partei erfordert, dass der Kampf sich nicht die Genossen sondern die Gegner zum Ziel nimmt. Die grosse Mehrzahl der Genossen, wenn sie ruhig und ohne Leidenschaft urteilt, empfindet das und will von unnützen Parteikämpfen nichts wissen, die unserer Sache schaden und die Gegner fördern; sie fragt nicht, welcher Richtung einer angehört, sondern ob er für den Sieg unsrer Sache arbeitet und Erfolge erzielt. Wer anders empfindet, wer intolerant eifert, ohne Rücksicht auf die Schäden, die die Sache dabei leidet, stört die Einheit der Partei, untergräbt ihre Organisation und bricht die Disziplin.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · PARTEISCHULE UND WISSENSCHAFT



UF dem Nürnberger Parteitag ist die Frage der Parteischnule in einer Weise erledigt worden, die niemand befriedigt haben wird. Einige, wie mir scheint, nicht sehr zweckmässige, aber dem Institut jedenfalls nicht feindselige Anregungen des Genossen Eisner über die Organisation der Parteischnule und ein Aufsatz Max Maurenbrechers über Arbeiterbildung im allgemeinen wurden von einer Anzahl Dele-

gierten radikaler Färbung zum Anlass genommen vorzugsweise die Motive und das Verständnis der Genannten in Zweifel zu ziehen, so dass die Debatte über Formalfragen nicht weit hinauskam. Kein Wunder, wenn Angriffe wie sie gegen Maurenbrechers Bemerkung geschleudert wurden, dass, wer über Werttheorie reden wolle, mindestens Thomas von Aquino, Ricardo, Marx und Böhm-Bawerk kennen müsse, nicht die Zurückweisung fanden, die ihnen gebührte. Der Vorfall ist so charakteristisch, dass es der Mühe lohnt bei ihm einen Augenblick zu verweilen. Selbstverständlich ist es Maurenbrecher nicht eingefallen zu behaupten, dass man die Elementarbegriffe der Marxschen Werttheorie nicht lernen könne, ohne auch Thomas von Aquino, Ricardo und Böhm-Bawerk zu studieren. Der Kernsatz der Marxschen Werttheorie, nämlich, dass der Wert der Waren gleich sei der in ihnen steckenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit gemessen nach Zeit, ist auch ohne Kenntnis der Geschichte der Wertlehre zu erlernen. Wenn es sich also nur darum handelte Leute in stand zu setzen die Marxschen Deduktionen zu wiederholen, so wäre das leicht einzupauken. Schwerer ist schon sie richtig zu verstehen. Denn selbst der so einfach lautende Satz gibt Nüsse zu knacken auf, an denen sich schon Leute die Zähne ausgebissen haben, die durchaus nicht zu den ABC-Schützen der politischen Ökonomie gehörten.

Was heisst *gesellschaftlich notwendige Arbeit*? Ist da das *gesellschaftlich notwendig* rein technologisch zu verstehen, oder schliesst es — wie der bekannte Hinweis im *Kapital* auf den »Marktmagen« vermuten lässt — den gesellschaftlichen Bedarf ein? Ältere Parteigenossen werden sich der lebhaften Diskussionen erinnern, die darüber bis zum Anfang des Sozialistengesetzes gepflogen wurden, und die unerledigt blieben, weil für beide Auslegungen Sätze aus Marx ins Feld geführt werden konnten, Marx selbst aber sich nicht dazu bewegen liess zur Sache das Wort zu nehmen. Ich riskiere wenig, wenn ich einen Preis für den Parteischüler aussetze, der das Problem in einer Weise löst, die keinen logisch haltbaren Einwand zulässt. Mit welcher Bemerkung ich indes keine Malice gegen die Parteischule verbinde. Sie richtet sich nur gegen den Unfug, der da mit einer komplizierten Wissenschaftsfrage wie die der Werttheorie getrieben wurde.

Der dritte Band *Kapital*, von dem die Streiter eine Antwort auf jene Frage erwarteten, brachte statt ihrer die Erklärung, dass nach Marx der *Wert* für die Preisbestimmung in der Gegenwart eine ganz andre, und zwar sehr viel indirekter wirkende Rolle spielt als dies nach den Darstellungen des ersten Bandes angenommen werden musste, dass er als *Wertgesetz* die Bewegung der *Kapitale* und erst durch diese die Preise reguliere. Das rollte nun Probleme auf, die Friedrich Engels am Vorabende seines Todes durch einen Aufsatz beantwortete, der zwar vieles zur Erhellung der Frage beitrug, aber sie doch nicht erledigte und auch sofort Einwände hervorrief. Nehmen wir indessen an, das alles existiere nicht, die Marxsche Werttheorie berge gar keine inneren Probleme sondern sei in sich so klar, dass sie jeder preussische Unteroffizier jedem ostelbischen Rekruten einbläuen könnte, so bliebe für sie dann doch immer noch die eine Frage bestehen, die dem bekannten Vers der Engländer entspricht: »Was weiss denn der von England, der nichts als England kennt?« Was versteht der von der Werttheorie, der nur die Marxsche Werttheorie kennt? Es fehlt ihm jeder Vergleichsmaßstab zu ihrer Wert-

tung, zur richtigen Abschätzung ihrer geschichtlichen Bedeutung und theoretischen Tragweite. Er müsste gradezu ein Genie sein und ungewöhnliche Kenntnisse besitzen, wenn er durch eigenes Nachdenken zu geistig freier Anhängerschaft ihr gegenüber gelangen sollte statt einfach als Gefangener ihrer plausiblen Dialektik blind auf die Worte des Meisters zu schwören.

In seinem erwähnten Aufsatz suchte Engels nachzuweisen, dass die Bestimmung des Wertes durch die Arbeit etwa 5 bis 6000 Jahre unmittelbare Realität gehabt habe. Es soll das hier nicht untersucht werden, aber Tatsache ist, dass schon die ersten Denker, die sich mit dem Wertproblem befasst haben, auf die Eigenschaft der Arbeit als Wertmass hingewiesen haben. Einer der ersten, wenn nicht der erste, war Aristoteles. Marx freilich behauptet im *Kapital*, dass Aristoteles zwar die Wertform als Ausdruck eines Gleichheitsverhältnisses analysiert habe, aber nicht dazu gelangt sei — und infolge der im alten Griechenland herrschenden Sklaverei auch nicht dazu habe gelangen können — in der menschlichen Arbeit den Grundfaktor dieses Gleichheitsverhältnisses zu entdecken; dies sei erst möglich in einer Gesellschaft, wo der Begriff der *menschlichen Gleichheit* bereits die »Festigkeit des Volksurteils« besitze. Tatsächlich hat jedoch Aristoteles diesen Faktor gefunden, wenngleich er schliesslich das Bedürfnis für den Tausch massgebend sein lässt. Es heisst bei ihm: »So viel nun die Arbeit und Kunst des Baumeisters die Arbeit und Kunst des Schuhmachers übertrifft, so viel Paar Schuhe müssen gegen ein Haus bezahlt werden. Wo dies nicht stattfindet, da würde auch kein Tausch und also auch keine gesellschaftliche Verbindung möglich sein.«<sup>1)</sup> Bestimmter als der grösste Philosoph des Altertums, spricht sich nun der grösste Denker der mittelalterlichen Scholastik, Thomas von Aquino, über das Verhältnis von Wert und Arbeit aus. Nur derjenige Tausch ist nach ihm ein gerechter Tausch, der auf grund des Arbeitswertes geschieht. Der katholische Gelehrte Wilhelm Hohoff, der für die Marxsche Werttheorie und die Marxsche Kapitalkritik mit einer Leidenschaftlichkeit kämpft, die der heftigste sozialdemokratische Marxist nicht überbieten könnte, hat dies schon vor 15 Jahren in einem Aufsatz über die Wertlehre des heiligen Thomas von Aquino festgestellt, und von ihm ist es in die allgemeine Literatur der politischen Ökonomie übergegangen. In seinem soeben erschienenen Buch *Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik* zitiert er noch einen zweiten, bisher unbeachteten Satz aus Thomas, wo ebenfalls das Verhältnis von Wert und Arbeit als gleich gesetzt wird. Man kann über den Sinn jener Sätze streiten, aber jedenfalls sind sie für die Entwicklung des ökonomischen Wertbegriffs und damit für das Verständnis der ganzen Entwicklung der Werttheorie von grosser Bedeutung. Und angesichts alles dessen stellt sich ein Mann wie Dr. Lensch, der eines der grössten Blätter der Partei redigiert, vor den Kongress hin und sucht Maurenbrechers Hinweis auf Thomas von Aquino mit dem billigen Appell an die Unwissenheit und das Vorurteil ins Burleske zu ziehen: »Thomas von Aquino ist ein seit mehreren Jahrhunderten verfaulter katholischer Heiliger.« Er erzielte auch damit nach

<sup>1)</sup> A. von Wenckstern, der in seiner Schrift *Marx* (Leipzig 1896), pag. 148, dieses Zitat aus Aristoteles' *Nikomachischer Ethik* anführt, sagt an der betreffenden Stelle viel Ungerechtes und Schiefes gegen Marx; aber der Nachweis, dass Marx diesen von ihm zitierten Satz ignoriert hat, ist unwiderlegt geblieben.

dem Kongressbericht die erstrebte *grosse Heiterkeit*. Aber was hat er damit gegen Maurenbrecher bewiesen?

Die Parteitage sind Zusammenkünfte der geistigen Elite der Partei. Man mag sich zu ihren Beschlüssen stellen wie man will, niemand wird sie besuchen, ohne immer wieder von der Masse der Intelligenz und Sachkenntnis, die sie bergen, angenehm berührt zu werden. Aber sie sind Kongresse von Politikern der Arbeiterklasse und nicht von Wissenschaftlern. Man kann es daher der Masse der Delegierten nicht übelnehmen, wenn sie auf den Lenschschen Kunstgriff hereinfließen. Umsomehr war er von jemand, der vor Arbeitern als wissenschaftlich gebildeter Mann gelten will, eine Herabwürdigung der Diskussion von Wissenschaftsfragen. Sie musste im vorliegenden Falle jeden empören, der sich schon ernsthaft mit der Werttheorie befasst hat. Wenn es bei einem grossen Teil der Delegierten nicht der Fall war, so lässt das schon erkennen, wie wenig *Wert* für sie in Wirklichkeit die ganze Werttheorie hat. Und wer in der Partei herunkommt und Umfrage hält, wird überall auf das gleiche Ergebnis stossen. Dabei habe ich hier noch die geistigen oberen Zehntausend der Partei im Auge, rede gar nicht von der Masse der weniger geschulten Parteimitglieder.

Was weiss die grosse Mehrzahl selbst der geistig regeren Genossen von der Werttheorie, was ist sie ihnen? Sie haben manches darüber gehört und gelesen, aber was haben sie behalten, was hat sich ihrem Gedächtnis eingepägt? Sieht man genauer zu, so ist es fast einzig der Satz, dass der Kapitalist die Ware *Arbeitskraft* zu ihrem Marktwert kauft, der die gewohnheitsmässigen Unterhaltungskosten des Trägers dieser Ware, das heisst des Arbeiters, deckt und den Arbeiter neben dem Ersatz dieses Wertes einen *Extrawert* produzieren lässt, den er, der Kapitalist, als *Mehrwert* einsteckt, und dass somit der Kapitalist den Arbeiter um diesen Mehrwert *ausbeutet*. Soweit die Werttheorie das in abstrakter Form wiedergibt, was der Arbeiter im Kampf ums Dasein als konkret empfindet, wird er sie leicht aufnehmen und wird sie in seinem Geiste fortleben. Insofern kann man dem Genossen Grunwald recht geben, wenn er sagte, dass Arbeiter, die das Wesen dieser Theorie am eignen Leibe verspüren, sie leicht begreifen und auch lehren können. So weit stimmt auch dieser Satz, aber nicht weiter. Denn so verstanden ist die Werttheorie für die Arbeiter als *K a m p f f o r m e l* von Wert, und nicht als Wissenschaftsfrage. Darüber hinaus lernt sie denn auch der Arbeiter nicht leichter als der Bourgeois, eine sehr, sehr kleine Zahl von solchen ausgenommen, die überhaupt am abstrakten Denken Freude haben und die hier, wie in allen Klassen, eine verschwindende Minderheit sind. Und selbst jene Formel wird von den meisten Arbeitern nicht, wie sie in der Marxschen Wertlehre steht, *ökonomisch-historisch* sondern durchaus *ethisch* aufgefasst, als Formel für die Frage des Rechts auf die Mehrarbeit. Die von Hohoff betonte feine Unterscheidung von *subjektiver* und *objektiver Ausbeutung* ist für sie hierin begriffslos, was wiederum zu natürlich ist, um irgend welcher Entschuldigung zu bedürfen. Aber grade weil dem so ist, weil die Masse der Arbeiter, soweit sie die Werttheorie aufnimmt, sie mit dem *G e f ü h l* aufnimmt — und das haben mir grade *radikale* Arbeiter als Einwand auf meine Kritik der Marxschen Werttheorie entgegeng gehalten —, wird der grösste Teil der auf das Einpauken der Einzelheiten der Marxschen Werttheorie in den Arbeiterbildungskursen



verwendeten Zeit verlorene Zeit sein. Wohlgermerkt: in den Arbeiterbildungskursen. Denn von diesen, nicht vom Plan der Parteischnule handelt der vielgeschmähte Satz in Maurenbrechers Artikel.

In den Arbeiterbildungskursen handelt es sich vornehmlich um die Vorführung und Erläuterung der Tatsachen des sozialen Lebens. Bei ihrer konkreten Darstellung kann dann an passender Stelle so viel von der Theorie herangezogen werden als zum Verständnis notwendig ist. Nur dürfen die Tatsachen nicht irgend einer Theorie zuliebe gebeugt werden. Wie sehr es damit noch im argen liegt und wie sehr die Marxsche Theorie so, wie sie heute offiziell bei uns gelehrt wird, einer sachlichen Würdigung der Tatsachen des Wirtschaftslebens im Wege steht, dafür ein Beispiel aus den letzten Wochen.

In der wirtschaftlichen Wochenschnau der *Leipziger Volkszeitung* vom 5. September behandelt J. Karski das Thema *Aktiengesellschaft und Konzentration*. Ein Artikel des *Berliner Tageblatts* über vielfach vorkommende Häufung von Aufsichtsratsposten in einer Hand, und ein in der *Gegenwart* erschnener Artikel *Die Aktie und der Sozialismus* von Friedrich Ernst, der die Verluste schildert, die im Lauf der Jahre die Aktionäre der *Dormunder Union* an diesem Schmerzenskind der *Diskontogesellschaft* erlitten haben, werden von ihm dazu benutzt den Lesern der *Leipziger Volkszeitung* ein Lied von der »Leichtfertigkeit« zu singen, »mit der Eduard Bernstein das Tatsachenmaterial behandelt«, wenn es in den *Voraussetzungen* heisse: »Die Form der Aktiengesellschaft wirkt der Tendenz *Zentralisierung der Vermögen* durch *Zentralisierung der Betriebe* in sehr bedeutendem Umfange entgegen. Sie erlaubt eine weitgehende Spaltung schon vorhandener Kapitalien und macht Aneignung von Kapital durch einzelne Magnaten zum Zweck der Konzentration gewerblicher Unternehmen überflüssig.« Triumphierend ruft am Ende Karski aus: »Die Aktiengesellschaft ist nicht, wie Bernstein meint, das Mittel den kapitalistischen Profit auf eine grosse Zahl von Personen zu verteilen, sondern sie ist eines der erprobten Mittel den Besitz in wenigen Händen zu konzentrieren.« Punktum. Streu Sand — in die Augen der Leser der *Leipziger Volkszeitung*. Der Revisionismus hat gehörig eins abbekommen, und die Unfehlbarkeit der alten Doktrin ist glänzend festgestellt. So sollen sie die Sache auffassen. Tatsächlich verhält es sich jedoch ein wenig anders.

Zunächst muss ich es ablehnen der erste Sozialist gewesen zu sein, der auf die Spaltung der Vermögen durch die Form der Aktiengesellschaften hingewiesen hat. Das Patent dafür gebührt einem gewissen — Karl Marx, der im dritten Band *Kapital* an verschiedenen Stellen auf diesen Prozess zu sprechen kommt und ihn unter anderem als einen Faktor bezeichnet, der dem Gesetz von der sinkenden Tendenz der Profitrate entgegenwirke. Damit aber nicht genug heisst es an einer Stelle des dritten Bandes des *Kapital* vom Prozess der Akkumulation und Konzentration der Kapitalien bei Marx ausdrücklich: »Dieser Prozess würde bald die kapitalistische Produktion zum Zusammenbruch bringen, wenn nicht widerstrebende Tendenzen beständig wieder dezentralisierend neben der zentripetalen Kraft wirkten.«<sup>2)</sup> Bodenlos leichtfertiger Revisionist, dieser Marx. Aber mehr noch. Man wird sich erinnern, dass, als ich vor jetzt 10 Jahren

<sup>2)</sup> Vergl. Karl Marx *Das Kapital*, 3. Band, 1. Teil /Hamburg 1894/, pag. 228.

die gleiche Deduktion dem Stuttgarter Parteitag vorlegte, Karl Kautsky vor-sprang und mit grosser Emphase erklärte, wenn das wahr sei, wenn die Zahl der Kapitalisten zu- und nicht abnehme, könne die Sozialdemokratie »sich schlafen legen«. Aber nach dem Erscheinen der *Voraussetzungen* sah Kautsky sich bald genötigt diese Ansicht zu *revidieren*. Nach etlichen Winkelzügen räumte er die Zunahme der Kapitalisten ein, versteckte aber seinen Rückzug hinter der Erklärung, es sei die Zahl der »müssigen« Kapitalisten, die zunehme, was natürlich nur eine deckende Umschreibung grade meiner Ausführungen über die Zunahme der Aktionäre war. Der triumphierende Karski hat also auch Kautsky vor sein Forum zu laden.

Aber lassen wir die Marxphilologie und Kautskys Winkelzüge, und halten wir uns an die Sprache der Tatsachen des Wirtschaftslebens. Wie steht es um die Qualität der Karskischen Gegenbeweise? Als ich vor 36 Jahren der Partei beitrug, blühte in Deutschland der Gründungsschwindel. Ich war damals im Bankgeschäft, und was ich um mich herum sah und hörte, trug mit dazu bei mich für die sozialdemokratische Lehre zu präparieren. Der Krach von 1873 und die Krise darauf, die von keiner späteren an Dauer und verheerender Kraft erreicht worden ist, habe ich mit ihren Wirkungen sozusagen an der Quelle beobachten können: glauben Karski oder sein Gewährsmann Ernst mir und irgend einem Fachmann etwas Neues zu erzählen, wenn sie auf Beispiele verweisen, wo Aktionäre ausgebeutelt wurden? Die Labilität der Aktie ist von mir in den *Voraussetzungen* zur Genüge betont worden.<sup>3)</sup> Es kennzeichnet nur die polemische Methode jener *Marxisten*, dass man die Unterstellung zurückweisen muss, man habe die dem letzten Spiessbürger bekannte Tatsache nicht gewusst, dass Aktionäre zuweilen auch gerupft werden. Übrigens ist Herr Friedrich Ernst, wenn er auch die Ungeheuerlichkeit fertig bekommt den in seiner Art fast beispiellos dastehenden Fall der *Dortmunder Union* für typisch zu erklären, während eine Vergleichung des Kurszettels von heute mit dem früherer Jahrzehnte das strikte Gegenteil beweist, ehrlich genug festzustellen, dass das den Aktionären der *Dortmunder Union* abgezapfte Geld nur zum kleinsten Teil in die Taschen der Grossen gewandert ist, im ganzen vielmehr dazu gedient hat die Werke der *Union* in Betrieb und damit eine stattliche Zahl von Arbeitern während 36 Jahre beschäftigt zu erhalten. »Wären die Werke in den Händen einzelner geblieben,« schreibt er, »so wäre dies schlechterdings ausgeschlossen gewesen.« Davon steht in der *Leipziger Volkszeitung* nichts zu lesen. Es wird aus dem Artikel nur das herausgerissen und zurechtgestutzt, was grade in die altbewährte Schablone passt. Und diese Art von Zurechtschneiden der Tatsachen, die der Prinzenerziehung der Witzblätter entspricht, nennt man dann volkswirtschaftliche Aufklärung der Arbeiter.

Natürlich hält sie der Sprache der Wirklichkeit gegenüber nicht stand sondern wird im praktischen Kampf bei jeder Gelegenheit von ihr desavouiert. Die Masse der Genossen, die sich mit Details der Theorie nicht befassen, merken es nur nicht. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Jahre 1906 bei Beratung der Finanzreform Anträge auf Einführung von Reichseinkommensteuern stellte, fiel es unter anderen mir zu sie zu begründen. Da habe ich sowohl in der Kommission als auch im Plenum auf die stetig wachsende Vermehrung der Aktionäre verwiesen und gezeigt, warum grade sie die etwaigen

<sup>3)</sup> Vergl. mein Buch *Die Voraussetzungen des Sozialismus* (Stuttgart 1899), pag. 65.

volkswirtschaftlichen Bedenken gegen die Einführung höherer direkter Steuern entkräftet, und es ist interessant, dass nach der ersten dieser Reden *radikale Kollegen* auf mich zukamen und meinten: da zeige sich bei mir einmal »wieder der alte Marxist«. Nach dem oben Ausgeführten war es sachlich nicht unrichtig. Nur traf es nicht auf das zu, was heute in der Partei als *Marxismus* aufgetischt wird.

Man kann es den im praktischen Tageskampf stehenden Genossen nicht verdenken, dass sie für solche Vorkommnisse kein Gedächtnis haben. Um so schärfer muss aber jede Spekulation auf diesen Umstand zurückgewiesen werden. Worin besteht der theoretische Kampf unserer *Radikalen* gegen den Revisionismus? Der von Kautsky verfasste Artikel über Tugan-Baranowskijs neueste Schrift kann als wahres Schulbeispiel all der Mittel dienen, mit denen dieser Kampf betrieben wird. Conrad Schmidt hat deren einige neulich in den *Sozialistischen Monatsheften* blossgelegt;<sup>4)</sup> und dass er, der doch sozusagen mit all seinen Fasern an den Fundamentalgedanken der Marxschen Theorie hängt, so scharfe Akzente gegen Kautsky fand, sagt allein schon dem Kenner der Personen und Dinge genug. Kautsky bekommt es fertig ein Buch, das in fast allen zur Zeit strittigen Punkten der sozialistischen Theorie (Werttheorie, Konzentrationstheorie, Akkumulationstheorie, Verelendungstheorie, Krisentheorie, Zusammenbruchstheorie) entweder sich auf den Boden der revisionistischen Kritik stellt oder noch über sie hinausgeht, den Lesern der *Neuen Zeit* als Beweisstück für den Rückzug oder, wie er sich ausdrückt, die »Verelendung« und den »Zusammenbruch des Revisionismus« hinzustellen. Wie das? O, das Kunststück ist leicht zu wege gebracht. Man unterstellt dem zu *Verelendenden* Übertreibungen dessen, was er wirklich gesagt hat, reisst aus dem zur Hand liegenden Buch Sätze heraus, die sich gegen solche Übertreibungen wenden, und der *Zusammenbruch* ist fertig. Es fragt sich nur, wessen.

Die Sozialdemokratie gibt heute Riesensummen für die Verbreitung von Erkenntnis der Tatsachen des Wirtschaftslebens aus. Sie werden verschwendet sein, wenn die Tendenz fortbesteht die Tatsachen nur so weit zu berücksichtigen wie sie in fertige Schablonen passen. Hierin Abhilfe zu schaffen wäre eine der vornehmsten Aufgaben der Parteischule. Sie kann keine Gelehrten heranbliden, sie kann ihren Besuchern nicht über ein gewisses Mass positiven Wissens auf den Weg geben. Was sie vor allem soll und kann, ist das *Verständnis* erweitern, das selbständige Denken und geistige Arbeiten fördern. Dazu ist aber ein erstes Erfordernis Sicherung gegen die Heranbildung irgend welcher Orthodoxie. Man hat in den Anregungen Eisners eine Art teuflischen Attentats des Revisionismus gegen die Parteischule gesehen. Wenn eines geeignet ist die unglaublichen Anklagen gegen den Revisionismus, deren man sich in der Parteidiskussion bedient, zu charakterisieren, so ist es dieser Fall. Eisner hat, wenn der *Vorwärts* richtig über ihn berichtet hat, einer Dezentralisierung der Parteischule das Wort geredet. Nun, ich glaube, sehr viele von denen, die als Revisionisten bekannt sind, würden mit mir sich gegen einen solchen Antrag erklären. Man kann natürlich für irgend welche Zwecke Wanderlehrer anstellen und Wanderkurse einrichten. Aber für die Hauptsache dessen, was die Schule leisten soll,

<sup>4)</sup> Vergl. Conrad Schmidt *Zitate zum Revisionismusstreit* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1131 ff.

scheint mir längere Heraushebung der Schüler aus ihrer Alltagstätigkeit unentbehrlich. Was soll also an jenem Vorschlag Revisionistisches sein? Durch die systematische Unehrlichkeit in den Debatten wird der Bezeichnung *Revisionismus* allmählich jede bestimmte Bedeutung genommen; das Wort dient vielfach nur dazu, um anzuzeigen, wer oder was sich der Redaktion der *Leipziger Volkszeitung* oder Gleichgesinnten missliebiger gemacht hat und den Massen denunziert werden soll. Den Massen, die keine Ahnung von dem haben, was wirklich Revisionismus ist, und sich infolge jener Verhetzung meist nur irgend welchen tückischen Parteiverrat darunter vorstellen. Eine sehr einfache Kampfweise, die unter anderm die humoristisch anmutende Erscheinung zu Wege gebracht hat, dass man heute zu hören bekommt, der Revisionismus sei tot und begraben, um morgen plötzlich zu erfahren, dass die Partei in Gefahr sei vom Drachen des Revisionismus verschlungen zu werden und daher um so mehr der heiligen George bedarf.

Keiner von denen, die man als Vertreter des theoretischen Revisionismus bezeichnen könnte, ist prinzipiell Gegner der Parteischule, die Gegnerschaft ist in ganz anderen Kreisen zu suchen. Und ebenso wenig kann es irgend einem von ihnen einfallen zu verlangen, dass man die Lehrerschaft, statt aus *Radikalen*, aus Revisionisten zusammensetze. Was verlangt wird, und was von Rechts wegen jeder *Radikale* unterstützen müsste, ist, dass keine innerhalb der Partei existierende Richtung von der Lehrerschaft ausgeschlossen werden, dass Wissen und Können allein bei der Auswahl der Lehrer den Entschcheid geben soll. Wem es um die Wissenschaftspflege in der Partei Ernst ist, der muss dafür sorgen, dass auch nicht der Schatten eines Verdachts aufkommt, als ob es innerhalb der Partei so etwas wie eine *lex Arons* gäbe. Was wir vom Staat für dessen Schulen verlangen, das muss innerhalb des Rahmens der Partei von ihren Lehrinstituten gelten.

XX

## RICHARD CALWER · DIE BEHANDLUNG DES AGRARPROBLEMS

**F**IN Beschluss des Nürnberger Parteitags beauftragt den Parteivorstand eine Arbeitskommission zu wählen, die eine Erörterung der Agrarfrage vorbereiten und möglich machen soll. Die Kommission soll nach der Begründung der Antragsteller nicht etwa theoretische Untersuchungen anstellen sondern sich mit praktischen Massnahmen beschäftigen, wie wir die proletarischen Massen auf dem Lande für unsere Partei gewinnen könnten. Es kann gewiss nichts schaden, wenn in unserer Partei mehr als bisher wieder die Agrarfrage erörtert wird. Aber es wird sich dabei nicht umgehen lassen, dass die verschiedenen Auffassungen innerhalb der Partei die Formulierung praktischer Massnahmen erschweren werden. Nicht weniger als dreierlei Auffassungen lassen sich unterscheiden. Jede gelangt aber für die parteipolitische Praxis zu besonderen Resultaten, die von einander sehr abweichen, teilweise einander grundsätzlich gegenüberstehen. Es nützt nichts, wenn man die theoretischen Untersuchungen ausschalten will. Das könnte man, wenn die theoretischen Differenzen schon zum Austrag gebracht worden wären; aber das ist nicht der Fall. Ich glaube vielmehr, dass erst eine theoretische Basis für eine Werbetätigkeit unter der landwirtschaft-

lichen Bevölkerung geschaffen werden muss, wenn uns unliebsame Erfahrungen erspart bleiben sollen. Man vergegenwärtige sich zunächst, wie stark die Gegensätze bei der Beurteilung der Agrarfrage innerhalb unserer Partei sind.

Die ursprüngliche und noch heute offiziell vertretene Auffassung geht davon aus, dass auch auf die Entwicklung der Landwirtschaft genau das zutrefte, was von der Entwicklung der Industrie gilt. Der mittlere und kleine Betrieb werde durch den Grossbetrieb verdrängt. Der kapitalistische Konzentrationsprozess vollziehe sich, wenn auch in etwas anderen Formen und in langsamerem Tempo, innerhalb der Landwirtschaft. Die Aufrechterhaltung eines Mittelstandes werde nur durch besondere Umstände, durch staatliche Massnahmen, durch die Art unserer Handelspolitik ermöglicht. Es sei nur eine Frage der Zeit, und der Prozess, nach dem sich Grund und Boden in den Händen Weniger vereinigen müsse, setze auch in der Landwirtschaft ein und fege den selbständigen Bauernstand von der Bildfläche hinweg. Den schärfsten Gegensatz zu dieser Auffassung bildet die Behauptung, dass in der Landwirtschaft der Grossbetrieb dem mittleren und kleinen Betriebe keineswegs überlegen sei, sondern dass gerade das Gegenteil zutrefte. In der Landwirtschaft zeige sich eine ganz andere Entwicklungstendenz als in der Industrie: nicht in der Herausbildung grosser Betriebe sondern in der Förderung der bäuerlichen Interessen liege die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Es gelte daher hier nicht die These von der Trennung des Arbeiters von seinem Produktionsmittel, die als Voraussetzung für eine sozialistische Organisation der Landwirtschaft von der erst skizzierten Auffassung angesehen wird. Nicht die Verdrängung des Bauernstandes sondern seine genossenschaftliche Zusammenfassung und Betätigung bezeichne den Weg zu einer künftigen sozialistischen Organisation der Landwirtschaft. Ein Vergleich der beiden Auffassungen ergibt ihre Unverträglichkeit ohne weiteres. Jede kommt zu grundsätzlich verschiedenen Forderungen für die Gestaltung der praktischen Agitation. Die erste verwirft die Agitation unter den Bauern, die zweite begünstigt sie. Man wird annehmen dürfen, dass auch in der Behandlung der Agrarfrage die Parteigenossen Norddeutschlands mehr der ersten, die Süddeutschlands mehr der zweiten Auffassung zuneigen. Das ist bei der verschiedenartigen Struktur der Landwirtschaft im Norden und Süden sehr erklärlich.

Lässt sich nun zwischen den beiden gegensätzlichen Auffassungen eine Vermittlung finden? Sie wäre denkbar, wenn wir bei der augenblicklichen Konstellation unter scharfer Berücksichtigung des sozialistischen Gedankens zu einer theoretischen Übereinstimmung gelangen könnten. Es ist kaum bestreitbar, dass der kapitalistische Entwicklungsprozess in der Landwirtschaft dem in der Industrie sehr unähnlich ist. Der industrielle Grossbetrieb ist etwas ganz anderes als der landwirtschaftliche Grossbetrieb. Der Ausdehnung des gewerblichen Grossbetriebs stehen weit weniger Widerstände entgegen als der des landwirtschaftlichen. Im letzteren spielt die Maschine eine weit geringere Rolle als in ersterem. Man muss jedenfalls zugeben, dass die Bauernbetriebe vorläufig und für noch lange Zeit die ausschlaggebende Rolle in der deutschen Landwirtschaft spielen werden. Mit dieser Tatsache und Aussicht sollte man sich in erster Linie abfinden. Vermögen wir dies nicht, so werden wir der Agrarfrage noch sehr lange mit verschränkten Armen gegenüberstehen müssen. Weiter aber sollte anerkannt werden, dass die Interessen der Grossgrund-

besitzer und der Bauern im allgemeinen viel einheitlicher sind als wir zugeben wollen. Es fehlt ja nicht an Stimmen, die die Bauern das Stimmvieh der Grossgrundbesitzer nennen, aber diese Meinung ist unhaltbar. Im *Bund der Landwirte* sind die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bauern ebenso kräftig vertreten wie die der Grossgrundbesitzer. Die Interessen beider Gruppen mögen sich nicht immer decken, es mag sogar häufig Bauernschichten geben, die sich zurückgesetzt fühlen, aber der Grund ist meist darin zu suchen, dass die Interessen der Bauern in den verschiedenen Landesteilen selber sehr stark divergieren. Schützt man den Kornbauer, so schädigt man vielleicht den Viehbauer, bei dem der Getreidebau Nebensache ist. Aber wer den deutschen Bauer für so dumm halten wollte, dass er nicht fände, wo er seinen wirtschaftlichen und politischen Vorteil zu suchen habe, der täuscht sich ganz gewaltig. Die letzten Jahre haben vielmehr dem grössten Teil des Bauernstandes dank der erfolgreichen Politik des *Bundes der Landwirte* solche Vorteile gebracht, dass es vergebliche Mühe wäre den Bauern vorreden zu wollen, ihre politische Organisation sei nur eine Schutztruppe für die Interessen der Grossgrundbesitzer.

Wenn so eine in absehbarer Zeit erfolgende Proletarisierung des Bauernstandes zu verneinen ist, so kann es fraglich scheinen, ob wir innerhalb des Bauernstandes parteipolitische Eroberungen von irgendwelcher Bedeutung und Dauer machen können. Einfacher liegt der Fall, wenn wir die abhängige landwirtschaftliche Arbeiterschaft als unser Agitationsfeld betrachten. Wenn in Nürnberg gesagt wurde, es sollen praktische Massnahmen zur Gewinnung der »proletarischen Elemente auf dem Lande« formuliert werden, so kann jeder, gleichviel welcher der beiden oben skizzierten Auffassungen er sonst zuneigt, dieser Forderung zustimmen. Dass die in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter der sozialdemokratischen Partei zuzuführen sind, muss jeder für eine wichtige Aufgabe unserer Agitation halten. Aber auch dieser Aufgabe gegenüber mache man sich klar, dass wir sie nur durchführen können, wenn wir die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Entwicklung hinreichend berücksichtigen. Um den Arbeiter in der Landwirtschaft besser stellen zu können, dazu ist es notwendig, dass der landwirtschaftliche Betrieb auch rentiert. Wollen wir die deutsche Landwirtschaft schutzlos der überseeischen Konkurrenz preisgeben, glauben wir, dass die Entwicklung unserer Landwirtschaft den nämlichen Weg einschlagen müsse wie die englische, dann könnten wir uns, falls wir die Macht dazu hätten unseren Willen durchzusetzen, jede Agitation unter den Landarbeitern ersparen. Denn dann würde die Entwicklung der Dinge den Zustrom der ländlichen Arbeiter nach den Städten und gewerblichen Zentren so sehr steigern, dass die heutige Leute-not als recht befriedigender Zustand dagegen erscheinen würde. Es handelt sich hier um einen allerdings sehr heiklen Punkt, der aber bei der Erörterung der Agrarfrage nicht zu umgehen ist. Kommen wir dem landwirtschaftlichen Arbeiter mit der Forderung den Schutz der Landwirtschaft niederreißen zu wollen, so eröffnen wir ihm die Aussicht auf eine Periode des Niedergangs seiner Arbeitsbedingungen und seiner Arbeitsgelegenheit. Und es ist sehr zu erwägen, ob man mit einer solchen Forderung auf die Dauer Glück unter den landwirtschaftlichen Arbeitern haben kann und wird. Die Interessen des landwirtschaftlichen und des gewerblichen Arbeiters zeigen hier zurzeit noch einen

Gegensatz auf, den die sozialistische Theorie bei ihrem heutigen Stande nicht auszugleichen vermag.

Die gewerbliche grosskapitalistische Entwicklung weist ein international ziemlich gleichartiges Gepräge auf, während die Landwirtschaft in erster Linie nationalen Charakter trägt. Dieser Unterschied muss im Mittelpunkt einer Erörterung der Frage stehen, wie wir die proletarischen Massen auf dem Lande gewinnen wollen. Grund und Boden ist ein ganz eigenartiges Produktionsmittel, das nicht wie Geld und Maschinen überall in der Welt ziemlich gleiche Leistungen hervorbringt. Seine Leistungsfähigkeit ist vielmehr durch Klima, Witterung, geologische Verhältnisse, durch Geschichte und Entwicklung, je nach dem Lande, in dem er bearbeitet wird, so besonders geartet, dass auch eine Arbeiterpartei, will oder kann sie den rein industriellen Charakter nicht mehr aufrecht erhalten, diesen besonderen Eigentümlichkeiten ihres Landes im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter Rechnung tragen muss.

XX

## AUGUST FOREL · ÜBER DIE STELLUNG DER SOZIALISTEN ZU DEN ENTARTUNGSPROBLEMEN



IN deutsches sozialdemokratisches Blatt, die *Bremer Bürgerzeitung*, hat meinen vor einigen Wochen in den *Sozialistischen Monatsheften* zum Fall Grete Beier erschienenen Aufsatz *Todesstrafe und Sozialismus* mit der grössten Heftigkeit angegriffen. Schimpf- und Verachtungsausdrücke bilden in den drei Leitartikeln des Blattes, die die Überschrift *Professor Forel, der Sozialismus und die Todesstrafe* tragen, die breit geschlagene Sauce, die die schwächsten und sophistischen Argumente kärglich genug zu decken dienen soll. Ich habe an den Redakteur der genannten Zeitung ein Schreiben gerichtet, von dem ich auch den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* Kenntnis geben möchte. Es lautet wie folgt:



EEHRTER Herr, in Ihren Nummern vom 22., 25. und 27. August beschäftigen Sie sich mit einem Aufsatz von mir in den *Sozialistischen Monatsheften*, sowie mit meiner Person in einer Weise, die mich zu einer Erwiderung zwingt. Ich lasse alle Scheltworte und persönlichen Liebenswürdigkeiten, mit welchen der Artikelschreiber — nennen wir ihn Herrn X. — mich beglückt und ebenso die Phrasen bei Seite. Ich antworte nur auf die Sache:

Herr X., auf Gebrüder Goncourt gestützt, leitet den Sadismus aus dem Familienzerfall am Ende des 18. Jahrhunderts (die Männer hätten Freude an Misshandlung der Weiber bekommen) und den Masochismus, den er besonders stark in Amerika wähnt, aus der dortigen Machtstellung des Weibes ab. Das alles ist nach unseren heutigen wissenschaftlichen Kenntnissen total falsch. Sadismus und Masochismus gehören als Schmerzlüsterheit in eine Gruppe pathologischer Störungen (Algolagnie), die in Deutschland sehr verbreitet ist, vielleicht mehr als in Amerika. Diese Störung ist in der Regel angeboren und hat weder mit der Machtstellung der Frauen noch mit dem Familienzerfall etwas zu tun. Ist die Algolagnie nicht erblich und angeboren, so wird sie in der Regel durch emotive (Angst-) Zufälle bedingt, die stark suggestiv wirken. Überdies machen 4301578 ledige Männer gegenüber

458871 ledigen Mädchen in England durchaus nicht ein Verhältnis von 80 zu 100, wie Herr X. schreibt. Die betreffende Statistik beweist nicht das geringste und hat mit den pathologischen Verhältnissen der Algolagnie gar nichts zu tun.

Bezüglich Diebstähle ist es mir ja nicht eingefallen zu leugnen, dass die ökonomischen Verhältnisse einen ungeheuern Einfluss auf sie haben. Aber keine Statistik kann die Tatsache aus der Welt schaffen, dass es eine Unzahl Professionsdiebe gibt — darunter sogar recht reiche Herrschaften, die einen förmlichen Stehtrieb haben. Herr X. soll da nur die betreffenden Personen in den Zuchthäusern besuchen; er wird bald belehrt sein. Die Psychiatrie hat sogar dafür einen eigenen Namen: *Kleptomanie*. Wenn Quetelet behauptet: »Die Gesellschaft birgt in sich selbst die Keime aller Verbrechen, die begangen werden. Sie selbst bereitet sie auf irgend eine Weise vor, und der Verbrecher ist bloss das Werkzeug, das sie ausführt. Jede Gesellschaftsform bedingt eine gewisse Zahl und Art von Verbrechen, die notwendig aus ihrer Organisation hervorgehen«, so hat sich eben Quetelet geirrt, das heisst die ganze Frage einseitig angeschaut. Solche allgemeine, dogmatische Sätze sind überhaupt falsch. Die Gesellschaft besteht aus Menschen. Diese Menschen sind sehr verschieden. Es gibt solche guter und solche schlechter oder pathologischer Qualität. Gewiss birgt die Gesellschaft auch letztere. Aber man muss die Quelle des Übels genau analysieren und nicht alles mit dem Glas einer einzigen Brille beurteilen.

Herr X. behauptet, ich sei ein blinder Anbeter Lombrosos, und die ganze Strafrechtsschule halte Lombroso für einen Charlatan. Das ist das reinste Durcheinander. Die geniale Initiative Lombrosos und seine bedeutenden Leistungen verkennt heute niemand, der nicht voreingenommen ist. Aber wie bei manchen genialen Bahnbrechern hat Lombrosos Phantasie ihn vielfach irre geführt. Dies wird natürlich korrigiert. In der Tat ist Lombroso sogar selbst von seinem anthropologischen Verbrechertypus zurückgekommen. Der geborene Verbrecher ist eben keine besondere Spezies und wird nicht durch Ohrenform oder dergleichen Merkmale gekennzeichnet, sondern er ist ein moralischer Idiot, mit gesteigerten Leidenschaften, das heisst ein abnormer, mehr oder weniger pathologischer Mensch, der unsere Gefängnisse bevölkert und eine Pest für die Menschheit bildet. Die Existenz dieses geborenen Verbrechers oder erblich ethisch defekten Menschen kann heute kein Irrenarzt oder auch kein Strafrechtslehrer, der auf der Höhe steht, verkennen. Herr X. scheint aber nichts davon zu wissen. Er zitiert sogar Wulffen gegen mich, während ich mich mit Wulffen, der es mir selbst bestätigt hat, fast durchweg einig weiss. Der aus Wulffen zitierte Satz ist aus dem Zusammenhang herausgerissen. Wulffen weiss auch ganz gut, dass die psychische Veranlagung, wenn auch durch wirtschaftliche und soziale Verhältnisse oft stark beeinflusst, keineswegs von diesen sondern von den erblichen Energien in erster Linie abhängt.

Herr X. glaubt mich ferner über die Alkoholfrage belehren zu müssen, indem er ein hundertmal widerlegtes Sophisma wieder hervorholt, nach welchem der Alkoholismus die Folge der Armut respektive der schlechten sozialen Verhältnisse wäre. Gewiss gibt es Fälle von Alkoholismus, die infolge des Elends entstehen. Aber es gibt womöglich noch mehr, die umgekehrt durch Geld und Müssiggang bewirkt werden. An wohlhabenden Säufern fehlt es keines-



wegs. Die von Herrn X. so sehr beliebte Statistik beweist sogar, dass der Prozentsatz der Alkoholiker unter Bemittelten stärker ist als unter den ganz Armen, und dass sich bei reicheren Erntejahren die Trunksuchtsfälle steigern. Der Alkoholismus kommt vom Alkohol und von den Trinksitten. Diese verschulden viel Elend. Es ist ein Sophismus die Alkoholfrage und die ökonomische Frage als Ursache und Wirkung zu behandeln. Sie sind nur indirekt verknüpft. Ein wahrer Sozialist hat die Pflicht nicht nur den Kapitalismus sondern auch den Alkoholgenuss zu bekämpfen, da beide am Mark des Volkes zehren.

Nun erzählt noch Herr X., die Eifersucht sei die Folge der monogamen Ehe und des Privateigentums, Das, um mit Spitzfindigkeiten zu beweisen, dass sogar die sexuellen Verbrechen Folge des Kapitalismus seien. Dabei übersieht er, dass die Eifersucht eine alte Erbschaft unserer Tierahmen ist, dass Stiere, Hähne und Affen eifersüchtig sind, dass die polygamen Wilden gerade so eifersüchtig sind wie die Monogamen (die Eifersucht grassiert ja furchtbar unter dem Islam). Die Eifersucht kommt also nicht vom Eigentumsneid, wie Herr X. behauptet, denn jene Tiere haben kein Eigentum, und die Weiber sind so eifersüchtig wie die Männer, auch da, wo von ihrer *Versorgung* keine Rede ist. Ebenso falsch ist die Behauptung des Herrn X., die Gruppenehe sei die ursprünglichste Form der Familie; sie ist eine seltene Abart, die nur bei wenigen, relativ zivilisierten Völkern, wie die Toddas, vorkommt. Ich bin der letzte, der leugnet, dass eine Anzahl sexueller Verbrechen die schnöde Geldsucht bei Reichen wie bei Armen zur Ursache hat, aber so absurde Verallgemeinerungen wie die des Herrn X. kann man nicht ernst nehmen.

Zum Schluss bringt uns Herr X. Zahlen vor, um nachzuweisen, dass die Kinderabtreibung von der Steigerung der Roggen- und Weizenpreise abhängt. Wer jedoch seine Zahlen ohne Voreingenommenheit ansieht, kann nichts dergartiges daraus lesen. Zum Beispiel finden wir 1885 mit 141 und 161 Mark Preisen 14 Abortusverurteilungen, während 1884 mit etwas höheren Preisen (143 und 162) nur 7 Verurteilungen zeigt. Das gleiche umgekehrte Verhältnis zeigt sich bei 1889 und 1890. Das Jahr 1891 allein zeigt auffallend hohe Preise und zugleich eine hohe Zahl von Verurteilungen. Aber was beweist ein Jahr von 9? Das ist der reinste Zufall. Dass mit dem Zurückgehen der Eheschliessungen die Prostitution und sonstige Missstände zunehmen, ist richtig; dagegen habe ich niemals etwas gesagt sondern umgekehrt selbst in meinem Buch *Die sexuelle Frage* gegen diese Missstände gearbeitet.

Damit sind die sachlichen Einwendungen des Herrn X. erledigt. Sie beruhen samt und sonders auf Irrtümern oder Missverständnissen. Seine persönlichen Scheltworte können mich nur ehren. Man schimpft bekanntlich, wenn man keine guten Gründe anzuführen hat. Ich bin von ganzem Herzen Sozialist, bin aber der Ansicht, dass die soziale Frage mehr als eine Geld- und Magenfrage ist. Sie ist auch eine Frage des Gehirns, der Qualität der erblichen Anlagen und der sozialen Ethik. Ich bin ein erklärter Feind aller dogmatischen Einseitigkeiten, weil diese notwendig zu Irrtümern, zur Verbohrtheit und zur Sophistik führen. Man wolle nur die gleich erzogenen Kinder einer gleichen Familie oder Schulklassen genau beobachten; keines ist dem anderen gleich. Ein Bruder ist faul, verlogen, egoistisch, der andere fleissig, ehrlich, wohlwollend. Diese Unterschiede, die jeder Unvoreingenommene kennt und würdigt,

kommen nicht von der Erziehung und nicht von der sozialen Organisation sondern von den erblichen Keimanlagen, die auch Geschwister aus verschiedenen Ahnen heraus kombinieren. Achtungsvoll A. Forel.◄



ICH hätte es sicher nicht der Mühe für wert gehalten jenem Machwerk überhaupt zu antworten, wenn ich nicht die Überzeugung hätte, dass durch derartige systematische Irreführungen der Arbeiter dem Sozialismus der grösste Schaden erwächst. Alles Falsche rächt sich in der Welt. Ich bin, wie gesagt, meiner ganzen Denkweise nach Sozialist. Unsere kapitalistische Geldwirtschaft korrumpiert im höchsten Grade unsere Sitten. Mit aller Energie muss ihr der Vernichtungskrieg erklärt werden. Aber damit ist noch lange nicht der Mensch in einen Engel und die Gesellschaft in ein Paradies umgewandelt. Wer letzteres dem Volk einredet, tut ein schlechtes Werk. Es ist geradezu unverantwortlich dem Arbeiter die soziale Wahrheit ausschliesslich von dem einzigen ökonomischen Standpunkt aus zu beleuchten. Er muss wissen, dass die Vollbelohnung seiner Arbeit, der Wohlstand und die Unmöglichkeit der pekuniären Ausbeutung noch lange nicht genügen, um ein Paradies auf Erden zu schaffen. Er muss begreifen lernen, dass heute schon Menschen, die im mässigen Wohlstand leben und daher ungefähr das ökonomische Ideal des Sozialisten verwirklichen, an Alkoholismus, an erblicher Entartung und an hundert anderen Miseren und Lastern elend zu grunde gehen, die nie und nimmer auf unsere ökonomisch wirtschaftliche Lage zurückzuführen sind.

Die soziale Reform muss, mit einem Wort, von der Wissenschaft unterstützt, auf allen Gebieten zugleich mutig und ehrlich angestrebt und unternommen werden. Man muss der Rassenentartung scharf ins Auge schauen, ihre Ursachen ausforschen, um sie bei den Wurzeln auszurotten. Äusserliche ökonomische, sozialpolitische Systeme allein können nicht aus erblich schlechten Elementen eine gute Brut erziehen. Dieses Rassenproblem hat man in neuerer Zeit, nach F. Galton, *Eugenik* genannt. Die Eugenik fordert die Beseitigung aller rassentartenden Sitten, vorab des Alkoholgenusses und eine richtige Zuchtwahl. Mögen alle ehrlichen Sozialisten, die zugleich Herz und Verstand haben, bald einsehen, dass es ihre Pflicht ist an diese Probleme ernst heranzutreten, die in erster Linie von ihnen in praktischen Angriff genommen werden sollten, und nicht wie Köhlergläubige in starren, unveränderlichen Dogmen verharren und auf überlieferte Katechismen schwören.

XX  
**MATHILDE MORNAY · DIE AUSLÄNDER IN DER  
 BERLINER GALERIE**



Die internationale Sammlung in der *Nationalgalerie* zu Berlin trägt fast ausschliesslich französisches Gepräge. Wenigstens kommen die Segantinis und einige Nordländer nicht auf gegen den geschlossenen Eindruck der Franzosen, denen nur ein Name die Wage hält: Goya. Die Franzosen setzen mit Daumier ein. Daumier malte den Don Quixote als das grosse Kind; die unverstandene Grösse der Welt, die ruhigen Linien, die unendliche Ausdehnung spricht er aus. Don Quixote wird zu einem Teil der Nacht. Daumier hat seine Absicht in diesem Bilde vollkommen er-

reicht durch die Kunst der Silhouette. Von der abseits stehenden tiefen Gestalt Daumiers fort führt uns Courbet gleich in die ganze starke Entwicklung des letzten Jahrhunderts hinein. Die zurückhaltenden und doch so sicheren Tritte dieses ruhigen Malers führten einmal die Technik der Malerei aus der Werkstatt weniger Genies in das Haus einer jungen, klugen und nachdenklichen Generation, bei der die Kunst dann mehr eine Sache des Wissens als des Temperaments wurde. Auch Courbet ist kein Temperament im Sinne Daumiers. Er ist der erste jener Maler, denen wir Menschen von heute noch befangen gegenüberstehn. Der Wert Courbetscher Bilder wird trotzdem richtig veranschlagt. Er zeigt sich in seiner unantastbaren Wahrheit auch in den Bildern der *Nationalgalerie*. Einfach im Vorwurf ist ein Meerbild; schäumende Wellen. Dies Thema, das oft genug zu Plattheiten ausgenutzt wird, ist von Courbet glänzend behandelt. Er sah nur das Element und malte es. In Courbets Farbe ist kein Überschwang, aber eine stille, feierliche Verehrung für das Leben der Natur und das Leben der Farbe. Noch klarer wird die leise Zärtlichkeit, mit der er gemalt hat, in dem Jagdstück. Ein weiches Rehfell, das sich im Hintergrund langsam mit dem Dunkel verbindet, ist ganz zart gemalt. Lose, weich und warm, wie Federn malt er das Reh. Das Laub auf dem selben Bilde ist unvergleichlich. Vielleicht sind es nur Rembrandt und Delacroix, die ausser Courbet die kleine Natur so wiedergaben.

Im selben Saal rahmen zwei bedeutungslose Fautin-Latours einen Millet ein. Millet ist der Mensch, den wir alle lieben. Dies Bild zeigt einen Hügel, ein Stück geackertes Feld, wohl in Morgenfrühe, und über den Hügel fliegen Vögel auf. Bravour kennt Millet nicht, und mit der Farbe versucht er hier ebensowenig wie je zu prunken. Millet lässt sich schlechthin nicht kritisieren. Von seiner glänzenden Raumbegabung zu sprechen ist bei diesem Bilde völlig belanglos gegenüber dem Gefühl, das er uns aufzwingt. Dass sein einziges Buch die Bibel war, erscheint fast selbstverständlich vor seinen Werken.

Zwischen den Franzosen hängen kleinere Werke der beiden bedeutenden Engländer Constable und Bonnington. Constable zeigt sich hier nicht von seiner glänzenden Seite. Die beiden Bilder sind etwas wirr. Auch Bonnington ist nicht so gut vertreten, dass man etwa von den *Fischerbooten* auf seine ganze Persönlichkeit schliessen dürfte. Dieser leichtfertige und graziöse Schüler der Franzosen ist in diesem Bild nur ein wenig zart, ein wenig fein und ein wenig verständnisvoll und recht herzlich langweilig. Mit Constable unstrittig verwandt ist Diaz, von dem die Sammlung ein kleines und kleinliches Waldinnere besitzt. Man fragt sich auch hier wie stets bei Diaz: Ist er nicht nur ein weichlicher Farbenposeur? Zu einer reinen Freude bringt man es nie. Daubigny hat in der Galerie eine Frühlingslandschaft, die man nicht bewundern kann, so wenig wie sie Anlass zu Tadel gibt. Sie ist trocken, aber nicht weichlich, im ganzen eine völlig gleichgültige Sache.

Im zweiten Saal der Sammlung ist die neuere grosse Schule Frankreichs um Manet versammelt. Obgleich Manet hier nicht so vertreten ist, wie es seiner Machtstellung entspricht, bleibt er auch hier der Mittelpunkt. Der merkwürdigste, vielverkannte und dann modernste seiner Begleiter ist Cézanne. Als einen komischen Kauz hat ihn Gott in die Welt gesetzt. Einen Kauz, der nur in den abgetragenen Hosen herumzulaufen scheint, über seine Verschlossenheit jammert und doch als der nobelsten einer verehrt wird. Wir

haben hier eine Frühlingslandschaft von ihm, das Frühlingslied eines Sperlings. Er will pfeifen wie die andern, aber er bricht ab, nachdem er nur erst angedeutet hat, was in ihm ist. Anziehend wird uns dies begabte Stiefkind der Malerei immer bleiben, aber wir schrauben unsere Ansprüche tief herunter, wenn wir seine Laute für einen Gesang halten wollten. Ganz merkwürdige Feinheiten, die bei seiner Beurteilung immer stutzig machen, hat Cézanne in grauen Tönen geleistet. Verwandt durch den Widerspruch zwischen Feinempfinden und mangelnder Klarheit der Mittel ist mit Cézanne sein Nachbar in der *Nationalgalerie*, Degas. Die Mittel sind bedeutend kultivierter als bei Cézanne. Dieser ist ungeschickt, jener verschmäh't nur mehr als Andeutungen zu geben. Absichtlich verleugnet er die Wundermacht der Palette. Er spricht nur zu sehr differenzierten Empfindungen und, wie es scheint, zu Empfindungen, die nach einer Richtung geordnet sind, Degas arbeitet mit unendlichem Geschmack. Er entdeckte das Ballett als Goldgrube für sein Malerauge, sein raffiniertes Raumgefühl, und wohl am meisten für sein Malergehirn. Degas ist der Luxushund, ein feingebauter Windhund unter der Montmartregeneration. Die französische Malerei hat in ihrem grössten Blumenfreund Monet einen ihrer kältesten Maler hervorgebracht. In Monet fand das Wahrheitsuchen der Impressionisten ihr Ziel. Und ihr nüchternes Ende. Und doch bleibt Monet eine achtungsgebietende Gestalt in der Kunst des Jahrhunderts. Er forschte in der Natur, und er fand immer, was er suchte. Er war der erste, der das Licht wirklich so auflöste, dass es auch als Licht von seinen Bildern widerstrahlte. Monet brachte Wahrheit, darum war er die logische Folge der Kunstentwicklung, aber mehr als Wahrheit konnte er nicht bringen. Er war wärmer, als er anfang zu malen. In dem älteren seiner in der Galerie befindlichen Bilder, dem *Platz vor Saint-Germain l'Auxerrois* lehnt er sich noch sehr an Manet an; das Licht ist noch nicht Hauptsache geworden; im Schatten arbeitet er sogar mit einem lackigen Schwarz, doch wirkt er hier bei weitem malerischer als in der späteren Zeit seines Lichtfanatismus.

Ein grosses Bild Renoirs frappiert und erschreckt. Auf den, der den weichen, schönen Renoir nicht kennt, muss es unbedingt lächerlich wirken. Renoir verbreitet sich in holpriger Technik mit einer rohen Farbe über 4 Quadratmeter Leinwand. Er malt eine Kinderstube, aber was er eigentlich malen wollte, bleibt auch bei längerer Beschäftigung mit dem Bilde ein Rätsel. Er malt das Zimmer ab, scheint die Gegenstände und Menschen, die in kaltem, klarem Licht stehn, der Reihe nach durchgenommen zu haben. Er wollte der Natur nachgehn und blieb weit hinter ihr zurück. Man möchte ein Bild Hammershoys, auch eine Zimmerecke, das einige Säle weiter in der Galerie hängt, zum Vergleich daneben hängen. Es ist verwunderlich, dass dies der selbe Renoir sein soll, der so feine, liebe, farbenschöne Bilder gemalt hat, Haut gemalt hat, die unter einem weissen Mullkleid zittert vor Leben. Ein besserer Repräsentant Renoirscher Kunst, wenn auch lange nicht heranreichend an seine weichen Frauenbilder, ist das *Sommermädchen im Schatten*. Zwei kleine Vuillards schlagen einen ganz andern Ton an als die Nachbarn. Kinder vom Ende des 19. Jahrhunderts mit seiner japonisierenden Geschmacksrichtung, werden Vuillardsche Bilder durch eben diesen Geschmack immer hervortreten. Es ist schon zehnmal gesagt worden, dass sie mehr Tapeten wären als Bilder, und kann ruhig zum elftenmal gesagt werden.

Die Erwerbung des *Landhauses zu Rueil* von Manet für die *Nationalgalerie* ist eine der Taten Tschudis, die wir ihm besonders zu danken haben. Wenn ein Maler dem kindlichen Unverständnis die Brücke schlagen kann zu den alten Meistern, so ist es Manet. Dass er über sich hinausführt, ist kein ihn tadelndes Zugeständnis; er hält noch genug fest. Ich entdeckte mit Manet einmal die Malerei, und gerade mit dem *Landhaus zu Rueil* die Landschaftsmalerei. Völlig kritiklos hatte ich bis dahin Ausstellungen besucht, höchstens für zeichnerische Eindrücke empfänglich. Auch die Kritik anderer brachte mich nur in Verlegenheit. Bewusst suchte ich schon nach einem Verhältnis zu den Dingen um mich. Ich fühlte, dass mich Luft von den Gegenständen, die ich sah, trennte und fand das nirgends ausgedrückt. Koloristischen Reiz suchte ich noch nicht. Als ich Manets *Landhaus* sah, wusste ich, dass hier war, was ich gewollt hatte, dass hier der selbe Eindruck war, den ich in Ausstellungsräumen oft gehabt hatte, wenn ich plötzlich durch ein offenes Fenster Garten und Bäume sah. Mir erklärte das Bild die Natur und sagte zum erstenmal etwas von Dingen, für die ich erst viel später den Namen hörte: *Kolorismus*. Ein früheres Bild Manets, das weder die Klarheit des *Landhauses zu Rueil* hat noch konkurrieren kann mit den späteren Werken, ist das *Treibhaus*. Es imponiert wohl neben seinen Nachbarn, aber es zeigt Manet doch von einer oberflächlichen Seite. Von einer etwas spielerischen. Den ganz energischen Neuerer, der seine Generation übersprang und direkt bei Velasquez anknüpfte, sieht man trotzdem. Aber ein wenig bleibt Manet hier im Bourgeoishaften stecken. Die Kühnheit, mit der er vorgeht, wirkt nicht ganz berechtigt und lässt auch den reinen Genuss an Dingen, die so fein gemalt sind wie die Handschuhe, nicht aufkommen. Einfach ist das Bild, wirklich einfach, und dieser einzige Vorzug, den es hat, wiegt viel.

Die Galerie besitzt zwei Goyas. Das *Stiergefecht* ist ein Bild, wie es das 19. Jahrhundert nicht mehr hervorgebracht hat. Man möchte davon sagen: Goya spritzt mit Farbe und Bewegung um sich, und wo er hintrifft, da sitzt es. Der *Maibaum* ist noch gewaltiger. Wir haben es hier mit einem der interessantesten Werke Goyas zu tun. Und das will heissen: mit einem der interessantesten Werke der Malerei überhaupt. Goya marschirt an der Spitze aller Maler. Koloristisch nie übertroffen, hat er in der Farbe nur einen Nebenbuhler gehabt: Tizian. Nebenbuhler und stärksten Gegensatz. Der Eindruck des *Maibaums* ist ganz einheitlich; Goya hat nie gefehlt in der Komposition seiner Bilder. Das Wort *Raffinement* auf ihn anzuwenden wäre ungehörig. Das Gefühl, mit dem er den Raum beherrscht, war mehr als Raffinement, war Eingebung von Gott. Er arbeitet nicht mit Sensationen, jenen Raumsensationen, die Degas nicht verschmäht; seine Raumbergebung ist einfach, aber eins seiner stärksten Kompositionsmittel, ob bewusst oder unbewusst bleibt sich gleich. Bei dem ganzen Temperament Goyas, das alle Kindlichkeit ausschliesst, kann man annehmen, bewusst. Das Bild kann sofort übersehen werden, aber es verlangt Stunden, um gut gekannt zu werden. Das Wunderliche der Nacht sieht man in dem Bild. Das Geheimnis des Fleischtons, das hinter dem kalten Hauch der leuchtende warme Ton steckt, sah Goya hier auch am Himmel. Der Nachthimmel wird tief durch die Leuchtkraft hinter der Dunkelheit. Mit dem Ton dieses Himmels, mit einem wunderschönen Grün und dem hellen Weiss der Burg komponiert Goya, und das gibt einen Klang! Und

dann knotet er die Menschen um den Maibaum zusammen durch Dunkelheit. Diese Goyaschen Farben sind wahrlich aus einem Temperament geboren, aus einem Hexenkessel scheinen sie zu kommen. Und neben diesem Temperament läuft das allerklügste Empfinden für Zartheit und Feinheit. Um seinen blauschwarzen Himmel warm zu machen, malte er tiefes Rot unter die dunkelste Stelle, das an der rechten Seite des Bildes, auf der der Himmel einen mätteren, blauen Schein hat, in graugelbes Rosa übergeht. Auf einer Brücke, die Burg und Ebene verbindet, steht ein Kreuz gegen den Horizont. Es ist uns so fern gerückt durch die Nacht, dass es mit dem Himmel ganz zusammengeht. Diese Stelle mag die feinste auf dem Bilde sein.

Wir haben den Weg durch die Sammlung nicht ganz nach der historischen Reihenfolge gemacht. Geschichtlich ist Goyas Platz vor der französischen Schule; sein Bild ist aber weit weniger als das der anderen vom Standpunkt der kunstgeschichtlichen Entwicklungslehre zu betrachten. Courbet entwickelte sich folgerichtig aus den alten Holländern und Velasquez. Manet und sein Kreis knüpfte ebenfalls an Velasquez an und säete Körner aus der Ernte Courbets. Goya braucht seinen Platz allein. Er nutzte die Überlieferung, aber er war zu eigenwillig, um künftigen Generationen nahzustehn.

XX

## MARGARET ETHEL MACDONALD · DIE GEGENWÄRTIGE LAGE DER ENGLISCHEN FRAUENSTIMMRECHTSBEWEGUNG

**N**ICHT ganz leicht ist es die verschiedenen Seiten der augenblicklichen Frauenstimmrechtsbewegung in Grossbritannien genau zu schildern, denn die ganze Agitation befindet sich in solch einem Zustand der Gärung, dass das, was in den Einzelheiten der Organisation für einen Monat richtig ist, schon für den nächsten nicht mehr stimmen kann, und dass fortwährend neue Vereinigungen und neue von den alten Vereinigungen ergriffene Methoden auf der Bildfläche erscheinen. Für diejenigen, denen das Bürgerrecht der Frauen ein Gegenstand von hoher Bedeutung ist, ist diese Tätigkeit zu gunsten des Parlamentsstimmrechts der Frauen ein ermutigendes Zeichen; sie hat aber auch ihre Nachteile, wenn wir sehen, wie Frauen mit gleichem Eifer auf verschiedenen Plattformen stehen und bei unsern Wahlen und politischen Versammlungen eine ganz entgegengesetzte Taktik verfolgen, und das alles im Namen des Frauenstimmrechts. So standen sich bei der Nachwahl in Haggerston, im Nordosten Londons, drei Kandidaten gegenüber, ein Konservativer, ein Liberaler und ein *Sozialdemokrat* (dessen Partei nicht mit der Arbeiterpartei zusammengeht). Einige persönliche Freundinnen von mir waren in Haggerston tätig, jede, um einen andern dieser Kandidaten zu unterstützen, nicht weil sie zu der politischen Partei des Betreffenden gehörte sondern einzig und allein der Stellung wegen, die dieser dem Frauenstimmrecht gegenüber einnahm. Sozialistinnen, Mitglieder der *Women's Social and Political Union*, sprachen auf diese Weise stundenlang gegen den Liberalen und wurden von den Konservativen, die sie natürlich für Verbündete hielten, von einer Versammlung zur andern begleitet. Andererseits unterstützte eine Unionistin wie Frau Fawcett offiziell den liberalen

Kandidaten, weil der *Nationalverband der Frauenstimmrechtsgesellschaften* ihn als einen so besonders guten Freund betrachtete — er ist nämlich Mitglied des *Männerbunds für Frauenstimmrecht* —, dass er sich nicht mit neutraler Propaganda innerhalb der Wählerschaft begnügen konnte sondern ihn unterstützen musste. Zu gleicher Zeit entsprachen andere sozialistische Frauen dringenden Aufforderungen zur Unterstützung des *sozialdemokratischen* Kandidaten, weil Sozialistinnen der *Women's Social and Political Union* diesem ganz besonders schaden. Während nämlich ihre Rednerinnen speziell gegen den Regierungskandidaten, den Liberalen, auftraten, der, wie gesagt, ein eifriger Verfechter der sofortigen Wegräumung der Geschlechtsschranken für Stimmberechtigte war, versendeten sie einige ihrer Pfeile auch gegen den *Sozialdemokraten*, weil dieser gegen die Aufhebung des Geschlechtshindernisses vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Erwachsene ist. Das Resultat der Wahl war ein grosser Sieg des Konservativen; allein dieser war schon lange in jener Gegend zu erwarten, und ich glaube nicht, dass die Frauenstimmrechtlerinnen hierbei einen irgendwie bemerkenswerten Einfluss ausüben konnten. Sicherlich musste aber ihre verschiedene Taktik den Durchschnittswähler verwirren oder belustigen.

In den speziellen Frauenstimmrechtsvereinen arbeiten Frauen aller Klassen neben einander. Die eigentlichen Kampforganisationen, wie die *Women's Social and Political Union* und die *Women's Freedom League*, wurden von Sozialistinnen ins Leben gerufen und werden grösstenteils von ihnen geleitet. Frau Pankhurst zum Beispiel war eine der Pionierinnen, die die *Independent Labour Party* gründen half, obgleich sie jetzt jeder Parteiangehörigkeit entsagt hat, um sich ganz dem Kampfe gegen die Regierung zu widmen, bis diese das Stimmrecht der Frauen bewilligt. Ihre Organisation, die mehrfach erwähnte *Women's Social and Political Union*, scheint jetzt, nach dem Geld zu schliessen, das in ihre Kasse fliesst, mehr die begüterten Klassen anzuziehen; dennoch gehören Arbeiter und Arbeiterinnen zu ihren eifrigsten Anhängern, und Tagelöhnerfrauen gehen ebenso freudig ins Gefängnis wie Generalstöchter. Die *konstitutionellen* Verbände vereinigen auch Frauen aller Klassen, und bei den kürzlich organisierten grossen Umzügen und Demonstrationen gingen Fabrikmädchen und Studentinnen, Wäscherinnen und Gräbinnen neben einander durch die Strassen.

Für die deutschen Sozialisten wird es indessen von grösserem Interesse sein zu erfahren, was für eine Stellung die als die *Independent Labour Party* bekannte sozialistische Partei dem Frauenstimmrecht gegenüber einnimmt.<sup>1)</sup>

Bei meiner Anwesenheit in Stuttgart im vorigen Jahre fand ich, dass die Sozialisten des Kontinents fast alle sehr erstaunt darüber waren, dass die wichtigste sozialistische Körperschaft Englands die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen unter den selben Bedingungen wie sie für die Männer gelten offiziell unterstützte, da doch jetzt für letztere eine Besitzqualifikation zur Wahlberechtigung erforderlich ist. Ich glaube, die Stellung der Partei dieser Frage gegenüber kann in kurzen Worten definiert werden, wenn ich sage, dass wir es für unsere Propaganda für äusserst wichtig halten die Frauen als Bürgerinnen auf den Boden der Verantwortlichkeit zu stellen und ihre Hilfe für die

<sup>1)</sup> Vergl. auch James Keir Hardie *Zur Haltung der englischen Sozialisten in der Frauenstimmrechtsfrage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 1006 ff.

Kämpfe des Sozialismus um bessere Wohnungen und gesündere und freiere Lebensbedingungen für alle in Anspruch zu nehmen. Selbstverständlich tritt die *Independent Labour Party* für das allgemeine Wahlrecht ein, wonach jeder Mann und jede Frau das Recht zu wählen haben soll; es existiert aber keine starke Bewegung für das allgemeine Wahlrecht der Männer, und wir halten es auch für weniger wichtig ihr Wahlrecht auszudehnen als vielmehr sie so zu erziehen, dass sie es für den Sozialismus anwenden. Daher sind wir nicht dafür zu haben den Gewinn, den das Bürgerrecht der Frauen uns bringen würde, dadurch zu verzögern, oder zu beeinträchtigen, dass wir aus der Frauenstimmrechtsagitation eine allgemeine Wahlrechtsbewegung machen, für die es, wie die Dinge in England zurzeit liegen, schwer fallen würde Begeisterung zu erregen. Der schnellere und direktere Weg ist einfach für die Wegräumung des Geschlechtshindernisses zu arbeiten; und diesen einen Punkt des Frauenstimmrechtsantrages unterstützt die *Independent Labour Party* immer wieder auf jeder Jahresversammlung.<sup>2)</sup> Das ist auch das Ziel der zu anderen politischen Parteien gehörigen Frauenstimmrechtlerinnen, und die Sozialisten werden manchmal beschuldigt, dass sie einfach die Geschäfte der reichen, reaktionären Frauen besorgen. Zahlen beweisen jedoch, dass hauptsächlich in den Städten ein grosser Prozentsatz der auf der gegenwärtigen Basis stimmberechtigten Frauen zur Arbeiterklasse gehören würden. Immerhin würden nicht viele Arbeiterfrauen, deren Männer leben, das Wahlrecht erhalten, wenn ihre Männer ihr Recht nicht auf sie übertragen würden; deshalb liegt dem Parlament ein anderer Antrag vor, der jeder Ehefrau, deren Mann wahlberechtigt ist, *eo ipso* das Wahlrecht gewähren will. Diese verbesserte Fassung wird sehr eifrig von der *Frauengenossenschaftsgilde* verfochten, einer, wie die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* aus der genossenschaftlichen Rundschau wissen, bedeutenden, über das ganze England verbreiteten Organisation, die grösstenteils aus Arbeiterfrauen besteht. Natürlich würde das so erweiterte Wahlrecht immer noch ein von Besitz abhängiges bleiben, solange die männlichen Wähler noch auf einen gewissen Vermögenszensus beschränkt sind.

Wir treten für die sofortige Gewährung des Frauenstimmrechts ein, obgleich es sich nur auf einen Teil der Frauen erstrecken würde, weil wir, wie gesagt, diesen Weg für den raschern halten. Wir fürchten uns auch nicht vor dem Resultat. Wir erkennen an, dass die Durchschnittsfrau jetzt vielleicht konservativer ist als der Durchschnittsmann, obgleich er auch schwer genug fortzubewegen ist. Wir müssen aber die Frau auf unsere Seite bringen, wenn wir jemals die sozialistische Schlacht gewinnen sollen, und die sicherste Art dies zu tun ist unserer Meinung nach die Aufrüttelung aus der Gleichgültigkeit und Fügsamkeit, mit der heutzutage Durchschnittsmänner und -frauen sich dem Gedanken hingeben, dass letztere in der Politik nichts zu suchen haben. Es hemmt unsere Arbeiterbewegung, wenn die Frauen an der politischen Arbeit ihrer Männer keinen Anteil nehmen, und es beraubt sie der wertvollen Erfahrungen der Hausfrauen und weiblichen Lohnarbeiter in Dingen wie Wohnungsfragen, Kinderfürsorge, Heimarbeit usw., die der Sozialismus zum Gegenstande der täglichen politischen Tätigkeit macht. Ich erwarte selbst keine sehr in die Augen fallenden Wirkungen auf die Gesetzgebung als Er-

<sup>2)</sup> Dieser Antrag enthält einen Absatz, der ausdrücklich bestimmt, dass keine wahlberechtigte Frau wegen Heirat aus der Wählerliste gestrichen werden kann.



gebnis des Frauenstimmrechts; was ich aber erwarte, ist, dass es eine ungeheure indirekte Wirkung auf den ganzen Geist der Frauen und ihre Selbstachtung wie auf das Ansehen, in dem sie bei den Männern stehen, ausüben wird; und diese Wirkung kann fast ebenso vollständig durch die Wegräumung des blossen Geschlechtshindernisses wie durch die Gewährung des Wahlrechts an jedes Individuum beider Geschlechter erzielt werden. Wir sind auch der Meinung, dass, wenn einmal die Liste der Wahlberechtigten erweitert wird, dieses der schnellere Weg sein wird sie noch weiter auszudehnen, und dass das *beschränkte* Wahlrecht für Frauen der erste Schritt zu einem unbeschränkten Wahlrecht für Männer und Frauen sein wird.

Die Arbeiterpartei steht jedoch als Ganzes, abgesehen von ihrem sozialistischen Flügel, der *Independent Labour Party*, nicht auf diesem Standpunkt. Jedes Jahr findet auf ihrem Parteitag eine Diskussion über diesen Gegenstand statt, und eine Resolution wird eingebracht, die das allgemeine Wahlrecht für alle Erwachsenen fordert — womit alle einverstanden sind — und ausserdem jeder Erweiterung des Wahlrechts innerhalb eines Vermögenszensus entgegentritt. Auf dem Londoner Parteitag /1906/ standen sich beide Seiten fast gleich, in Belfast /1907/ jedoch und in Hull /1908/ war eine entschiedene Majorität gegen die *beschränkte* Gesetzesvorlage, wie ihre Gegner sie nennen, vorhanden. An dieser sich immer steigernden Opposition tragen, wie ich glaube, Frau Pankhurst und andere sozialistische Führerinnen, die ihre allgemeine Propaganda aufgegeben haben, um sich allein der Frauenstimmrechtssache zu widmen, durch ihre aggressive Haltung allen gegenüber, die nicht die selbe Taktik verfolgen, einen grossen Teil der Schuld, und daher beklage ich ihre Tätigkeit. Sie haben von ihrer Sache viel reden gemacht, haben sich aber der offiziellen Unterstützung der Arbeiterpartei beraubt, und obgleich fast alle Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei den Antrag für die Wegräumung des Geschlechtshindernisses persönlich unterstützen, ist natürlich ihre Hilfe weniger wirksam, als wenn sie von der Partei ausginge.

Die *Women's Labour League*, eine junge, aber wachsende Organisation unter den Frauen der Arbeiterpartei, besitzt eifrige Anhängerinnen sowohl wie Gegnerinnen der *augenblicklichen* Stimmrechtsgewährung; auf ihren drei Nationalversammlungen haben jedoch die Mitglieder des Bundes einstimmig beschlossen deswegen keine Spaltung eintreten zu lassen. In Hull wurde das im vergangenen Januar durch eine Resolution entschieden, die die vorjährige Resolution bestätigte, wonach es den einzelnen Mitgliedern und Abteilungen überlassen bleibt »für das Frauenstimmrecht nach ihrem besten Ermessen, getreu der Verfassung des Bundes zu arbeiten«. So bleibt der Bund als Ganzes unerschüttert durch die stürmischen Erregungen, die dieser Streit auf mancher anderer Seite auslöst, er verfolgt seine erzieherische und politische Propaganda, von dem Grundsatz ausgehend, dass die Frauen Bürgerrechte und -pflichten haben müsse, was auch das Gesetzbuch dazu sage.

Was das Endergebnis aller dieser Agitationen und Gegenagitationen sein wird, ist schwer zu sagen. Eines kann ich sicher versprechen: dass die Sozialisten sich nicht dem Antistimmrechtsverein anschliessen werden, der von Lady Jersey, Frau Humphry Ward und anderen wohlhabenden Frauen ins Leben gerufen ist, die schon jetzt im vollen Besitze der Freiheit und Hochachtung sind, die sie persönlich für sich in Anspruch nehmen, und die wahrscheinlich

kein Bedürfnis nach dem Wahlrecht empfinden. Ich hoffe, dass diese liberale Regierung, wie Herr Asquith es angedeutet, noch in der kommenden Tagung eine Wahlrechtsvorlage einbringen und die Frauen darin einschliessen wird. Wenn wir aber dieses Wahlrecht erlangen, welcher Art dessen Einzelheiten auch sein mögen, so wird das zum grossen Teil der Tatsache zu verdanken sein, dass die Sozialisten die Politik mit den Problemen des täglichen Lebens und der Wohlfahrt des Hauses in Verbindung gebracht und es so den Frauen zur gebieterischen Pflicht gemacht haben an ihren Debatten und Entscheidungen teilzunehmen.

XX

## LEONIDA BISSOLATI · DER KAMPF UM DEN RELIGIONSUNTERRICHT IN ITALIEN



IELEN ist es sonderbar erschienen, dass die römische Stadtverwaltung neuerdings die Abschaffung des Religionsunterrichts in der Elementarschule beschlossen hat. Der Vorgang hat besonders diejenigen überrascht, die angesichts des entgegengesetzten Votums der Deputiertenkammer anlässlich des von mir dort eingebrachten Antrags auf Abschaffung des Religionsunterrichts sich nicht erklären können, wie nach diesem Votum die grösste Gemeinde des italienischen Staates mit solcher feierlichen Bestimmtheit die Religion aus ihren Schulen ausschliessen konnte. Um die Tragweite und die Bedeutung dieses Beschlusses sowie überhaupt die Ziele des Kampfes zu verstehen, der sich in Italien auf diesem Gebiet entsponnen hat, empfiehlt es sich auf einige historische Vorgänge zurückzugreifen.

Das ganze öffentliche Unterrichtswesen ist in Italien durch das Gesetz Casati vom Jahre 1859 geregelt worden. Das genannte Gesetz trifft Bestimmungen über alle Unterrichtsstufen, von der Elementarschule bis zur Universität. Zu diesem grundlegenden Gesetz sind in dem Zeitraum von 1859 bis heute zahlreiche, zum Teil es tiefgreifend modifizierende Einzelgesetze getreten. Hinsichtlich des Elementarunterrichts war das Gesetz von 1859 ein durchaus konfessionelles Gesetz, das den Religionsunterricht für die Schüler obligatorisch machte und entsprechender auch die Gemeindeverwaltungen zu seiner Einführung verpflichtete. Es muss daran erinnert werden, dass der Elementarunterricht in Italien insofern staatlich ist als der Staat die Verpflichtung zur Errichtung von Elementarschulen vorschreibt und die Unterrichtsprogramme festsetzt, dass aber die Finanzierung und die Verwaltung der Schule Gemeindeangelegenheit ist. Das alte Gesetz Casati schrieb also vor, dass im Programm der Elementarschule der Religionsunterricht enthalten sein sollte, und machte ihn demgemäss für Schulen und Kommunen obligatorisch. Nach 1860 begann jedoch eine Reihe ministerieller Akte, die darauf hinczielten bei der Ausführung des Gesetzes die Verpflichtung der Schüler zum Empfang des Religionsunterrichts abzuschaffen. Man fing damit an zu gestatten, dass die Schüler auf Wunsch der Eltern vom Religionsunterricht dispensiert werden könnten. Unberührt hiervon blieb jedoch die Verpflichtung der Kommunen den Religionsunterricht allen Schülern erteilen zu lassen, die nicht die Dispensation von diesem Unterricht gefordert hatten. So blieb es bis zum Jahre 1877, in dem das Gesetz über den obligatorischen Unterricht angenommen wurde. Dies Gesetz schloss den Religionsunterricht von der Liste der obligatorischen

Fächer aus und setzte an seine Stelle den Unterricht in den Rechten und Pflichten der Bürger. Hiermit war festgestellt, dass die Schüler von der Verpflichtung den Religionsunterricht zu besuchen befreit waren; dagegen erhob sich die Frage, ob in gleicher Weise die Gemeinden von der Verpflichtung befreit waren den Religionsunterricht jenen Schülern erteilen zu lassen, deren Eltern den Wunsch nach Erteilung dieses Unterrichts ausgedrückt hatten.

Um diesen Punkt tobte von 1877 bis heute der Kampf zwischen den liberalen Parteien und den Klerikalen. Der Kampf entbrannte in folgender Weise: Die Kommunen, in denen die Liberalen die Oberhand hatten, weigerten sich selbst den Religionsunterricht den Schülern erteilen zu lassen, die ihn forderten. Als bald wandte sich die klerikale Partei an das Ministerium mit der Forderung, dass die Weigerung der betreffenden Kommune als illegal qualifiziert werden müsse; fiel dann die Entscheidung des Ministeriums im entgegengesetzten Sinne aus, so appellierte sie an den Staatsrat, der von der italienischen Verfassung als Organ der Verwaltungsgerichtsbarkeit eingesetzt ist. Der Staatsrat fällt in dem langen Zeitraum von 1877 bis heute ganz entgegengesetzte Entscheidungen. Bisweilen entschied er dahin, dass die Gemeinden zur Erteilung des Religionsunterrichts verpflichtet seien; in anderen Fällen erklärte er wieder, dass das Gesetz von 1877 definitiv die Gemeinden von dieser Verpflichtung befreie. Mehr noch. Es erging eine Entscheidung des Staatsrates, durch die die Regulative Baccelli vom Jahre 1895, die in Interpretation des Gesetzes von 1877 die Verpflichtung der Kommunen ausdrücklich festsetzte, für verfassungswidrig erklärt wurde. Die Frage wurde mehrere Male im Parlament behandelt, aber ohne jedes praktische Resultat, weil die Interpretationen *pro* und *contra*, die von Ministern und Abgeordneten gegeben wurden, den Streit in der Schwebe liessen und zu keinem definitiven Beschluss führten. So wurde denn die Frage in den Strudel der politischen Wechselfälle hereingezogen. Je nach der mehr liberalen oder mehr reaktionären Färbung der Ministerien, je nach dem Überwiegen liberaler oder reaktionärer Mehrheiten in den Kommunen bestanden grössere oder geringere Chancen das Gesetz in diesem oder jenem Sinne anzuwenden. Es war also notwendig, und diese Notwendigkeit wurde allgemach allseitig begriffen, aus dieser Ungewissheit herauszukommen und die Frage durch eine klare gesetzgeberische Entscheidung zu lösen.

Drei Möglichkeiten gab es die Frage zu lösen, und diese Möglichkeiten waren so verschieden von einander wie die politischen Strömungen, von denen es abhing, welche dieser Möglichkeiten den Vorrang erhalten sollte. Die eine Möglichkeit war die am Grundgedanken des alten Gesetzes von 1859 festzuhalten und den Religionsunterricht für die Schüler obligatorisch zu machen, unbeschadet der Dispensation für die Schüler, deren Eltern sie fordern möchten, und demgemäss die Gemeinden zur Erteilung des Religionsunterrichts zu verpflichten. Die zweite Möglichkeit ging dahin es den Gemeinden zu überlassen, ob sie in ihren Schulen Religionsunterricht erteilen lassen wollten oder nicht. Drittens endlich konnte man durch Staatsgesetz die Religion aus dem Lehrprogramm der Elementarschulen ausschliessen. Die erste dieser Möglichkeiten entsprach naturgemäss den Aspirationen der klerikalen Partei, die dritte den Tendenzen der sozialistischen wie der demokratischen Partei.

Die zweite empfahl sich mehr als Ausweg denn als prinzipielle Lösung, und sie musste demgemäss triumphieren dank den opportunistischen Tendenzen der Parlamentsmehrheit.

Der von mir eingebrachte Antrag, der die Regierung aufforderte klipp und klar den weltlichen Charakter der Elementarschule durch Ausschluss des Religionsunterrichts festzustellen, auch gegen den Willen etwaiger lokaler Mehrheiten, betonte zugleich das Prinzip, dass die Lehrprogramme der Elementarschule als staatlich zu betrachten seien. Nicht mehr kommunale Mehrheiten sondern das Parlament sollte über das Wesen der nationalen Erziehung zu entscheiden haben. So war die Frage in vollster Offenheit und Klarheit vor dem Parlament aufgerollt. Und wirklich beriet das Parlament die Frage in einer Verhandlung, die sich über 10 Sitzungen erstreckte und die in der parlamentarischen Geschichte denkwürdig bleiben wird. Meine Forderung stützte sich auf zwei Reihen von Argumenten: einmal auf politisch-didaktische Erwägungen und zum andern auf legislative Präzedenzfälle. Es sei mir erlassen über jene Erwägungen zu sprechen. Sie sind nahezu die selben, wie sie anderswo angestellt worden sind, wo auch immer dieses Kampfzeichen aufgepflanzt wurde, wobei freilich zu beachten ist, dass in Italien Religionsunterricht eben katholischen Unterricht bedeutet, und dass sich die pädagogische Frage mit der politischen verknötet, dank dem immer lebendigen Gegensatz zwischen dem Vatikan und dem modernen Italien.

Diese Dinge sind sicher den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* bekannt, während es weniger bekannt ist, dass der italienische Staat bereits durch Gesetze neueren Datums sich sehr unzweideutig zu dem Problem geäußert hat. Im Jahre 1904 traf das Parlament Anstalt zur Errichtung neuer Klassen, die den bereits existierenden Volksschulen angegliedert werden sollten, um den jungen Leuten aus dem Volke eine umfassendere Erziehung zu geben. Es ist nun bezeichnend, dass das Parlament, als es den Lehrplan dieser neuen Klassen feststellte, die die Fortsetzung und Verbesserung der obligatorischen Elementarschule darstellen sollten, ausdrücklich den Religionsunterricht von ihnen ausschloss. Es ist noch bedeutsamer, dass sich in den Schulen, auf denen die Elementarlehrer ausgebildet werden, nicht eine Spur von Religionsunterricht findet. Die demokratischen Gruppen des Parlaments sowie einige Unabhängige von der alten Rechten, die den Kampf nicht vergessen können, den der Vatikan gegen die nationale Verfassung führt, erklärten sich für meinen Antrag. Dagegen bekämpften ihn die Klerikalen mit aller ihrer Macht, sie hielten an der Verpflichtung der Gemeinden zur Erteilung des Religionsunterrichts fest. Die Regierung, aus liberalen und konservativen Elementen gemischt, schlug einen Mittelweg ein und befürwortete eine Formulierung, durch die den Gemeinden anheimgestellt werden sollte, ob sie den Religionsunterricht erteilen oder nicht erteilen lassen wollen. Hinzugefügt werden sollte jedoch eine Bestimmung, wonach in den Gemeinden, in denen der Gemeinderat beschliessen sollte die Forderung der Religionsunterricht für ihre Kinder heischenden Familienväter zurückzuweisen, die Gemeindeverwaltung verpflichtet sein sollte unentgeltlich Schulräume denjenigen Familienvätern zur Verfügung zu stellen, die etwa dort auf eigene Kosten ihren Kindern Religionsunterricht erteilen lassen wollten.

Diese der ganzen voraufgegangenen gesetzgeberischen Tradition ins Gesicht



## FRIEDRICH KLEIS · DER KAMPF UM DIE VERWALTUNG DER ARBEITERVERSICHERUNG



E näher die Zeit heranrückt, da die in Aussicht stehende Umgestaltung der Arbeiterversicherung die gesetzgebenden Stellen beschäftigen soll, desto mehr spitzt sich die Diskussion auf die Frage zu: Wer soll auf die Verwaltung der neu zu schaffenden Gebilde den entscheidenden und massgebenden Einfluss haben, die Versicherten, die Unternehmer oder die Behörden? Diese besondere Frage der Organisation ist es, die einem Teil der Unternehmer die Reform als eine dringende Staatsaktion erscheinen lässt — besteht durch sie doch die Hoffnung, dass der *sozialdemokratische Missbrauch* der Krankenkassenverwaltungen beseitigt wird —, während bei den Versicherten durch diese Frage ein gewisses Misstrauen gegen die gesamte Reform erweckt und eine freudige Mitarbeit gehemmt wird. Durch diese Konstellation hat die Reform der Arbeiterversicherung den Charakter einer rein politischen Aktion, eines politischen Kampfes erhalten.

Der gegenwärtige Zustand kennt einen nennenswerten Einfluss der Arbeiter nur auf die Verwaltung der Träger der *Krankenversicherung*. Entsprechend der Art, wie die Mittel der Versicherung von Arbeitern und Unternehmern aufgebracht werden, sind auch die Verwaltungskörperschaften organisiert, das heisst, sie sind zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und einem Drittel aus denen der Arbeitgeber zusammengesetzt. Eine Ausnahme bilden nur die *Gemeindekrankenversicherungen*, eine ganz besondere Spezies, bei denen irgend eine Anteilnahme der Versicherten an der Verwaltung überhaupt nicht stattfindet, und alle Geschäfte von der Gemeindebehörde besorgt werden. Die übrigen, sogenannten *organisierten Kassen*, sind vollkommen selbständige Institute, die von den Aufsichtsbehörden nur insoweit überwacht werden sollen, dass sie die vorhandenen gesetzlichen und statutarischen Vorschriften befolgen. Sie sollen nur der Beaufsichtigung, nicht aber auch der Bevormundung durch den Staat unterstehen. Im übrigen besteht das Selbstverwaltungsrecht der Kassen darin, dass sie vollkommen selbständig über Unterstützungsansprüche, Differenzen mit den Arbeitgebern usw. zu entscheiden haben. Die *Unfallversicherung* kennt zwar auch eine Selbstverwaltung, aber nur die durch die Unternehmer. Eine Vertretung der Versicherten ist in den Trägern der Versicherung (den Berufsgenossenschaften) überhaupt nicht vorhanden. Diese sind nur die Organisationen der Unternehmer. Nur bei Beratung der Unfallverhütungsvorschriften sind Arbeitervertreter zuzuziehen, doch ist das eine Mitwirkung, die wenig Bedeutung hat und die auch selten vorkommt. In der *Invalideversicherung* haben wir allerdings auch eine Vertretung der Versicherten, doch bildet sie nur eine Dekoration. Jede Landesversicherungsanstalt — die Institution zur Durchführung der Versicherung — hat einen Ausschuss und einen Vorstand. Ersterer setzt sich zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten zusammen, letzterer ausser einer beschränkten Zahl derartiger Vertreter noch aus einer Anzahl Regierungsbeamter, die oft die Stimmenmehrheit haben, wie beispielsweise bei den Versicherungsanstalten Berlin, Sachsen usw. Auch der Vorsitzende des Vorstandes muss ein Staatsbeamter sein. Den Arbeitgebern und den diesen gleichberechtigten Beamten gegenüber sind die Arbeitervertreter

vollkommen machtlos. Hierbei ist zu beachten, dass der Vorstand der Versicherungsanstalt bei der Durchführung der Invalidenversicherung die wichtigste Instanz ist, denn er führt sämtliche Geschäfte, erledigt die Rentenanträge, Heilverfahrensgesuche usw.

Bei dieser Sachlage ist es erklärlich, dass es nur die Organisation der Verwaltung der Krankenversicherung ist, die den Widerspruch der Unternehmer herausfordert. Man will sie beseitigen, weil sie nicht die Wirkung ausübt, die die seinerzeitigen Gesetzgeber ihr zudedacht haben. Man glaubte nämlich, durch die Einrichtung der Selbstverwaltung der Kassen hemmend auf die Arbeiterbewegung einzuwirken. Das musste fehlschlagen. Die Arbeiterschaft, die bei Einführung des Krankenversicherungsgesetzes noch den freien Hilfskassen angehörte und in den Ortskrankenkassen eine Konkurrenz erblickte, nahm sich allerdings mehr und mehr der Kassenverwaltungen an. Zuerst kritisch, indem sie die Zustände und Einrichtungen der Zwangskassen als mangelhaft bekämpfte und auf ihre Verbesserung hinwirkte, sodann durch tätige Teilnahme an der Verwaltung selbst. So ist es gekommen, dass die intelligente Arbeiterschaft in den meisten der organisierten Kassen den massgebenden Einfluss besitzt. Und ihm ist die gedeihliche Entwicklung zu vielfach muster-gültigen Einrichtungen zu verdanken. Da natürlich aber durch den Ausbau und die Erweiterung der Krankenfürsorge, für die diese Kassenverwaltungen ihrer Bestimmung gemäss wirken, höhere Kosten entstehen, zu denen die Arbeitgeber mit beizutragen haben, so versuchen letztere mit allen Mitteln die Kassenverwaltungen herabzusetzen und ihren Bestrebungen entgegenzutreten. Man nennt sie sogar *sozialdemokratische Kassenverwaltungen*, obgleich von ihnen nie Parteipolitik getrieben worden ist. Deshalb der Ruf nach Beseitigung der Selbstverwaltung, dem fast alle bürgerlichen Parteien zustimmen. So beschloss der *Zentralverband deutscher Industrieller* auf einer grossen Tagung in Berlin eine Resolution, nach der »als letzter Grund für die Machtstellung der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen . . . die Verteilung des Stimmenverhältnisses zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern, die diese von vornherein zu dauernder Ohnmacht gegenüber den sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitervertretern verurteilt,« anzusehen sei. Dieser Zustand müsse dadurch beseitigt werden, dass Arbeitgeber und Versicherte in den Vorständen und Generalversammlungen je die Hälfte Stimmen erhalten. Zum Schlage gegen die Ortskrankenkassen holte auch der Abgeordnete Freiherr von Zedlitz im Tag aus. Es handle sich dabei um einen ziemlich einfachen Akt der Gesetzgebung, um eine Novelle von wenigen Paragraphen. Und er führt weiter aus:

»Dazu gehört aber nicht bloss, dass der gesetzgebende Akt, durch den dem sozialdemokratischen Pfründnerwesen in der Krankenversicherung die Lebensader unterbunden wird, vor den nächsten Reichstagswahlen sich vollzieht, sondern es muss auch bis dahin die Neuorganisation der Krankenkassenverwaltung durchgeführt und deren Reinigung von sozialdemokratischen Pfründen erfolgt sein.«

Im gleichen Sinn, wenn auch mit anderen Worten, hat sich ja wiederholt auch der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan ausgesprochen. Und die konservative Partei beschloss auf ihrem Delegiertentag dem Ausbau der Arbeiterversicherung nur dann zuzustimmen, wenn er »nicht der Stärkung der Sozialdemokratie diene.«

Jedermann muss zugehen, dass die Krankenkassenverwaltungen selbst in ver-

waltungstechnischer Hinsicht zum mindesten nicht schlechter funktionieren, als andere Verwaltungsapparate. Wenn also die verhältnismässig wenigen Unregelmässigkeiten in Krankenkassenverwaltungen immer wieder herhalten müssen, um Material gegen die Selbstverwaltung zu liefern, so sei betont, dass kein Verwaltungsapparat vor solchen Zwischenfällen gefeit ist und dass beispielsweise auch Unterschlagungen bei Gemeindebehörden häufig genug vorkommen. Was vielleicht manchen Ortskrankenkassen nachgesagt werden könnte, wäre, dass sie die Beamten nicht auf ihre politische Gesinnung prüfen und auch solche einstellen, die sozialdemokratischen Ansichten huldigen. Die Zahl der Beamten mit derartigen Parteianschauungen ist aber in Wirklichkeit nicht so gross wie von gegnerischer Seite hingestellt wird. Der *Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich* hat im Jahre 1906 hierüber eine Umfrage bei den Arbeitgebervertretern der Ortskrankenkassen vorstände vorgenommen und festgestellt, dass von den 1524 Angestellten der antwortenden Kassen, unter denen sich natürlich die grössten des Deutschen Reiches befanden, 201 als Sozialdemokraten bezeichnet werden können. Die Frage, ob Kassenmittel zu sozialdemokratischen Zwecken verwendet worden sind, wurde ausnahmslos verneint. Fast alle Antworten heben hervor, dass keinerlei Wahrnehmung einer sozialdemokratischen Beeinflussung der Kassengeschäfte gemacht wurde. Wenn nun schon — und das ist das einzige, was aus der Statistik hervorgeht — festgestellt wurde, dass in manchen Krankenkassen sozialdemokratische Parteigänger beschäftigt werden: sind nicht bei den Kommunal- und Staatsbehörden ebenfalls zahlreiche Parteiführer der bürgerlichen Parteien beschäftigt? Solange ein Konservativer, Nationalliberaler oder Freisinniger an der Spitze einer Krankenkasse steht, hat es nichts zu bedeuten. Ist es aber ein Sozialdemokrat, so wird die Kasse sofort zu einer politischen.

Das Verlangen des grössten Teils der bürgerlichen Wortführer nach Beseitigung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen ist bei der Regierung nicht unerhört geblieben, hat sie selbst doch ein Interesse daran. Schon seit Jahren weiss sie die durch den Militarismus produzierten Militäranwärter nicht mehr unterzubringen. Da die Arbeiter mit der Zeit durch bessere Verwaltung einen grösseren Beamtenstand in den Kassen geschaffen haben, und diesem im allgemeinen auch eine den Verhältnissen entsprechende anständige Bezahlung gesichert ist, scheint die Krankenversicherung ein geeignetes Objekt zur Unterbringung von Militäranwärtern zu sein. Dass aber diese dem Arbeiterleben gänzlich fremd gegenüberstehenden Leute die allerungeeignetsten für die Ausübung eines derartigen Amtes sind, steht wohl ausser Zweifel.

In den letzten Wochen hat sich langsam das Dunkel gelichtet, das seither über den Plänen der Regierung über die Umgestaltung der Arbeiterversicherung lag. Man hat erfahren, dass die Reichsregierung *Grundzüge für die Abänderung der Organisation, des Verfahrens und des Instanzenzuges in Arbeiterversicherungssachen* ausgearbeitet und den Bundesstaaten zur Begutachtung zugesandt hat. Schliesslich sind auch durch die *Indiskretion* eines Unternehmerorgans, des *Zentralblatts für das deutsche Baugewerbe*, Einzelheiten über diese Grundzüge veröffentlicht worden. Staatssekretär von Bethmann-Hollweg hat die Mitteilungen für zutreffend erklärt. Danach soll die Reform etwa so aussehen. Neben den Ortskrankenkassen bleiben die besonderen



Kassenarten, wie Betriebs-, Bau-, Innungs- sowie Knappschaftskassen, nach wie vor zugelassen. Die Nachteile der Zersplitterung des Kassenwesens sollen durch Schaffung grösserer Kassenverbände beseitigt werden. Sämtliche Kassen des Bezirks einer unteren Verwaltungsbehörde bilden einen Kassenverband, der den gemeinsamen Unterbau der gesamten Arbeiterversicherung bilden, aber auch gleichzeitig Aufsichtsbehörde der Krankenkassen und Spruch- und Beschlussbehörde erster Instanz in den Streitsachen aus dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung sein soll. Diese örtliche Stelle soll *Versicherungsamt* heissen und in paritätischer Zusammensetzung Beschluss über Anträge auf Bewilligung von Invaliden- und Unfallrenten fassen. Eine einseitige Änderung einmal bewilligter Renten durch die Versicherungsträger findet nicht mehr statt. Die jetzigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung bleiben unter dem Titel *Oberer Versicherungsämter* bestehen. Die Organisation der Invalidenversicherungsanstalten und der Unfallberufsgenossenschaften bleibt die selbe. Dagegen sollen bei den Krankenkassen grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich sein und die Beiträge je zur Hälfte gezahlt werden. Dieser Grundsatz soll aber verlassen werden, sobald die wichtigsten Abstimmungen über Unterstützungsfragen und Beiträge in betracht kommen; hier sollen den Arbeitern zwei Drittel, den Arbeitgebern ein Drittel der Stimmen zukommen. Weiter soll die Pflicht der Beteiligung der in den Vorstand Gewählten eingeführt werden. Die Vorstände sollen einen *unparteiischen* Vorsitzenden erhalten, der vom Kommunalverband bestellt wird und der Kommunalbeamter ist. Er soll das Zünglein an der Wage bilden und bei Stimmgleichheit den Ausschlag geben. Im übrigen wird für die Kassenbeamten der Erlass einer Dienststörung vorgesehen, nach der Beamte nach Ablauf einer Probezeit nur aus wichtigen Gründen entlassen werden können. Es handelt sich also nach diesen Grundzügen um nichts Geringeres als die tatsächliche Beseitigung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten in den Krankenkassen. Der Entwurf enthält zwar noch die Bestimmung, dass bei Beschlüssen über den Ausbau der Kassen die Vertreter der Versicherten in der Mehrheit sein sollen, ob man es aber mit diesem Vorschlag, nachdem die Beiträge zur Hälfte getragen werden sollen, wirklich ernst meint, ist kaum anzunehmen. Man überlässt es offenbar dem Reichstag auch hier ganze Arbeit zu machen. Aber selbst wenn der Vorschlag Zustimmung finden sollte, wäre doch damit schon das Selbstverwaltungsrecht vernichtet. Die vorgeschlagene Einrichtung gleicht der bei der Invalidenversicherung üblichen. Auch bei dieser ist die Verwaltung paritätisch organisiert und ein *unparteiischer* Vorsitzender ist die tonangebende Person. Kann man aber bei diesen Einrichtungen von einem Selbstverwaltungsrecht der Versicherten sprechen? Gerade die Tätigkeit der Invalidenversicherungsanstalten zeigt, wie weit diese von einem von sozialpolitischem Verständnis getragenen Selbstverwaltungsrecht entfernt sind. Der Vorsitzende ist in jeder Organisation die massgebende und entscheidende Persönlichkeit. Und das erst recht in einem Arbeiterversicherungsinstitut. Soll neben ihm der Vorstand, das heisst die übrigen Vorstandsmitglieder, überhaupt noch eine Bedeutung haben, so muss der Vorsitzende der Kontrolle und des Einflusses der Vorstandsmitglieder unterstehen. Ein vollkommen unabhängiger Vorsitzender, also ein solcher, der sich um die Wünsche des Vorstandes nicht zu kümmern braucht, dürfte nur eine Quelle mannigfacher Disharmonien sein. Die Einrichtung zweierlei Besetzung des Vor-

standes einzuführen würde auf grosse organisatorische Schwierigkeiten stossen. Wie soll zunächst deren Wahl vorgenommen werden? Auch eine strenge Teilung der Beratungsgegenstände lässt sich nicht vornehmen.

Das Gesamtbild der Arbeiterversicherung wird durch die Einführung des Versicherungsamtes, von dem man sich noch keine rechte Vorstellung machen kann, und anderer Dinge nur noch verworrener. Statt Vereinfachung grössere Kompliziertheit. Gegen eine solche Reform der Arbeiterversicherung müssen sich die Arbeiter von vornherein ablehnend verhalten und Protest erheben. Es ist bezeichnend, dass auch die Berufsgenossenschaften die bekanntgewordenen Grundsätze glattweg abgelehnt haben, und zwar wegen der Organisation der Versicherungsämter, die zukünftig die Renten festsetzen sollen. Die Berufsgenossenschaften wachen ängstlich darüber, dass ihnen auch nicht ein Zoll ihrer Rechte genommen wird. Und da sollen gerade wieder die Arbeiter nachgeben? Von den Versicherungsanstalten liegt bisher eine Stellungnahme noch nicht vor, doch äussert sich der Regierungsrat Düttmann, der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, dahin, die Ablehnung der Pläne der Regierung durch die Versicherungsanstalten sei eigentlich so selbstverständlich, dass sie nicht einmal eine Versammlung brauchen, um das zu sagen.

In der letzten Zeit haben sich denn auch einige bürgerliche Fachleute gefunden, die wenigstens für die Erhaltung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen eintreten. So Stadtrat von Frankenberg in Braunschweig, Amtsgerichtsrat Hahn in Berlin und andere. Professor Dr. Stier-Somlo in Bonn, der Herausgeber des *Reformblattes für Arbeiterversicherung*, schrieb kürzlich in dem genannten Organ:

„Ich erinnere daran, dass die Selbstverwaltung der Kassen ihr Gegenbild in der Selbstverwaltung der Kommunen findet. Diese hat der Freiherr von Stein in der berühmten Städteordnung vom 19. November 1808 durchgeführt als ein Mittel, den Zusammenhang der Untertanen mit dem Staate herbeizuführen, Staats- und Gemeinsinn der Bürger durch ihre Heranziehung zur Mitarbeit am Staate und an der Verwaltung zu beleben. Sie war die Reaktion auf eine lange und unfruchtbare Periode der Bürokratisierung der Städte. Es lag der neuen Zeit preussischer Erhebung der Gedanke zu grunde die Verwaltung mit der Nation in engere Verbindung zu bringen, den Geschäftsbetrieb zu beleben, die innere Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten herbeizuführen. Bei der Krankenversicherung soll es nicht anders sein. Nichts ist so geeignet die Arbeiter dem Staate organisch anzugliedern als sie zu einem Teil der öffentlichen Verwaltung zu machen. Nichts wirkt so gegen unfruchtbare Nörgelei als der Zwang selbst zu verwalten, es besser zu machen, die innern Schwierigkeiten der Probleme selbst zu erkennen und zu überwinden. Endlich ist nur dort Leben und Fortschritt, wo politisch und wirtschaftlich mündige Menschen nicht von oben gegängelt werden, sondern wo sie selbst mitwirken bei den Aufgaben, die die Zeit stellt und der Staat mit Hilfe seiner freien Angehörigen zu erfüllen trachtet. . . . Das Gegenteil der Selbstverwaltung jedoch, das von oben verwaltet werden, erzeugt Misstrauen, übertriebene Kritik, erweckt, da die selbständige Mitwirkung fehlt, immer wachsende Unzufriedenheit und Feindseligkeit gegenüber dem Staate. Die scheinbar straffere, rein behördliche Verwaltung bewirkt in den Fällen des kommunalen und Krankenversicherungsrechts nicht die freie Bewegung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte sondern Erstarrung des Geschäftsganges, Verkümmern des Gemeinsinnes.“

Sind auch diese Gedanken nicht neu, so sind sie doch originell dargestellt. Das Gesagte trifft aber nicht nur auf die Verwaltung der Krankenversicherung sondern auch des übrigen Teils der Arbeiterversicherung zu. Ohne die Selbstverwaltung haben die Leistungen der Arbeiterversicherung den Charakter des Almosens. Bei der Verwaltung der Arbeiterversicherung handelt es sich um

die vitalsten Interessen der Arbeiter. Sie selbst wissen, wo ein Ausbau der Versicherung am nötigsten und wie irgend ein Unterstützungsfall am besten zu regeln ist. Sie sind auch die einzigen, die das notwendige soziale Verständnis für die Leitung eines Versicherungsinstituts mitbringen. Daher sind auch die Institute, bei denen die Arbeiter keinen oder so gut wie keinen Einfluss haben (die Gemeindekrankenversicherungen, die Betriebskrankenkassen, die Berufsgenossenschaften usw.), die rückständigsten Versicherungsträger geblieben. Dagegen haben die Ortskrankenkassen die rühmlichste Entwicklung genommen. Die Intelligenz, die geistigen Kräfte der Arbeiter verlangen nach Betätigung, wollen irgendwo nutzbringend verwertet sein. Wir wissen, dass die Reform der sozialen Gesetzgebung auch unter Beibehaltung der Selbstverwaltung möglich ist, deshalb bestehen wir auch darauf. Obgleich die heutige Form der Versicherungsgesetzgebung im höchsten Grade verbesserungsbedürftig ist, ist der bestehende Zustand aber immer noch erträglicher als der durch eine solche *Reform* geschaffene, bei dem den Arbeitern jede Möglichkeit genommen wird die Versicherung durch eigene Initiative auszubauen und sie zweckentsprechend zu verwalten.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### **Politik / Max Schippel**

**Reichsfinanzreform** In ähnlicher Weise wie seinerzeit Dernburg hat der neue Reichsschatzsekretär mit der alten bürokratischen Zurückhaltung gebrochen: er hat sich in Rodenbergs *Deutscher Rundschau* über *Aufgabe und Wege der Reichsfinanzreform* offen vor einem grossen Hörerkreis ausgesprochen. Dabei bereits auf die Gestalt und Grösse der einzelnen Steuerblumen im vielfarbigen Riesebukett der neuen Vorlagen einzugehen war zunächst ausgeschlossen; diese Einzelheiten unterliegen noch, mindestens bis Mitte Oktober, der Beschlussfassung des Bundesrates, und Änderungen wesentlicher Art sind hier nicht unmöglich, obwohl nicht gerade wahrscheinlich. Vor allem wird jedoch Herrn Sydow selber daran gelegen haben die Aufgabe, das Endziel nicht hinter verwirrenden und strittigen Details zurücktreten zu lassen. Auf volle Zustimmung aller Einzelstaatsregierungen kann der Reichsschatzsekretär selbstverständlich rechnen, wenn er der willkürlichen und unberechenbaren Abwälzung der Reichsfehlbedarfe auf die *Matrikularbeiträge* Grenzen zu setzen sucht. Das Reich soll sich nicht mehr in ebenso bequemem wie kurzzeitigem Verfahren dadurch

aus seinen Finanzverlegenheiten helfen können, dass es die Verlegenheit und das Kopfzerbrechen über die notwendige Deckung kurzerhand den Gliederstaaten zuschiebt. Aber gerade weil dieser Einnahmefaktor so beweglich war, legte der Reichstag seinerseits, aus verfassungsrechtlich-parlamentarischen Gründen, besonderen Wert auf die freie jährliche Feststellung und Regulierung, die wir bei den gewöhnlichen Einnahmequellen des Reiches bekanntlich nicht kennen. Ferner haben sich die Einzelstaaten im Lauf der Jahre an eine gewisse Durchschnittsbelastung gewöhnt; von dieser sollen sie, angesichts der Schwierigkeiten im Reiche, keineswegs befreit werden; im Gegenteil, das Reichsschatzamt plant noch eine »mässige Erhöhung«. So kommt Herr Sydow schliesslich zu dem Ergebnis: »Mit der Frage der Erhöhung der Matrikularbeiträge ist die Frage ihrer Begrenzung, das heisst die Beseitigung der gestundeten Matrikularbeiträge zu verbinden. Sollen die Bundesstaaten regelmässig mehr als den jetzigen Betrag von 40 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung übernehmen, so werden sie mit Recht verlangen dafür von der Sorge um die Störung ihres Budgets durch den ungewissen Faktor der ungedeckten Beiträge befreit zu werden. Andererseits ist das Bewilligungsrecht des Reichstages zu berücksichtigen, der auf

einen beweglichen Faktor in den Einnahmen nicht wird verzichten wollen. Ich denke mir die Regelung der Sache so, dass der Satz, um den die Matrikularbeiträge über die 40 Pf. hinaus erhöht werden sollen, immer für eine Reihe von Jahren durch Gesetz bestimmt wird. Auf diese Weise käme das Quotierungsrecht des Reichstages, und zwar bei einer den Besitz belastenden Auflage, zur Geltung, und die Bundesstaaten wären für eine Reihe von Jahren gegen Überraschungen von seiten des Reichs gesichert.

Zweitens soll mit der bisherigen Anleihe wirtschafft gebrochen werden, die bekanntlich nicht bloss die Anleihen selber sondern mehr und mehr den gesamten deutschen Leihkapital- und Geldmarkt auf das ungünstigste beeinflusst hat: zur Anspannung unseres Geldmarktes durch unsere normale Wirtschaftsentwicklung kam zuletzt immer häufiger noch die ruckweise, abnorm grosse Inanspruchnahme durch das Reich. »Vor allem aber muss Sorge getragen werden, dass alle aufgenommenen ... Anleihen einer starken Tilgung unterworfen werden.«

Die wahrscheinlichen Ausgabebedarfe für die Jahre 1909 bis 1913 in Rechnung gestellt, kommt Herr Sydow zu der unumwundenen Folgerung, »dass der aufzubringende Jahresbedarf annähernd die Summe von 500 Mill. M. erreichte.

Bezeichnend ist überdies, wie der Aufsatz die Mehrheitsparteien vor einer »Überspannung der Bedingungen, von denen die Zustimmung etwa abhängig gemacht werden sollte«, warnt, weil dadurch die Regierung »dem politischen Gegner in die Arme getrieben« werde. »Die Erfahrungen, die sich an das Zustandekommen des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1879 knüpfen, sprechen in dieser Hinsicht Bände.« Das Echo, das darauf aus freisinnigen Kreisen herausschallt, ist im allgemeinen für den Schatzsekretär nicht ungünstig, und was etwa an Bewilligungseifer noch fehlt, wird wahrscheinlich durch die Rivalität zwischen Zentrum und Freisinn zur Genüge und rechtzeitig geschaffen werden. Ein paar Stellen in der *Deutschen Rundschau* lassen sogar bereits durchblicken, dass die Reichsregierung am liebsten mit Freisinn und Zentrum ihre Finanzpläne verwirklichen würde.

Unterdes hat die *Kölnische Zeitung* einige weitere Einblicke in die Besteuerungsdetails eröffnet. Doch behal-

ten wir uns ein näheres Eingehen für später vor.

× Balkan ×  
Wie vorausszusehen war, hat der erste Verbrüderungsrausch der Balkanvölker nicht allzulange gewährt. Abermals ist dabei Bulgarien der ernsteste Wetterwinkel. Das ausgeprägtere nationalistische Selbstbewusstsein des Jungtürkentums führte zunächst zu ein paar demütigenden, im Grunde aber herzlich unbedeutenden Nadelstichen gegen das *Vasallenland*, das nach dem Berliner Vertrag keineswegs die volle Unabhängigkeit beanspruchen dürfe, während Ost-rumelien sogar im vollen Sinn des Wortes eine türkische Provinz geblieben sei, die der Fürst von Bulgarien als vom Sultan ernannter Vali verwalte. Darauf bemächtigten sich, Streikstörungen als äusserlichen Anlass benutzend, die Bulgaren der ostrumelischen Orientbahnstrecken, die eigentlich den Türken gehören, aber von der bekannten Privatgesellschaft verwaltet werden. Die Türkei appellierte an die Mächte des Berliner Vertrags. Aber bis zum Augenblick hat der Einspruch Deutschlands, Österreich-Ungarns, Englands und Frankreichs nichts gefruchtet; bulgarische Volksversammlungen haben die Regierung zum Ausharren aufgefordert. Kompliziert wird die Frage weiter dadurch, dass Österreich-Ungarn an sich die Unabhängigkeitsbestrebungen des Fürsten Ferdinand neuerdings lebhafter unterstützt, um dieses Gegengewicht gegen Serbien und die österreichfeindliche grossserbische Agitation zu stärken und um die Angliederung Bosniens zu erleichtern, das gleichfalls von manchen Jungtürken als unverlierbares, nur zeitweilig in fremde Hände geratenes Erbteil betrachtet wird.

× Marokko ×  
Auch die marokkanische Angelegenheit erzeugt von Zeit zu Zeit immer wieder kritische Zwischenfälle. Der Notenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich über die Weiterbehandlung der ganzen Frage nach dem unfreiwilligen Thronwechsel ist im grossen und ganzen glimpflich verlaufen, obwohl Deutschland naturgemäss die Sonderstellung Frankreichs und Spaniens nach Möglichkeit einzuschränken und neben den gemeinsamen Interessen der Signatarmächte von Algeciras die Selbständigkeit des Scherifens hervorzukehren

suchte. An Ort und Stelle sind jedoch die Gegensätze zu recht heftiger Leidenschaft gesteigert; ein paar sich unter deutschen Schutz stellende Deserteure der Fremdenlegion führten einen peinlichen Zusammenstoss zwischen deutschen Konsulatsangestellten und französischem Militär in Casablanca herbei. Indes scheinen die heimischen Regierungen auch hier ruhigeres Blut bewahren zu wollen.

× **Kurze Chronik** In Preussen sollen die Mittel zur Verbesserung der Beamtenbesoldung durch eine Erhöhung der Einkommen- und Ergänzungssteuer beschafft werden. × Das ermässigte Briefporto zwischen England und den Vereinigten Staaten ist am 1. Oktober in Kraft getreten. Der Brief zahlt künftig 1 d pro Unze, während bisher für die erste Unze 2½ d, für jede weitere Unze 1½ d entrichtet werden mussten. Von einer gleichen Vereinbarung zwischen Deutschland und Amerika verlautet noch immer nichts.

### Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

**Parteitag in Nürnberg** Man kann den Nürnberger Parteitag als das erste sichtbare Zeichen einer innern Umkehr in der Partei ansehen. Schon die Generalstreikdebatte in Mannheim, in der die Drohungsspielerei ohne darauf folgende Tat verabschiedet wurde, dann die Kolonialdebatte auf dem Stuttgarter internationalen Kongress, die in ihren wichtigsten Punkten die negierende Schablone preisgab, auch die Haltung zum Antimilitarismus in Essen liessen erkennen, dass die Reaktionsperiode, die für das geistige Leben in der Partei seit dem Lübecker Parteitag /1901/ mit seiner Missbilligung der freien Kritik angebrochen war, ihre Kraft verloren hatte. Der äussere Misserfolg der *altbewährten Taktik* bei den Reichstagswahlen von 1907 hat die ohnehin notwendige Selbstbesinnung sicherlich beschleunigt. Und heute zeigt der Ausgang der Budgetbewilligungsdebatte in Nürnberg das Erstarken einer realistischen Auffassung der Politik, die sich nunmehr auch getraut selbständig zu sein. Zwar wurde schliesslich eine Resolution angenommen, die wieder einmal eine politische Handlung, diesmal die Zustimmung zum Etat, verbietet — die Kodifizierung der Parteitagebeschlüsse des letzten Jahrzehnts würde überhaupt mehr ein Strafgesetzbuch für die Partei als ein Aktionspro-

gramm ergeben —; aber die Abstimmung über eine Verständigungsresolution vorher zeigte die veränderte Stimmung, und auch die Mehrheitsresolution selber ist nicht mehr von dem Geist fröhlicher Verurteilung diktiert wie so manche in früheren Jahren: sie liess nur noch den Wunsch erkennen die eigene Stellung zu decken, ohne die Andersdenkenden zu verletzen. Die versöhnliche Haltung des Parteivorstands, die in der parteipolitischen Entwicklung der letzten Jahre ihre psychologische Ursache hat, und die in dem Referat des Genossen Bebel und auch im Schlusswort Singers einen sympathischen Ausdruck fand, ist ein sehr erfreuliches Symptom. Die Parteileitung hat sich ein Verdienst dadurch erworben, dass sie von den Scharfmachern abrückte und dadurch auch diese nötigte eine andere Tonart anzuschlagen. So kam es, dass die Diskussion in Nürnberg entgegen den Erfahrungen früherer Jahre einen rein argumentativen und — das gilt für die Budgetverweigerer genau so wie für die Budgetbewilliger — streng sachlichen Charakter trug (von einem unschönen, durch die Hochspannung bewirkten Zwischenfall persönlicher Art abgesehen). Neben dem guten Willen der Parteileitung hat das namentlich die feste Haltung der Opposition bewirkt. Zum erstenmal seit dem Beginn der grossen Debatten, die die Parteigeschichte des letzten Jahrzehnts charakterisieren, ist mit der Methode des Ausweichens gebrochen worden. Die folgenschweren Fehler von Lübeck und Dresden hat man diesmal vermieden. Man fürchtet nicht mehr in der Minderheit zu bleiben, wenn man die politische Folgerichtigkeit für sich hat, man legt ein offenes Bekenntnis ab und vertraut der Entwicklung, die ihm die Mehrheit bringen muss.

Nicht die Frage der Budgetbewilligung selber war das Entscheidende der Debatte. Auch kann man nicht sagen, dass ihre sachliche Erörterung auf dem Parteitag das Problem völlig erschöpft hat, das ihr zu grunde lag. Die vortrefflichen Ausführungen des Genossen Timm und anderer Delegierter liessen die Zustimmung zum Etat in den süddeutschen Landtagen gewiss als völlig gerechtfertigt, ja als selbstverständlich erscheinen. Gleichwohl kann man der Meinung sein, dass eine Budgetbewilligung noch andere Wurzeln hat als die Rücksicht auf die staatlichen Arbeiter und Beamten und auf das agitatorische Bedürfnis überhaupt. Es zeigt sich da, bewusst oder

unbewusst, eine Auffassung unserer Funktion im Staatsorganismus, die nichts mehr gemein hat mit jener Naivität, die einfach die ganze bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung *nicht anerkennt* und sie durch Wegdenken auch wegzu-schaffen glaubt. Die abergläubische Vorstellung von der Wichtigkeit der *Demonstration* ist geschwunden, man hat eingesehen, dass es nicht darauf ankommt zu zeigen, was man will, sondern zu erreichen, was man kann. Wer die Tradition der Budgetverweigerung verlässt, hat sich mit der Tatsache abgefunden, dass er vorläufig im Rahmen der gegebenen staatlichen Ordnung zu wirken hat. Er hat auch den Glauben aufgegeben, dass diese durch irgend einen revolutionären Akt zu beseitigen sei, er sucht sie vielmehr durch eine Reihe von gesetzlichen Akten seiner sozialistischen Grundauffassung entsprechend umzugestalten, er ist der praktische Vollstrecker der sogenannten *Aushöhlungs-theorie*, die vor nunmehr zehn Jahren zuerst von Conrad Schmidt definiert wurde. Der Symbolismus der Budgetverweigerung passt einfach nicht zu der ganzen Art der Politik unserer süddeutschen Genossen. Es ist daher ganz unlogisch, dass man diese Politik und ihre Erfolge überschwänglich lobt und dann ihren Ausläufer, die Budgetbewilligung, verurteilt. Aber Konsequenz war nie die starke Seite unserer *Radikalen*. Die Abstimmung über das Budget zum Ausdruck unserer Stellung zum Staatswesen erheben — nicht zu einem einzelnen Ministerium, worüber sich reden liesse —, das kann nur, wer ehrlich der Meinung ist, dass bei einer wirklichen Ablehnung des Etats, wie sie sich vielleicht einmal bei einer parlamentarischen Konstellation ereignen könnte, das ganze Staatswesen auseinanderfällt, und womöglich das kapitalistische Regime einem sozialistischen Platz macht. Also eine Art parlamentarischer Katastrophentheorie. Davon will man freilich nichts wissen, die Budgetverweigerung wird ausdrücklich nur auf die Fälle beschränkt, in denen sie keinen praktischen Effekt hat und niemandem Ungelegenheiten bereitet, ausser vielleicht der Sozialdemokratie selber. Dadurch wird gerade auch die ganze theoretische Unhaltbarkeit des Verweigerungspostulats sinnfällig gemacht. Es war eine überflüssige Höflichkeit, wenn Genosse Frank am Ende seiner Rede bat, man möge »etwaige wissenschaftliche

Bedenken zurückstellen«. Die gute Sache wird sehr unnütz dadurch herabgesetzt, dass man die Möglichkeit offen lässt, sie stünde nicht in Einklang mit der Wissenschaft. In der Verbeugung vor manchen *Theoretikern* zeigt sich eine Missachtung der Theorie überhaupt, die man in ihre *Studierstube* verweisen möchte. Einen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis darf es aber in der sozialistischen Bewegung nicht geben. Freilich setzt das voraus, dass es sich um wirkliche Wissenschaft handelt, nicht um irgend weiche Lehren, die ihre Allgemeingültigkeit nur wegen der Willkür ihrer Voraussetzungen und namentlich wegen der Unbestimmtheit ihrer Begriffe präbendieren dürfen. So braucht man auch die Budgetbewilligung nicht als eine Rücksichtnahme auf die Denkweise der Masse hinzustellen, die irgend etwas *nicht versteht*, sondern man kann sie ruhig als einen Teil eines ganzen Systems bezeichnen. Nicht nur, um die Wahlstimmen gewisser Kategorien zu erlangen, muss man das Budget bewilligen, sondern um ein erhöhtes Wirkungsfeld innerhalb des Parlaments selber zu bekommen, um von der Regierung, der man die Mittel bewilligt, nun auch verlangen zu können, dass sie den Willen der Bewilliger vollstreckt. Natürlich nur nach Massgabe der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Die Voraussetzung der Budgetbewilligung kann nur die parlamentarische Gleichberechtigung sein, nicht die Herrschaft einer Minderheit. Es ist dann die Sache der Arbeiterklasse selber ihre Vertretung, die Sozialdemokratie, aus einer Minderheit zu einer Mehrheit zu machen. Die süddeutschen Genossen haben in Nürnberg der Gesamtpartei einen grossen Dienst erwiesen: sie haben das Prinzip statuiert — das einzige Prinzip, das es in der Taktik gibt —, dass politische Massnahmen je nach der Situation zu treffen sind, und dass man durch keinen Vorentschluss sich darin binden lassen dürfe. Die Verantwortung muss bei denen bleiben, die die Folgen selber zu tragen haben, sie kann ihnen nicht durch Dekret von aussen abgenommen werden. Es muss also auch den Landespartei eine Selbständigkeit innerhalb der Landesgrenzen zugestanden werden. Freilich darf diese nicht auf partikularistischer Überheblichkeit beruhen. Wären Neigungen nach dieser Richtung vorhanden, so würden sie durch die Praxis des Reichsganzen bald ihr natür-

liches Ende finden. Auch in Nürnberg vollzog sich die Scheidung nicht nach Himmelsrichtungen. Auf der Seite der Süddeutschen fanden sich auch die Gewerkschaftsführer Norddeutschlands, die durch ihr eigenes kämpferisches Leben die Bedeutung der eigenen Verantwortlichkeit kennen. Der unbedenklichen Intransigenz wurde in Nürnberg ein entschiedenes *Bis hierher und nicht weiter!* zugerufen. Die Zukunft in unserer Partei gehört der planmässigen reformistischen Arbeit, die bei all ihrer Langsamkeit doch auch den ungeduldigen Wünschen des Herzens mehr gibt als das blosse Verharren in einer überkommenen, früher begeisternden, jetzt ermüdenden Terminologie.

Die Nürnberger Tagung brachte nicht die sonst üblichen Wortdebatten um allgemeine Richtungsgegensätze. Es handelte sich um eine konkrete Frage, daher war das Ergebnis — das mit der Resolution nicht identisch ist — auch konkret. In einigen führenden bürgerlichen Blättern, in der *Kölnischen* und der *Frankfurter Zeitung*, im *Berliner Tageblatt* und anderen, wird das entscheidende Moment der Nürnberger Budgetverhandlungen erkannt oder geahnt. Mehr noch in der Parteipresse, wo diese Erkenntnis freilich nicht in klaren Worten sondern nur in der gegen früher veränderten Schreibweise zum Ausdruck gelangt. Die Erörterungen in den Parteiblättern und namentlich im Zentralorgan, das jetzt wirklich mit gutem Beispiel vorangeht, zeigen in der Vermeidung jeder Gehässigkeit und in dem Bemühen in den Gedankengang dessen einzudringen, den man bekämpft, die Möglichkeit kommender Überzeugung. So haben die Nürnberger Budgetdebatten, die die Gefahr einer Spaltung in drohende Nähe zu bringen schienen, umgekehrt zur Kräftigung parteigenössischen Empfindens und damit zur Neufundierung der Parteinheit beigetragen. Der Parteitag hat auch noch andere Dinge mit wechselndem Erfolg behandelt. Er hat die Maifeier auf ein totes Geleise geführt, er hat die unnütze Erregung über die Jugendorganisationen fürs erste aus der Welt geschafft, er hat die Bildungsfrage recht ungeklärt gelassen, zur Reichsfinanzreform nichts Neues gebracht, die Sozialpolitik nur gestreift: all dieses war psychologisch begreiflich und entschuldbar, denn er hat trotzdem gute Arbeit getan.

X

**Italien: Parteitag** Unmittelbar nach dem deutschen Parteitag wurde der italienische in Florenz abgehalten. Er hat die Prognose, die ihm in dieser Rundschau gestellt wurde, vollkommen bestätigt: er brachte einen entscheidenden Sieg der Reformisten, die jetzt auch offiziell die gesamte Leitung übernommen haben. Dieser Ausgang ist nicht auf einen Zufall oder gar auf eine Erschleichung zurückzuführen: die Herrschaft des Reformismus, schon auf dem vorigen Parteitag in der des Integralismus enthalten, ist fest verankert in der Gewerkschaftsbewegung. Der Gewerkschaftskongress in Modena, der vor dem Florentiner Parteitag stattfand, und über den in dieser Zeitschrift noch ausführlich referiert werden soll, hat endgültig gegen jeden Syndikalismus und Revolutionarismus entschieden, und die Vertreter der Gewerkschaften, die Genossen Rigola und Chiesa, haben auch auf dem Parteitag die ausschlaggebende Rolle gespielt. Dass solchermassen der Sieg des Reformismus diesmal nicht bloss der intellektuellen Überlegenheit seiner Vertreter sondern der wirtschaftlichen Notwendigkeit geschuldet ist, verleiht ihm die Gewähr der Stabilität; es ist daher anzunehmen, dass die italienische Arbeiterbewegung jetzt in einer kontinuierlichen Entwicklung zur Entfaltung ihrer Kräfte kommen wird. Der italienische Korrespondent der *Leipziger Volkszeitung*, dessen Berichte sich bei aller Betonung seines Standpunkts stets durch Sachlichkeit und Objektivität im Referieren auszeichnen, versucht diesmal den reformistischen Erfolg in Florenz, den er selbstverständlich zugibt, dadurch ideell zu mindern, dass er dem Reformismus ein »Spiel des Opportunismus innerhalb der Partei« vorwirft: er soll von seiner eigenen Resolution etwas zu gunsten des Integralismus nachgegeben haben. Diese Konstruktion ist grundverkehrt. Die sozialistische Konzentration, die auf dem Parteitag dadurch zu stande kam, dass zu den Reformisten, die für sich allein schon beinahe die Mehrheit hatten, noch ein Teil der Integralisten sich gesellte, ist durchaus natürlich und folgerichtig; denn jener Flügel hatte nur aus äusseren Gründen dem Integralismus angehört und war in seinem Wesen ohnehin rein reformistisch. Dass zwischen den taktischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reformismus selber, von denen in der vorigen Rundschau bereits die Rede war, eine

X

Mittellinie gezogen werden musste, versteht sich von selbst. Aber nichts ist weniger angebracht als beim italienischen Reformismus irgend welche Lavierungskünste zu vermuten. Das gerade machte seine moralische Stärke von je aus, dass er ein Versteckspiel nie kannte, dass er stets das, was er wollte, mit Schärfe betonte, auch um kein Jota davon nachliess und den Namen *Reformismus*, den man in manchen anderen Ländern nur ungern sich beilegen lässt, als Ehrentitel für sich in Anspruch nahm. Dieser Charakterfestigkeit hat er auch seine überragende Position in der Partei zu verdanken, und so konnte es geschehen, dass sein Führer Turati selbst in der Zeit der wahre Leiter der sozialistischen Parlamentsfraktion war, als er offiziell ausserhalb der Partei stand. In Florenz wurde Turati mit stürmischem Beifall begrüsst. Der Parteitag dachte auch nicht daran die autonome Mailänder reformistische Organisation — die es abgelehnt hatte sich der offiziellen, numerisch übrigens sehr schwachen, im syndikalistischen Fahrwasser segelnden Organisation unterzuordnen oder auch nur sich mit ihr zu verschmelzen — irgendwie wegen *Disziplinbruchs* zu belangen. Die Bedeutung des Parteitags in Florenz geht über den Rahmen der italienischen Landesgrenzen hinaus. Was dort verhandelt wurde, wird in vielfachen Variationen, wenn auch nicht immer so offen, in der Entwicklung der anderen sozialistischen Parteien immer wiederkehren, bis ein Gleichgewichtszustand erreicht ist, und die soziale Politik der Arbeiterklasse auf der reformistischen Idee als Grundlage und den wirtschaftlichen Klassenorganisationen als Trägern ruht. Der Florentiner Parteitag wird in dieser Zeitschrift in einem besonderen Artikel behandelt werden. Hier seien nur kurz seine Endergebnisse registriert. Die Resolution der reformistischen Konzentration wurde mit 18 252 Stimmen angenommen, für die integralistische Resolution Morgari wurden 5384 Stimmen abgegeben, für die *revolutionäre* 5927. Nach den parlamentarischen Grundsätzen, die in der italienischen Partei herrschen, und die gerade wegen der offiziellen Teilung in Fraktionen der Parteinheit zu gute kommen, geht nun ohne Widerspruch die Leitung in die Hände der Reformisten über. Ihre Liste für den Parteivorstand wurde durch Akklamation angenommen. Die Redaktion des Zentralorgans *Avanti* wurde Bissolati über-

tragen. Er tritt freilich eine schlechte Erbschaft an. Als der *Avanti* im Jahre 1903 statt seiner früheren reformistischen die *revolutionäre* Redaktion Ferris erhielt, besass er ein Vermögen von 25 000 l und war aktiv. Ende 1907 weist aber sein Budget eine Schuld von 74 500 l und ein jährliches Defizit von 30 000 l auf. Auf dem Parteitag verzichteten eine Reihe von Genossen auf ihr Guthaben beim *Avanti*; ausserdem wurde beschlossen von den Parteibeiträgern, die bei dieser Gelegenheit erhöht wurden, 1 l pro Kopf an die Kasse des *Avanti* abzuführen; endlich wurden durch eine Subskription auf dem Parteitag 40 000 l zusammengebracht, so dass das Zentralorgan fürs erste wieder finanziert ist. Das weitere wird von seiner neuen Leitung abhängen, denn der gute Inhalt ist schliesslich die wichtigste Voraussetzung der Verbreitung. Einiges Bemerkenswerte bot die Diskussion über den parlamentarischen Bericht. Hervorzuheben ist zum Beispiel, dass ein Abgeordneter aus dem Süden über die Verständnislosigkeit klagte, die in der Agitation gegen die Agrarzölle liege: ohne Zoll wäre die südliche Landwirtschaft dem Ruin preisgegeben. Zum Punkt *Antiklerikalismus* wurde beschlossen die antiklerikale Propaganda der wirtschaftlichen unterzuordnen; als nächste Forderungen wurden ferner aufgestellt: strenge Durchführung der Trennung von Staat und Kirche und völlige Entkirchlichung der Volksschule. Die Fragen des Antimilitarismus und der Auswanderung wurden dem nächsten Parteitag überwiesen.

So hat die Sozialdemokratie Italiens nach manchen Kämpfen sich zur wirklichen Einheit durchgerungen: nicht zur äusserlichen Einheit der Vertuschung sondern zur wirklichen Einheit der politischen Denkweise. »Der Reformismus ist der Sozialismus«: dieses Fazit konnte Treves im *Tempo* aus den Parteitagsverhandlungen ziehen. Dass man zu diesem Ergebnis kommen konnte, hat die italienische Partei nicht zum wenigsten den Gewerkschaften und ihrer Zentralorganisation, der *Confederazione del Lavoro*, zu verdanken.

X  
**Kurze Chronik** Die englisch-deutsche Friedensdemonstration fand am 20. September in Berlin statt. Nach einer Ansprache des Genossen Legien überreichte der englische Abgeordnete Maddison die



Adresse der englischen Arbeiterschaft, die gegen die Verhetzung des deutschen, englischen und französischen Volks protestiert. Es sprachen ausserdem noch der Abgeordnete und Präsident des Gewerkschaftskongresses Shackleton, der Sekretär der Zentralorganisation der englischen Gewerkschaften Appleton und der Präsident des englischen Genossenschaftstages Allan; von deutscher Seite Richard Fischer und Eduard Bernstein. Die Demonstration wurde im allgemeinen von der Presse mit Sympathie begrüsst. X Bei der Reichstagswahl im Kreise Speyer-Ludwigshafen wurde an Stelle des verstorbenen Ehrhart der Genosse Binder mit fast 22000 Stimmen gewählt. X Die oldenburgischen Landtagswahlen brachten der Sozialdemokratie bedeutende Erfolge, über die noch berichtet werden wird. X Am 13. September veranstaltete die holländische Arbeiterschaft eine Wahlrechtsdemonstration im Haag.

**Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt**

**Rückblick auf Die Generalkommission der das Jahr 1907 Gewerkschaften Deutschlands** gab jüngst im *Korrespondenzblatt* eine Übersicht über die Gewerkschaftsorganisation im Jahre 1907. Wir haben die wesentlichen Zahlen der grösseren Organisationseinrichtungen bereits veröffentlicht und können uns jetzt darauf beschränken ein Gesamtbild der deutschen Gewerkschaften für das Berichtsjahr zu geben. Nach der Publikation der *Generalkommission* hatten nun im Jahre 1907 die freigewerkschaftlichen Zentralverbände 1865506, die lokalistischen Vereine 20461, die unabhängigen Organisationen 96684, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 108889, die christlichen Gewerkschaften 274323, die unabhängigen christlichen Gewerkschaften 80437 Mitglieder. Also 2446300, rund 2½ Mill. Arbeiter waren insgesamt im Berichtsjahr in Deutschland gewerkschaftlich organisiert. Eine stattliche Ziffer, die wohl zurzeit von keinem anderen Kulturland erreicht wird. Gegenüber dem Jahre 1906 mit insgesamt 2213654 Gewerkschaftsmitgliedern ist also eine Zunahme von 232826 zu verzeichnen. Von allen Mitgliedern entfielen, wie im Jahre 1906, 76,3 % auf die Zentralverbände, 4,5 (1906 5,3) % auf die Hirsch-Dunckerschen, 11,2 (11,2) % auf die christlichen Gewerkschaften und 8 (7,2) % auf die übrigen Gruppen.

Die gesamten Jahreseinnahmen aller Gruppen betragen 57434561 M., die gesamten Ausgaben 47914202 M. und die gesamten Vermögensbestände 40970878 M. Von den Einnahmen entfallen 89,5, von den Ausgaben 90 und von den Vermögensbeständen 81,1 % auf die Zentralverbände.

X **Jubiläen** Die deutschen Gewerkschaften konnten in den letzten Wochen drei wichtige Gedenktage feiern: das 25jährige Bestehen des Schuhmacherverbandes, des Zimmererverbandes und der *Metallarbeiterzeitung*. Alle drei Gedenktage erinnern an die Zeit der tiefsten Erniedrigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, an die ersten Jahre des Sozialistengesetzes. Diesem Gesetz waren die Gewerkschaften mit ganz wenigen Ausnahmen zum Opfer gefallen, so dass die Arbeiter jeder Vertretung ihrer Interessen ermangelten. Nur langsam und schüchtern wagten es die Arbeiter im Anfang der achtziger Jahre im lokalen Rahmen sich zu organisieren, Fachvereine zu gründen. Im Jahre 1883 wurden dann die ersten Versuche gemacht die Fachvereine in Zentralorganisationen zusammenzuschliessen. Als erste traten die *Schuhmacher* in Aktion. Hauptsächlich betrieb Genosse Bock in Gotha, der schon die Schuhmachergewerkschaft in der vorsozialistengesetzlichen Zeit geleitet und der vom November 1878 ein Schuhmacherfachblatt, den *Schuhmacher*, herausgegeben hatte, den Zusammenschluss seiner Berufsgenossen. Auf dem im August 1883 in Gotha abgehaltenen Schuhmacherkongress wurde denn auch die Gründung des Unterstützungsvereins deutscher Schuhmacher, der ersten Gewerkschaft auf zentraler Grundlage unter dem Sozialistengesetz, vollzogen. Wenige Tage später erfolgte dann in Berlin auf einem Handwerkstag deutscher Zimmerleute die Gründung des jetzt noch bestehenden *Zimmererverbandes*. Beide Organisationen haben sich in den 25 Jahren ihres Bestehens zu einer achtunggebietenden Stärke entwickelt: zählte doch die erstere am Schluss des Jahres 1907 33153, die letztere 53272 Mitglieder.

Im gleichen Jahre, am 15. September 1883, wurde die *Metallarbeiterzeitung* gegründet. An dieser Gründung war in hervorragendem Masse der so früh verstorbene Genosse Karl Grillenberger, dann aber Johann Scherm beteiligt, der

von Anfang bis heute, 25 Jahre lang, die Zeitung redigiert hat. Die *Metallarbeiterzeitung*, die jetzt in einer Auflage von 380 000 erscheint, hat sich um die deutsche Gewerkschaftsbewegung wie um die Organisation der Metallarbeiter, die 1883 noch im argen lag, grosse Verdienste erworben.

×  
**Tariffbewegung**

Das Reichsamt des Innern, Abteilung für Arbeiterstatistik, nimmt bekannt-

lich jetzt regelmässig mit Unterstützung der Arbeitergewerkschaften wie der Unternehmensverbände Erhebungen über den Umfang und die Gestaltung der Tariffbewegung im Deutschen Reiche vor. Über das Resultat dieser Erhebungen für das Jahr 1906 wird nun in dem Werk *Die Weiterbildung des Tarifvertrags im Deutschen Reiche* /Berlin, Heymann/berichtet. Danach wurden im Jahre 1906 1646 Verträge neu, respektive in veränderter Form abgeschlossen. Ihr Geltungsbereich umfasste 46 033 Betriebe mit 380 401 Arbeitern. Am meisten beteiligt an der Bewegung ist das Baugewerbe mit 701 Verträgen, dann folgt die Metallindustrie mit 218, die Holzindustrie mit 183 und das Baugewerbe mit 105 Verträgen. Im Metallgewerbe überwiegt noch der Firmentarif, dagegen ist im Bekleidungs-gewerbe, der Holzindustrie und dem Baugewerbe der Ortstarif vorherrschend, teilweise macht sich hier sogar, wie im Baugewerbe, eine deutliche Entwicklung zum Abschluss von Bezirks- anstatt der Ortstarife bemerkbar. Sind doch 118 der im Jahre 1906 abgeschlossenen Baugewerkstarife, die sich auf 3384 Betriebe mit 39 628 Arbeitern erstrecken, Bezirkstarife. Auch diese Erhebung zeigt, dass das Grossgewerbe der Tariffbewegung noch gänzlich fernsteht. Die meisten Tarifverträge, 141, wurden in der Provinz Brandenburg einschliesslich Berlin abgeschlossen, dann folgt Rheinland mit 125, Bayern und Baden mit 109 Verträgen. Leider ist nicht ermittelt worden, wieviel Tarifverträge insgesamt am Schlusse des Jahres 1906 zu Recht bestanden, so dass man den Fortschritt der Bewegung seit 1905, wo 1577 Verträge für 367 000, respektive 477 000 Arbeiter amtlich festgestellt wurden, zahlenmässig nicht nachweisen kann.

Im Buchdruckgewerbe macht die Tariffgemeinschaft von Jahr zu Jahr grössere Fortschritte. Nach den Feststellungen des Tarifamts unterstanden

der Tariffgemeinschaft am 30. April 1906 an 1942 Orten 6611 Firmen mit 57 211 Gehilfen. Ein Jahr früher waren es nur 1803 Orte, 6254 Firmen und 54 553 Gehilfen, beim Beginne der Tariffgemeinschaft, im Jahre 1896 gar nur 469 Orte, 1631 Firmen und 18 340 Arbeiter.

Dass der Tarifvertrag zumeist dem Arbeiter eine verhältnismässig günstigere Gestaltung seiner Arbeitsverhältnisse bringt, zeigt auch die Tatsache, dass durch die bis Mitte 1907 vom Brauereiarbeiterverband abgeschlossenen Tarifverträge in 413 Betrieben mit 20 170 Beschäftigten ein jährlicher Urlaub ohne Lohnabzug erzielt wurde. Dass in sehr vielen Buchdruckereien Ferien eingeführt sind, ist bekannt. Auch im Transportgewerbe, das in letzten Jahren in steigendem Masse von der Tariffbewegung erfasst wird, macht die Ferienfrage grosse Fortschritte.

×  
**Kongresse und Verbandstage**

Einen bedeutsamen Beschluss hat der Fabrikarbeiterverband auf seinem Anfang August in München abgehaltenen Verbandstag gefasst, nämlich den der Gründung eines selbständigen Verbandes der Landarbeiter zuzustimmen. Damit handelte er nur im Einverständnis mit der *Generalkommission* und den Gewerkschaftsvorständen, die schon seit langem die Gründung einer Landarbeiterorganisation wünsch-ten. Entsprechend dem Beschluss nennt sich die Organisation der Fabrikarbeiter nur noch *Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands*.

Die Schneider, die in der dritten Augustwoche in Frankfurt a. M. tagten, lehnten die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab, und beschlossen Staf-felbeiträge in Höhe von 40 und 50 Pf. für männliche und 20 und 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Unter-stützungseinrichtungen wurden diesen Beiträgen entsprechend modifiziert. Sehr eingehend wurde die Tarifffrage behan-delt.

Das geschah auch bei den Maurern, die ihren Verbandstag in der ersten Septemberwoche in Hannover abhielten. Nach 1½tägiger Debatte sprach sich der Verbandstag mit überwältigender Mehrheit für die Taktik der Verbandsleitung aus. Mit allen gegen 12 Stimmen wurden die vom Vorstand vorgelegten Richt-linien für die nächste Tariffbewegung akzeptiert. Der Verbandstag beschloss unter anderem auch die Errichtung eines

eigenen Verbandshaus am Verbandsitz in Hamburg.

Im August und September fanden eine Reihe internationaler Gewerkschaftskongresse statt, die wir infolge Raummangels nur kurz registrieren wollen. Im Anschluss an den Schneiderverbandstag fand in Frankfurt a. M. eine internationale Schneiderkonferenz statt. Ferner tagte zu gleicher Zeit in Wien ein internationaler Transportarbeiterkongress, dem internationale Konferenzen der Eisenbahner und Seeleute vorausgingen. Und schliesslich fand in Paris Anfang September ein erster internationaler Glasarbeiterkongress statt.

× **Arbeitskonflikt auf der Vulkanwerft** ×  
 Von den Arbeitskonflikten der letzten Monate verdient die Aussperrung auf der Vulkanwerft in Stettin besonderes Interesse. Die Nieter, die eine besonders anstrengende Arbeit haben, mussten seit Anfang Mai täglich 11 Stunden und oft noch länger arbeiten, obwohl die Arbeitszeit auf dem Vulkan auf 9½ Stunden festgesetzt ist. Mitte Juli forderten die Nieter Einschränkung der Überstunden, was die Direktion brüsk ablehnte. Dies beantworteten die Nieter mit einer Verweigerung jedweder Überstunden, worauf die Werftdirektion einfach den ganzen Betrieb schloss. also 7500 Arbeiter aussperrte. Wie Fama behauptete, erfolgte diese überhastete Aussperrung lediglich deshalb, weil die Werft sich der Zahlung einer wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung eines Schiffes fälligen Konventionalstrafe entziehen wollte. Es gelang später mit der Werftleitung eine Einigung betreffs der Überstundenfrage herbeizuführen, nunmehr stellten die Nieter neue Forderungen und lehnten es entschieden ab ohne deren Bewilligung die Arbeit wieder aufzunehmen. Das hatte eine weitere Verschärfung des Kampfes zur Folge: am 8. August wurden von den Stettiner Metallindustriellen weitere 12 000, an dem Konflikt völlig unbeteiligte Arbeiter ausgesperrt. Und für den 19. August wurde eine allgemeine Aussperrung auf allen deutschen Seeschiffswerften angedroht, die sicher durchgeführt worden wäre, wenn es im letzten Augenblick nicht gelungen wäre den Konflikt auf dem Vulkan in Stettin beizulegen. Sicher sind die Nieter an der Verschärfung des Kampfes zum Teil schuld, denn einmal durften sie in der kritischsten Zeit nicht

ihre Forderungen erweitern, dann aber durften sie, die nach ihrem Gewerkschaftsstatut überhaupt keine Berechtigung zum Vorgehen hatten, sich der Arbeitsaufnahme nicht widersetzen, nachdem ihre ersten Forderungen bewilligt wurden. Die Hauptschuld an der grossen Aussperrung tragen aber die Unternehmer, die, obwohl die Organisationen durchaus einwandfrei gehandelt hatten, doch Tausende gänzlich unbeteiligter organisierter Arbeiter auf die Strasse warf, weil eine kleine Arbeiterkategorie auf ihre Bedingungen nicht einging.

× **Hirsch-Duncker-Gewerkvereine** ×  
 Nunmehr haben auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine ihren Jahresbericht für 1907 veröffentlicht. Dieser Bericht atmet sehr wenig Hoffnungsfreudigkeit. Kein Wunder: ist doch die Mitgliederzahl der Gewerkvereine im Jahre 1907 von 118 508 auf 108 889 zurückgegangen, was einem Mitgliederverlust von 9619 entspricht. Nur einige Gewerkvereine sind von Verlusten verschont geblieben. Es hatten Mitglieder die Maschinenbauer 40 700 (gegen 1906 — 7499), Kaufleute 19 933 (+ 1310), Fabrikarbeiter 15 846 (— 1287), Textilarbeiter 6107 (— 192), Holzarbeiter 5805 (— 1189), Lederarbeiter 5254 (— 46), Schneider 4534 (+ 484), Bergarbeiter 2113 (— 396), Töpfer 1672 (— 102), graphischen Berufe 1586 (— 313), Tabakarbeiter 1580 (— 320), Bauhandwerker 1016 (— 206), Brauer 875 (+ 192), Arbeiterinnen 698 (— 94), Bildhauer 374 (— 77), Schiffszimmerer 314 (+ 63), Konditoren 135 (— 163), selbständigen Berufe 117 (+ 117), Steinarbeiter 112 (+ 112), Kellner 48 (— 36), Reepschläger 47 (—), Handelshilfsarbeiter 23 (+ 23). Damit sind die Gewerkvereine auf ihren Stand von vor 1903 zurückgekommen, allen Reformen und Programmänderungen zum Trotz.

Insgesamt hatten die Gewerkvereine eine Jahreseinnahme von 1 541 359 M., eine Jahresausgabe von 1 434 343 M. Das Vermögen bezifferte sich Ende 1907 auf 1 565 187 M., wovon sich 1 48 633 M. in den Lokalkassen befanden. Auch rein kassenmässig betrachtet, haben die Gewerkvereine im letzten Jahre sich nicht günstig entwickelt.

× **Christliche Gewerkschaften** ×  
 Die christlichen Gewerkvereine, die für die internationalen Bestrebungen der freien Gewerkschaften nur weidlich

Hohn übrig hatten, haben nunmehr auch ihren internationalen Gewerkschaftskongress gehabt. Vom 2. bis zum 5. August tagte dieser Kongress in Zürich; beteiligt waren an ihm christliche Organisationen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Belgien, Holland, Italien, Russland und Schweden, die angeblich insgesamt 442 835 Mitglieder haben. Die Tagung hat deshalb viel von sich reden gemacht, weil auf ihr die deutschen christlichen Gewerkschaftsführer, die Giesberts, Schiffer, Stegerwald, sich entschieden gegen die konfessionellen Gewerkschaften und die geistliche Bevormundung der Gewerkschaftsbewegung aussprachen. Es wurde in Zürich überhaupt eine recht radikale Sprache geführt. Alles das hat die höhere katholische Geistlichkeit, die den christlichen Gewerkschaften ohnedies nicht recht grün ist, stark verschnupft. Man kann das schon daraus ersehen, dass der Kölner Kardinal-Erzbischof Dr. Fischer gelegentlich des Düsseldorfer Katholikentages gegen den Züricher internationalen Kongress der christlichen Gewerkschaften Stellung nahm. Die christlichen Gewerkschaften dürfen nun einmal nicht wider den klerikalen Stachel locken.

Der Züricher Kongress sprach sich unter anderem für Errichtung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden aus und beschloss die Gründung eines internationalen Sekretariats, dessen Sitz sich in Köln befindet.

✕ **Schweiz** ✕  
 Zum erstenmal veröffentlicht das Bundeskomitee des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* eine einigermaßen erschöpfende Übersicht über die ihm angeschlossenen Verbände, und zwar für das Jahr 1907. Danach belief sich am 31. Dezember 1907 die Mitgliederzahl dieser Verbände auf 71 404 gegen 64 590 im Jahre 1906, das ist eine Vermehrung um 9587 oder 14,48 %. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug 6814 gegen 5215 im Vorjahre, was einer Vermehrung um 1599 oder 30,66 % entspricht. Ausserhalb des *Gewerkschaftsbundes* stehen noch 6 Gewerkschaften mit insgesamt 14 064 Mitgliedern; ausserdem bestanden noch 10 Beamten- usw. Gewerkschaften, die mehr Unterstützungs- als Kampfvereinigungen sind, mit 42 554, dann einige christliche Gewerkschaften mit 5300 Mitgliedern. Insgesamt darf man in der Schweiz Ende 1907 mit 135 377 organisierten Arbeitern rechnen.

Über die Kassengebarung der Gewerkschaften ist nur unvollständig berichtet worden, so dass abschliessende Zahlen sich darüber nicht aufstellen lassen. Auf einer Gewerkschaftsvorstandskonferenz, an der auch die dem Bunde nicht angeschlossenen Gewerkschaften teilnahmen, wurden die Grundzüge zu einer neuen Konstitution des *Gewerkschaftsbundes* beschlossen. Die Leitung des Bundes wird künftig zwei Organen übertragen, dem Bundeskomitee, neben und über dem der Gewerkschaftsausschuss steht. Die Agitation unter den Arbeiterinnen soll einem besonderen zu gründenden Arbeiterinnensekretariat übertragen werden. Erfreulicherweise sind nunmehr auch die noch ausserhalb des Bundes stehenden Gewerkschaften bereit ihm beizutreten. Über das neue Organisationsstatut des Bundes soll Mitte November ein ausserordentlicher Gewerkschaftskongress endgültig entscheiden.

✕ **Dänemark** ✕  
 Dieses Land hatte wieder einmal eine grosse Aussperrung, die sich wie die im Jahre 1898 zu einer Generalaussperrung auszuwachsen drohte. Der Konflikt nahm seinen Ausgang bei einer Bewegung der Lithographen und Steindruckere. Der Tarif dieser Arbeiterkategorie lief am 1. Juli 1908 ab, in einer Zeit der stärksten wirtschaftlichen Depression im Gewerbe. Bei den Verhandlungen zwecks Erneuerung des Tarifs forderten die Arbeiter in der Hauptsache den Acht- an Stelle des Neunstundentages. Diese Forderung lehnten die Unternehmer schroff und ohne jedes Zugeständnis ab, worauf 80 % der Lithographen am 11. Juli in den Streik eintraten. Die Unternehmer riefen den Arbeitgeberbund zu Hilfe, der, da jede Einigung sich zerschlug, am 10. August sämtliche Arbeiter der Akzidenzdruckereien, Papierfabriken und Buchbindereien aussperrte. Daraufhin erklärten sich die Arbeiter in den Zeitungsdruckereien mit den Ausgesperrten solidarisch und stellten nahezu allgemein die Arbeit ein. Das wirkte: denn ausser einigen von den Arbeitern unabhängigen kleinen Provinzblättern und den sozialdemokratischen Organen mussten alle Zeitungen ihr Erscheinen einstellen. In Kopenhagen erschien überhaupt nur *Social Demokraten*. Dieses fast vollständige Stilllegen der Tagespresse brachte die Unternehmer zur Besinnung und veranlasste sie zur Annahme eines

Vermittlungsvorschlags des Ministers Berg, der dahin ging im Lithographiegewerbe jetzt die 9½stündige und am 1. Januar 1910, wo auch im Buchdruckgewerbe der Achtstundentag eingeführt wird, die 8stündige Arbeitszeit einzuführen. Unter diesen Bedingungen, die für die Arbeiter einen grossen Erfolg bedeuten, wurde dann am 17. August der Zeitungsetzerstreik, am 18. die Aussperrung und am 20. August der Lithographenstreik beendet.

× **Frankreich** Die Pariser syndikalistischen Gewerkschaften haben einen Kampf hinter sich, der für ihre Sache ein schweres Fiasko bedeutet. Bei dem Streik der Erdarbeiter in den Sand- und Kiesgruben von Draveil bei Paris hatte sich die Regierung durch ein besonders brutales Auftreten gegen die streikenden Arbeiter hervor getan. Die Pariser Bauarbeiter entschlossen sich durch eine eintägige Arbeitseinstellung mit Massenwanderung nach Draveil hiergegen zu protestieren. Die Demonstranten wurden in Draveil aber in aller Form vom Militär angegriffen. Es gab mehrere Tote und viele Verwundete. Empört über den erneuten Gewaltakt der Regierung, proklamierte die Leitung der Pariser Gewerkschaften für den 3. August einen eintägigen Generalstreik, der vollständig ins Wasser fiel. Schliesslich wurden die Führer der *Confédération* noch verhaftet, um auch noch des Hochverrats angeklagt zu werden.

So sehr man dieses Fiasko der Syndikalistinnen um des recht ersten Zweckes der geplanten Demonstration willen auch bedauern muss, so bedeutet der ganze Vorgang doch eine recht gute Lehre für die syndikalistischen Gewerkschaften. Vielleicht lernen sie, nachdem ihr Hereinfall bei der sogenannten *direkten Aktion* vor 2 Jahren nichts nützte, nunmehr erkennen, dass revolutionäre Phrasen nicht ausreichen, um gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, dass dazu vielmehr starke Gewerkschaften mit einem wohl disziplinierten Mitgliederheer und gesunde gewerkschaftliche Anschauungen nötig sind, wie sie beispielsweise von den deutschen Gewerkschaften vertreten werden. So viel Einsicht wäre den französischen Gewerkschaften nur zu wünschen.

× **Kurze Chronik** Im Dachdeckerverband wurde durch Urabstimmung sowohl der Anschluss an den Maurerverband wie die

Abhaltung eines ausserordentlichen Verbandstages abgelehnt. × Im Handeschuhmacherverband wird eine Urabstimmung über die Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 60, für weibliche auf 25 Pf. vorgenommen. Der Verband hat unter der Krise besonders schwer finanziell zu leiden. × Die Organisation der Photographen hat durch Urabstimmung beschlossen sich dem Lithographenverband anzuschliessen. × Die polnischen Gewerkschaftsverbände beabsichtigen ihre Verschmelzung. Es handelt sich um den *Polnischen Berufsverband*, der seinen Sitz in Posen hat und 4000 bis 5000 Mitglieder zählt, und um den in Bochum domizilierenden *Polnischen Gewerkschaftsbund* mit zirka 35 000 Mitgliedern. Eine irgendwie hervorragende gewerkschaftliche Tätigkeit haben beide Organisationen noch nicht entfaltet.

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Schulze-Delitzsch

Am 29. August hat die Genossenschaftswelt das Andenken desjenigen Mannes gefeiert, mit dessen Namen die Anfänge der deutschen Genossenschaftsbewegung unlöslich verknüpft sind, und der an diesem Tage vor 100 Jahren das Licht der Welt erblickt hat: Hermann Schulze-Delitzsch. Der *Vater der deutschen Genossenschaften* wurde in dem kleinen sächsischen Landstädtchen Delitzsch als Sohn des dortigen Bürgermeisters und Stadtrichters geboren und war gleichfalls für die juristische Laufbahn bestimmt. Er machte sein Examina und trat nach dem Tode des Vaters dessen Amt im Alter von 32 Jahren an. Ein politischer Prozess, den man ihm als Mitglied der Nationalversammlung 1848 nach deren Sprengung wegen Steuerverweigerung machte, brachte ihm eine Strafversetzung in ein kleines polnisches Städtchen. Ein Konflikt mit der Regierung — Schulze hatte auf einem Urlaub trotz Verbots seiner vorgesetzten Behörde seine Vaterstadt besucht, was mit Entziehung eines Monatsgehalts bestraft werden sollte — veranlasste ihn bald darauf den Staatsdienst ganz zu quittieren, und sich in Delitzsch als Rechtskonsulent niederzulassen. Hier hatte er Gelegenheit die Wirkungen des Kapitalismus auf den kleinen Handwerker und Arbeiter, wenn auch nur in sehr abgeschwächtem Massstabe, zu studieren, und daraus entwickelte sich in ihm der Glaube und der Wunsch der Not

dieser kleinen Leute mittels des Genossenschaftswesens abzuhefen. Aber entsprechend dem kleinbürgerlichen Milieu, das ihn umgab und beeinflusste, sah Schulze in den Genossenschaften nicht wie wir Heutigen ein Mittel zur prinzipiellen Bekämpfung des Kapitalismus sondern nur ein solches, das den kleinen Mann dem Kapital gegenüber konkurrenzfähig machen und schliesslich selbst zum Range eines kleinen Kapitalisten erheben sollte. Dementsprechend waren es auch in erster Linie die Magazin- und Rohstoffgenossenschaften und die Kreditvereine, also alles Genossenschaften, die den Gewerbebetrieb des kleinen Handwerkers rationeller gestalten sollten, die ihm am Herzen lagen. Zwar empfahl er auch die Konsumvereine für den billigeren Bezug von Lebensbedürfnissen, aber doch gewissermassen nur nebenbei. Und wenn ihm die Produktivgenossenschaft als oberste Krönung des Gebäudes vorschwebte, so nicht die für den organisierten Konsum produzierende sondern die auf dem freien Markt mit dem Kapital konkurrierende Produktivgenossenschaft der vereinigten Handwerker, die also wenig oder keine Sozialisierungstendenzen in sich trug. So veraltet, ja kindlich uns aber auch heute die theoretische Stellung Schulze-Delitzsch' erscheinen mag, so sehr müssen wir doch Anerkennung und Bewunderung dem überaus praktischen Blick zollen, mit dem er die Gründung von Genossenschaften in seinem engeren und weiteren Vaterlande in die Wege leitete, dem aufopfernden rastlosen Fleiss, mit dem er an der Ausgestaltung seines Lebenswerkes arbeitete, und der überaus scharfsinnigen Erfassung der juristischen Bedürfnisse der Genossenschaften, deren gesetzliche Festlegung im preussischen Genossenschaftsgesetz, das später zum Reichsgesetz wurde, fast ausschliesslich sein Werk ist.

Schulze war es beschieden die Erfolge seiner Tätigkeit zu sehen. Die von ihm gepflanzte Genossenschaftssaat schoss kräftig in die Halme. Im Jahre 1859 hatte er bereits die Freude den ersten Genossenschaftskongress nach Weimar einberufen zu können, dem im nächsten Jahre die Gründung des *Allgemeinen Verbandes* folgte, an dessen Spitze Schulze für Lebenszeit trat. 1862 verlegte er seinen Wohnsitz nach Potsdam, um seinen Pflichten als freisinniger Abgeordneter besser nachkommen zu können, und hier war es auch, wo er 1883,

also im Alter von 75 Jahren, aber noch in vollster Tätigkeit stehend, allgemein geachtet und mit mannigfachen äusseren Ehrungen bedacht, die Augen für immer schloss.

Was Schulze-Delitzsch als Volkswirtschaftler und Politiker ausserhalb seiner Genossenschaftstätigkeit war ist hier nicht unsere Aufgabe zu untersuchen. Dagegen sei noch mit einem Worte der Polemik Schulzes mit Lassalle gedacht, der wir den berühmten Lassalleschen *Bastiat-Schulze* verdanken. In dieser Diskussion zog Schulze zwar, soweit es sich um rein theoretische Probleme handelte, den kürzeren, und auch praktisch war Lassalle der richtige Mann des Augenblicks, wenn er das Proletariat zum politischen Klassenkampf zusammenrief. In der Beurteilung der Genossenschaften jedoch kam Schulze der Wahrheit viel näher als Lassalle, der bekanntlich auf grund seines ehernen Lohngesetzes den Konsumvereinen jede Bedeutung für den Emanzipationskampf des Proletariats absprach. Und auch in der Frage der Staatsunterstützung, die Lassalle für seine Produktivgenossenschaften beanspruchte, stehen die heutigen Genossenschafter fast ganz auf dem Boden Schulzes, der eine solche Unterstützung streng ablehnte.

Von den mannigfachen Schriften Schulze-Delitzsch' über die Genossenschaften seien hier die beiden wichtigsten hervorgehoben: *Assoziationsbuch für Handwerker /1853/* und *Über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit besonderer Rücksicht auf die Haftpflicht bei kommerziellen Gesellschaften /1868/*.

×

**Schweiz: Genossenschaftstag**

Bei der grossen Zahl der in den letzten Monaten abgehaltenen ausländischen Kongresse müssen wir uns darauf beschränken sie nur kurz zu streifen.

Am 28. Mai fand in Genf die Delegiertenversammlung des *Verbandes schweizerischer Konsumvereine* in Anwesenheit von 276 Vertretern von Verbandsvereinen und zahlreichen Gästen statt. Dem der Versammlung vorgelegten Geschäftsbericht entnehmen wir, dass die Zahl der Verbandsvereine sich von 237 Ende 1906 auf 259 Ende 1907 erhöht hat. Die zur Statistik berichtenden 242 Vereine zählten zusammen 171 603 Mitglieder, hatten einen Umsatz von 69 596 679 fr. und einen Reinüberschuss von 5 996 977 fr. Eine ganz ausserge-

wöhnliche Entwicklung hat die geschäftliche Zentralstelle des Verbandes genommen, indem sie ihren Umsatz von 10 648 461 fr. in 1906 auf 14 345 810 fr. in 1907 vermehrt hat, was einer Zunahme von 34 % entspricht. Das grosse Ereignis des Jahres 1907 war die Fertigstellung des Lagerhauses in Pratteln und die Inangriffnahme der Eigenproduktion (Kaffeerösterei und Fettsiederei) darin. Der Verband gibt gegenwärtig 4 Blätter heraus, ein Fachblatt für die Genossenschaftsverwaltungen und 3 populäre Organe in Deutsch, Französisch und Italienisch. Von den Beschlüssen des Kongresses ist zu erwähnen die Annahme des Vorstandsantrages betreffend den Erwerb weiterer Landparzellen in Pratteln und die Errichtung von Neubauten in Pratteln und in Wülflingen. Ferner wurde über die Schaffung einer Versicherungsanstalt durch den Verband für die Angestellten der Vereine Beschluss gefasst. Der Kongress nahm die von der Kommission vorgelegten Statuten, die den im Dienste der Genossenschaftsbewegung invalide gewordenen Angestellten eine Alterspension gewähren, an und beschloss weiterhin den Beitritt des Verbandes selbst zur Kasse. Endlich nahm die Versammlung noch einen Antrag an, der den Verbandsvereinen empfiehlt im Interesse der Freizügigkeit in den Vereinen die Eintrittsgelder entweder ganz aufzuheben oder doch wesentlich zu ermässigen, vor allem aber Mitglieder, die wegen Fortzugs von einem Ort sich einem neuen Verein anschliessen müssen, von der Zahlung des Eintrittsgeldes zu entbinden.

**Italien: Genossenschaftstag** X  
 Die italienischen Genossenschaftler traten vom 28. bis zum 30. Mai in Reggio Emilia zu ihrer Tagung zusammen, an der 315 Delegierte und viele Gäste teilnahmen. Vergnanini hielt ein Referat über Konsumentenpolitik der Genossenschaften; Ponti sprach über die Organisation des gemeinsamen Einkaufs. Eine im Anschluss hieran eingebrachte Resolution, die die Gründung von provinziellen und kommunalen Genossenschaften und einer gemeinsamen Einkaufsagentur fordert, wurde angenommen, dagegen ein Antrag von Ponti selbst, der die Gründung einer richtigen Grosseinkaufsgesellschaft befürwortete, abgelehnt. Maffi behandelte sodann die Steuerschikanierungen, denen auch die italienischen Genossenschaften ausge-

setzt sind, und Ruini die Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Eine Revision der Bundesstatuten führte zur Einsetzung eines Ausschusses, dem die Führung der Bewegung und die Administration des Verbandes anvertraut wird. Der Kongress, auf dem die verschiedenen Richtungen der italienischen Genossenschaftsbewegung die Möglichkeit eines friedlichen Miteinanderarbeitens bewiesen, darf zu den erfolgreichsten der Bewegung überhaupt gezählt werden.

**Skandinavien:** X  
 Endlich ist noch über zwei skandinavische Kongresse zu berichten. Vom 25. bis zum 27. Juni fand in Stockholm der Verbandstag der schwedischen Genossenschaften unter Beteiligung von 141 Delegierten, die 128 Genossenschaften vertraten, statt. Dem Vorstandsbericht zufolge gehörten dem Genossenschaftsbund Ende 1907 303 Genossenschaften mit 49 054 Mitgliedern an gegen 178 Genossenschaften mit 30 105 Mitgliedern im Vorjahre. Der Verband fungiert gleichzeitig als Grosseinkaufsgesellschaft und hatte als solche 1907 einen Umsatz von 4 800 000 M. (2 290 000 M. im Vorjahre). Der Verbandstag nahm sodann Normalstatuten für Konsumvereine an, nach denen jedes Mitglied nur eine Stimme haben soll, und vom Reingewinn 27½ % für Reserve- und andere Fonds zurückgelegt werden sollen. Ferner wurde die Schaffung eines besonderen Postens für die Leitung der gesamten Propaganda beschlossen.

Noch recht unentwickelt ist die norwegische Genossenschaftsbewegung. Dem Verbands- zu dessen vom 28. bis zum 30. Juni in Kristiania abgehaltener Jahresversammlung 18 Delegierte erschienen waren, gehören gegenwärtig 37 Genossenschaften mit 7 bis 8000 Mitgliedern an. Seit Juli vorigen Jahres dient der Verband auch als gemeinsame Einkaufsagentur und setzte in den ersten 6 Monaten 264 000 M. an die Verbandsvereine ab, ein in Anbetracht der vielen Schwierigkeiten nicht ungünstiges Resultat. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die finanzielle Fundierung des Verbandes und seiner Zentralstelle. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Verbandsvereine verpflichtet Garantiescheine zu zeichnen.

X X

**Besteuerung** Den vielfachen Versuchen die Konsumvereine durch ungerechte Besteuerung in ihrer Entwicklung zu hindern soll sich in Lübeck jetzt ein besonders krasser Fall anschließen. Die dortige Steuerbehörde hat, um einen Mehrbedarf der Staatskasse von 400 000 M. zu decken, die Erhebung einer Ertrags- und einer Umsatzsteuer vorgeschlagen, die auch bereits die Zustimmung des Senats gefunden hat, während die der Bürgerschaft noch aussteht. Die Ertragssteuer soll bei offenen Geschäften  $1\frac{1}{2}\%$  vom Reingewinn einsteuern. Dabei sollen Kaufleute mit einem Einkommen von unter 2000 M. überhaupt keine, solche mit 2 bis 4000 M. die Hälfte bis drei Viertel der Ertragssteuer zahlen. Konsumvereine erleiden von diesen Bestimmungen eine doppelte Ausnahme zu ihren Ungunsten, indem sie ohne Rücksicht auf ihren Ertrag unter allen Umständen  $\frac{1}{2}\%$  ihres Jahresumsatzes als Steuer abführen sollen. Ebenso ungerecht ist die Umsatzsteuer gedacht, die bei Filialgeschäften, die 20 000 M. und mehr umsetzen, von  $\frac{1}{2}$  bis  $1\frac{1}{2}\%$ , bei Warenhäusern und Konsumvereinen vom Umsatze von 150 000 bis 1 000 000 M. von  $\frac{1}{2}$  bis 2% steigen soll. Während aber Warenhäuser nur dann diese Steuer zu zahlen haben, wenn sie Waren aus mehr als einer der 4 Gattungen führen, müssen Konsumvereine unter allen Umständen blechen. Bei einem Umsatz von 150 000 M. müsste demnach der Lübecker Konsumverein 150 M. Ertrags- und 1500 M. Umsatzsteuern zahlen, das heisst zirka den 3. Teil seines Einkommens als Steuer zahlen, während ein gleich grosses Privatgeschäft, wenn es sich nur auf den Verkauf aus einer Warengattung beschränkt, nur 75 M. Ertragssteuer zu zahlen hätte.

Gegen diese unglaubliche Ungerechtigkeit hat der dortige Konsumverein in einer von etwa 3000 Menschen besuchten Volksversammlung, in der Professor Staudinger aus Darmstadt das Referat hatte, Protest eingelegt. Hoffentlich lässt sich die Bürgerschaft hierdurch den Nacken steifen und versagt dem Steuerungetüm, das weite Bevölkerungskreise in „grosse Erbitterung versetzen muss, ihre Zustimmung.

✕ **Kurze Chronik** Der langjährige verdiente Präsident der schottischen C. W. S. und einer der angesehensten britischen Genossenschaftler,

William Maxwell, hat nun trotz aller Bitten sein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger, Rudolf Stuart, ist wie Maxwell ein genossenschaftlicher *self made man*. Er begann seine Tätigkeit als Schreiner im Dienst der C. W. S. und gehört dem Direktorium der Gesellschaft seit 1899 an. ✕ Vom 19. bis zum 22. August wurde in London das alljährlich stattfindende Genossenschaftsfest gefeiert. An der damit verbundenen Ausstellung waren sowohl die englische C. W. S. als auch etwa 50 selbständige Produktivgenossenschaften beteiligt. Die ersten beiden Tage waren Vorträgen, der letzte dem eigentlichen Volksfest, an dem zirka 19 000 Genossenschaftler teilnahmen, gewidmet. ✕ Mitte August hat eine Gesellschaft von 20 belgischen Genossenschaftlern eine Studienreise nach England gemacht und dort die Anlagen der C. W. S. in Manchester, Crumpsal usw., sowie die Rochdaler Genossenschaft besichtigt. Für uns Deutsche sonderbar hört sich die Mitteilung an, dass, als die belgischen Gäste auf dem ihnen gegebenen Bankett die *Marseillaise* und *Internationale* sangen, die englischen Genossenschaftler mit Absingung des Liedes *God save the king* antworteten.

### Bildungsbewegung / Wilhelm Hausenstein

**Politische Bildung** Angesichts der Bedeutung, die der sogenannten *instruction civique* seit geraumer Zeit in fortgeschrittenen Staaten wie Frankreich und der Schweiz zukommt, beginnt man neuerdings auch in Deutschland zu fragen, ob es nicht geraten sei unserer Schuljugend die Grundbegriffe der politischen Wissenschaften einzuprägen. Tatsächlich ist bei uns nur ein verhältnismässig äusserst geringer Teil der Bevölkerung über politische Dinge (Parteiengeschichte und Partienpolitik, Staatsrecht, Gerichtsverfassung, Verwaltungsorganisation usw.) unterrichtet. Diese Kenntnis- und Urteilslosigkeit wird notwendig da zum Unsegen, wo der Staatsbürger rechtlich zur Teilnahme am öffentlichen Leben berufen ist. So scheint es eine dringende Notwendigkeit zu sein beizeiten dafür zu sorgen, dass dem Staatsbürger als Unterlage des politischen Urteils politische Kenntnisse vermittelt werden. Von diesem an sich durchaus einwandfreien Gedankengang geht Dr. Paul Rühlmann in seinem bemerkenswerten Buch *Politische Bildung* /Leipzig, Quelle & Meyer/ aus. Man kann diesen



Gedankengang grundsätzlich akzeptieren, ohne sich die eminenten wissenschaftlich-politischen Gefahren zu verhehlen, die mit der Einführung der *instruction civique* in Deutschland verbunden sein würden. Von Gefahren rede ich gerade vom Standpunkt der sozialistischen Politik. Selbstverständlich müssten wir die *instruction civique* anstandslos etwa gegen den Religionsunterricht in Staats- und Gemeindeschulen eintauschen. Aber leider liegt ja beim Stand der preussisch-deutschen Schulpolitik von heute eine derartige Chance ausserhalb des Bereichs der Möglichkeiten. Die *instruction civique* bleibt uns selbstverständlich absolut genommen ein höchst erstrebenswertes Ziel. Wir dürfen jedoch gerade deshalb, weil es sich um eine an sich selbst so wertvolle schulpolitische Forderung handelt, ihre relative Stellung in der deutschen Politik unserer Tage nicht verschleiern. Wer am eigenen Leibe den durchschnittlichen Geschichtsunterricht einer deutschen Mittelschule erlebt hat, weiss, was an Wahrheit und Gesinnung bei der Einführung der Bürgerkunde in den öffentlichen Schulen Deutschlands unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Spiele stände. Man erinnere sich, dass zumal in den preussischen Volksschulen der Geist der kaiserlichen Kabinettsorder vom Jahre 1889 eine verhängnisvolle Rolle spielt, jener Order, die ausdrücklich die Volksschule zum Kampf gegen die Sozialdemokratie mobilisiert. Selbst wenn das offizielle Programm — wie Rühlmann mit anerkannter Unbefangenheit ausdrücklich fordert — die direkte Bekämpfung der Sozialdemokratie aus der *instruction civique* ausschliesse, würde dadurch doch zweifellos ihre Richtung in Deutschland beeinflusst werden. Wir müssen immer bedenken, dass in unserem autoritären Vaterlande der Geist der Verfassung fortgesetzt durch absolutistische Atavismen alteriert wird. Sollen wir angesichts dieser Erfahrung der Einführung der Bürgerkunde heute schon das Wort reden? Anstatt mit einem runden Ja zu antworten möchte ich die Lösung der Frage lieber der Entwicklung übergeben. Die Frage der Bürgerkunde wird diskutiert werden; wir werden unsererseits die Diskussion in einer ganz bestimmten Richtung zu beeinflussen suchen, indem wir auf die Notwendigkeit vollkommener Objektivität der politischen Belehrung hinweisen und — falls es zur allgemeinen Einführung der *instruction*

*civique* kommen sollte — die schärfste literarische und parlamentarische Kontrolle ausüben. Ich habe meine starken Bedenken nicht verhehlt und bemerke schliesslich ausdrücklich, dass ich Rühlmanns Absichten und Ansichten, so ernst sie vorgetragen sind, in mancher grundsätzlichen Frage nicht teile: das Buch begehrt den fundamentalen Fehler den polemischen Klassencharakter des historisch-politischen Unterrichts zu übersehen, den man dem Lehrbetrieb an unseren Schulen nun einfach einmal nicht absprechen kann, und dem Proletariat *Staatsgesinnung* zuzumuten, die es doch nur unter der Voraussetzung einer einschneidenden Umgestaltung unserer wirtschaftsrechtlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse innerlich erwerben kann. Gerade, weil ich die Mängel dieses aus tüchtigem bürgerlichem Geiste geschriebenen Buches, die Gefahren der *instruction civique*, die aus unseren spezifisch deutschen politischen Verhältnissen ausfliessen würden, so deutlich sehe, darf ich nun unbefangen die Meinung aussprechen, dass wir uns in der Diskussion dieser Frage nicht ausserhalb des bestehenden Staates zu stellen sondern genau und sorgsam den einzelnen Fall zu besehen haben, der zur Diskussion steht. Falls sich Rühlmanns Anregungen demnächst irgendwo zur parlamentarischen Vorlage verdichten sollten, so könnten wir, wie gesagt, vielleicht auf die Bestimmung des Lehrstoffs Einfluss gewinnen und die Handhabung des Unterrichts überwachen. Eine grundsätzliche Entscheidung lässt sich nicht treffen: es sei denn die eine, die sich von selbst versteht, dass man die Ausbeutung des Unterrichts zu gunsten der herrschenden Klassen bekämpfen muss. Wir müssen auch hier aus dem einzelnen heraus arbeiten; das ist der Geist der positiven Politik, die, ohne auf Prinzipien zu verzichten, doch aller politischen Metaphysik Feind ist.

X X  
**Studententum** In seiner Schrift *Was will unsere Zeit von der deutschen Studentenschaft?*

[Jena, Gustav Fischer] vertritt Amtsrichter Dr. Hermann Popert die richtige Meinung, dass die in Deutschland hergebrachte Auffassung des studentischen Lebens angesichts der Gaben und Forderungen unserer Zeit rückständig erscheint. Diese rückständige Auffassung konzentrierte sich in Kommersbuch und Comment. Die den Akademikern zu-

kommende Führerstellung könne nur zurückerobert werden, wenn das studentische Grauen vor dem Philisterium durch ein frohes, positives Ideal der Arbeit, der Vorbereitung zu männlichem Wirken und gesunden Genießens ersetzt werde. Die Probe, ob die Erneuerung des studentischen Lebens im Sinne des Optimismus, der Arbeit, der Gesundheit, der wahren Freude möglich sei, bilde die Stellung der Studentenschaft zur Alkoholfrage. Weil in dem Büchlein so viel guter Wille und so viel praktische Wahrheit ist, wollen wir hier nicht prüfen, ob der Alkoholismus wirklich *causa causans* ist und nicht selbst wiederum aus bestimmten Zuständen ausfließt; und wir wollen auch nicht die Gelegenheit vom Zaune brechen uns über die Ansicht zu mokieren, »dass Männer Geschichte machen«, die sich gelegentlich hervortraut. Es seien vielmehr dem Büchlein recht eifrige Leser gegönnt; und es könnte namentlich nicht schaden, wenn es der allzu grossen Nachgiebigkeit gegen den Alkohol in studentischen Kreisen ein Ziel setzen hilft.

Die andere Schwäche des Studenten behandelt Professor von Liebermann-Budapest in einer sehr empfehlenswerten Schrift zur Aufklärung in sexuellen Fragen *An die akademischen Bürger und Abiturienten höherer Lehranstalten* /Halle a. S., Marhold/. Er redet nicht einer prinzipiellen Abstinenz, aber einer strengen, vernünftigen Regulierung des Geschlechtstriebes das Wort. Die Schrift wird mit einem Kapitel über das Werden des Menschen eingeleitet und mit einem Doppelkapitel über sexuelle Hygiene abgeschlossen. Der sexualpädagogische Zweck ist ernst und dringlich, der Ton der Behandlung würdig, einfach und klar. Kommt man von der Lektüre dieser Schriften, so liest man die ins Deutsche übersetzte *Arbeit* des Sir Lees Knowles, eines früheren konservativen Mitgliedes des Unterhauses, *Ein Tag mit Korpsstudenten in Deutschland* /Heidelberg, Groos/ mit sonderbaren Empfindungen. Die korpsoffizielle Einleitung verspricht, der englische Baron werde uns ein Beispiel geben, wie man die »guten Seiten des deutschen Studentenlebens« würdigen muss. Voyons. Man hat Gelegenheit zu sehen, dass der königlich preussische Regierungsrat G. G. Winkel in Kassel (*Franconiae-Würzburg*) einen sonderbaren Stil schreibt; denn dieser exzellente Übersetzer versichert uns, dass ein renitenter Student unter Umständen

als [!] äusserste Strafe in dem berühmten Karzer der Universität inhaftiert wird«. Ausserdem erfährt man, dass das Fechten mit dem Schläger »eine herrliche Leibesübung«, dass es ein »Spass« ist einen *Bierjungen* zu sehen, dass man eine Mensur in Heidelberg als »Tagewerk« bezeichnet, dass ein Korpsstudent sehr gut grüssen kann, dass ein Fuchs 80 Korpszirkel memorieren muss, und dass beim Zirkel der Heidelberger *Guestphalia* der vertikale und der horizontale Balken des *F* sich nicht berühren dürfen.

X

X

**Kurze Chronik** Nach den unlängst bekannt gewordenen Erhebungen über die Volksschule im Deutschen Reich, die 1906 aufgenommen wurden, besitzen wir 60 584 öffentliche Volksschulen und 671 Privatschulen mit Volksschulziel; das bedeutet gegen 1901 eine Zunahme von 1368 Schulen (+ 1397 öffentliche, — 29 private Volksschulen). Die Zahl der Schüler stieg in den öffentlichen Volksschulen von 8 924 779 auf 9 737 262 (+ 9,1 %), in den privaten von 41 328 auf 42 094 (+ 1,85 %). Die vollbeschäftigten Lehrkräfte an den öffentlichen Volksschulen stiegen in der selben Zeit von 146 540 auf 166 597; darunter die weiblichen von 22 513 auf 29 384 Personen. Im Jahre 1906 kamen auf einen Lehrer 58 Schüler (1901 61); 54 M. Gesamtkosten entfielen auf einen Schüler (1901 47 M.). Der Aufwand für öffentliche Volksschulen betrug 1906 522 861 Mill. M., gegen 421 317 Mill. M. 1901. Sämtliche genannte Ziffern bezeichnen den Reichsdurchschnitt, der in den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede aufweist. X In Frankreich gab es im Jahre 1907 81 653 Volksschulen davon waren 68 128 *écoles laïques* (öffentliche, konfessionslose Volksschulen) (64 288 1902), 452 öffentliche von Kongreganisten geleitete, 13 073 Privatschulen (gegen 14 817 1902), darunter 1490 Kongregationsschulen und 11 583 *laïques*. Von besonderem Interesse ist die sehr starke Beteiligung der Frau am Lehrberuf. Die höchste bisherige Schülerzahl erreichte Frankreich im Jahre 1889 mit 5 623 000 Volksschulzöglingen. Die normale Klassenziffer ist 50 Schüler. Die staatlichen und kommunalen Ausgaben für den öffentlichen Volksschulunterricht — die Privat- und Kongregationsschulen und die sehr fruchtbaren französischen Schulkassenvereine sind hier also ausgeschlossen — beliefen sich 1907 auf 260 Mill. fr. Der Besuch der öffentlichen

Volksschulen ist seit 1882 unentgeltlich. **X**  
*Das Kartell der freiheitlichen Vereine*  
 Münchens veranstaltete im letzten  
 Sommerhalbjahr probeweise einen Zyklus  
 freier wissenschaftlicher Kurse. Diese  
 Kurse wollen die Lücken ergänzen, die  
 die Universität stehen lässt.

**X**  
**Literatur** Erfrischend wirkt eine  
 Streitschrift E d u a r d  
 Goldbecks *Henker Drill*,

*Schülerelbstmorde und Soldatenselbst-*  
*morde* /Berlin, Marquardt/. Goldbeck  
 gibt Erinnerungen aus der eigenen  
 Schulzeit und aus seinem eigenen  
 Offiziersleben. Diese Erinnerungen aber  
 und die Fälle Günther Stender und Wal-  
 ther Matheus sind nur der Anlass für  
 eine weitausholende, fulminante Phi-  
 lippika gegen das deutsche Mandarinentum  
 der Gegenwart, gegen Bureaukratismus,  
 Autoritätsgläubigkeit, gegen *Drill*.  
 Man merkt es der Schrift an, wie der  
 Verfasser während der Arbeit gewachsen  
 ist, wie es ihn über das scheinbar enge  
 und sensationelle Thema hinaustrieb zu  
 einer temperamentvollen Analyse der  
 deutschen Untertanenpsychologie des 20.  
 Jahrhunderts. Auch die Sozialdemokratie  
 bekommt ihr Teil weg. »Wir sind ja im  
 Grunde doch alle nationalliberal, auch  
 diejenigen, die sich einbilden Sozialdemo-  
 kraten oder gar Anarchisten zu sein.«  
 Goldbeck hat vielleicht nicht unrecht. Er  
 muss uns freilich auch einräumen ihm  
 einen Vorwurf zu machen. Der kritische,  
 protestlerische Ton seiner Schrift  
 ist an sich selbst etwas Gutes; aber er  
 hat etwas von politischer Monomanie an  
 sich. Es fehlt ihm der Sinn für den ge-  
 schichtlichen Wert der Organisation. In  
 allen Organisationen gibt's Philister; aber  
 deshalb darf man sich, habe man auch  
 noch so viel Persönliches zu sagen, nicht  
 auf die Seite stellen. Goldbeck empfindet  
 nicht unsozial, im Gegenteil; aber er  
 unterlässt es die praktische Methode zu  
 zeigen, wie man den Kampf um den  
 kulturpolitischen Kritizismus organisiert.  
 Mit einem ethischen Appell, einem Hieb  
 auf den Block und einem Paradoxon über  
 die Sozialdemokratie ist's am Ende nicht  
 getan.

## WISSENSCHAFT

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Katholizismus** Nach langem Schweigen hat  
 und **Marxismus** Wilhelm Hohoff, ein  
 strenggläubiger Katholik,  
 der bereits vor ein paar Jahrzehnten sei-

nen Glaubensgenossen die Richtigkeit der  
 Marxschen Wert- und Mehrwerttheorie  
 zu demonstrieren versuchte, aber begreif-  
 licherweise damit sehr wenig Gegenliebe  
 fand, jetzt eine grössere Schrift *Die Be-*  
*deutung der Marxschen Kapitaltheorie*  
 /Paderborn, Bonifaciusdruckerei/ erschei-  
 nen lassen. Sympathisch ist die scharfe  
 Polemik gegen die vulgärökonomischen  
 Flachheiten, mit denen sich andere katho-  
 lische Schriftsteller über die unbequemen  
 Tatsachen der herrschenden Wirtschafts-  
 ordnung weghelfen; aber Hohoff selbst  
 leistet in logischen Verrenkungen zur  
 höheren Ehre des Katholizismus darum  
 nicht weniger als sie. Die katholische  
 Kirche, erklärt er, habe von der Marx-  
 schen Gedankenarbeit, wofern nur die  
 richtigen Kautelen vorgenommen werden,  
 nichts zu fürchten, vielmehr läge es so,  
 dass das reifste und bedeutsamste Resul-  
 tat dieser Gedankenarbeit, eben die Wert-  
 und Mehrwerttheorie, nur eine Bestätigung  
 dessen enthalte, was die mittelalterliche  
 Scholastik gelehrt und die mittelalterliche  
 Kirche im kanonischen Recht praktiziert  
 habe. »Das epochemachende Werk über  
 das Kapital ist die glänzendste Rechtfertigung  
 der nationalökonomischen  
 Grundsätze der Kirche; durch diese  
 Schrift hat die Vorhersagung . . . von  
 dem Dienste, welchen die echte Wissen-  
 schaft der Kirche und dem Christentum  
 in Zukunft leisten werde, glänzend be-  
 gonnen in Erfüllung zu gehen. Zu be-  
 klagen ist nur, dass das zeitgenössische  
 Vorurteil und die mangelhafte Bekann-  
 schaft mit den Lehren der katholischen  
 Vorzeit es annoch verhindern, dass die  
 Erkenntnis hiervon in weiteren Kreisen  
 sich Bahn breche.« Er behauptet es  
 »allen Interpretationskünsten und Sophis-  
 men zum Trotz« als »sichere und unum-  
 stössliche Tatsache, dass die grössten  
 Geister der Scholastik, Albertus Magnus  
 und Thomas von Aquino, der Arbeits-  
 werttheorie huldigen«.

Eine *Theorie* setzt nun, sollte man mei-  
 nen, jedenfalls doch eine Problemstellung,  
 eine Frage, auf die sie Antwort geben  
 will, voraus. Wir erfahren aber trotz  
 massenhaft gehäufter Zitate bei Hohoff  
 nirgends, welches die Frage war, von  
 der her der Aquinat zu seiner angebli-  
 chen Arbeitswerttheorie kam, ob er  
 überhaupt die realen Phänomene des  
 Warenaustausches wissenschaftlich hat  
 erklären wollen — und nur dann könnte  
 ja überhaupt von einer Werttheorie  
 respektive dem Ansatz zu einer solchen  
 die Rede sein —, oder ob er nicht nur

seine Ansicht darüber, wie ein gerechter Austausch vor sich gehen sollte, äusserte. Jeder authentische Beleg fehlt in dem Buch. Was Hohoff bei früheren Gelegenheiten als solchen angeführt, dass Thomas von Aquino und mit ihm die Scholastik den Warenpreis auffasse als ein Äquivalent für *labor et expensae*, als eine Geldsumme, in der der handwerksmässige Warenproduzent die bei der Erzeugung von ihm aufgewandte Arbeit sowie die von ihm ausgelegten Materialkosten vergütet erhalte, ist doch in einer Gesellschaft, in der der Eigentümer und Verkäufer der Ware zugleich ihr Produzent ist, eine selbstverständliche Vorstellungsweise. Was der mittelalterliche *Lohnwerker*, der sein Material vom Kunden geliefert erhält und für den Kunden verarbeitet, als Gegenleistung bekommt, ist Lohn für eine zeitbestimmte Arbeitsleistung; wenn er sich dann zu einem das Material selbst kaufenden Handwerker entwickelt, bezieht er nunmehr den Lohn für seine (und seiner eventuellen Gehilfen) Arbeitsleistung in Form des für das fertige Produkt gezahlten Preises, eines Preises, der ihm zudem den Preis des aufgewandten Materials zurückerstatte muss. Der Kunde, und mit ihm der Moralist, verlangen dabei im Namen des *gerechten Preises*, dass nicht durch betrügerisch hohe Anrechnung des Materials oder sonstwie eine Überteuering stattfindet. Das ist leicht verständlich. Wo aber ist Thomas von Aquino oder die Scholastik über diese elementare Anschauung zu einer tieferen, einer *theoretisierenden* Erfassung vorzudringen? Wo ziehen sie den Schluss, dass die Materialkosten im Preise des Produktes sich weiterhin ebenfalls wieder in Entgelt für Arbeitsleistung auflösen und dass aus diesem Grunde die Preise aller handwerksmässig hergestellten Waren sich tendenziell in Proportion zu den in ihnen überhaupt enthaltenen Arbeitsquanten setzen müssen? Wo findet man bei ihnen die Unterstellung einer freien Konkurrenz als des Verhältnisses, das mit kausalem Zwang auf eine solche Regelung der Preise hinwirken müsste? Solange man auf solche Fragen keine klare Antwort erhält, wird man den jüngst sogar auf dem Parteitag zitierten Ahnen der Arbeitswerttheorie ruhig weiter schlummern lassen dürfen.

Noch unverständlicher ist die Behauptung, dass das aus den mittelalterlichen naturalwirtschaftlichen Zuständen ja leicht verständliche kanonische Verbot des

Zinsnehmens durch die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie als tiefe Weisheit dargetan und gerechtfertigt werde. Was hat die Marxsche Theorie, die den Ablauf des realen ökonomischen Gesamtprozesses in den modernen Gesellschaften auf die ihn regelnden Gesetze untersuchen und so methodisch erklären will, mit dem Streit über die Rechtsvorstellungen einer früheren Wirtschaftsepoch zu tun? Das Wertgesetz, wonach der Warenaustausch die Tendenz hat Austausch von Waren gleicher Arbeitsgrössen zu sein, will eine Tatsache, kein Sollen ausdrücken. Erinnert doch Hohoff selbst gelegentlich daran, dass Marx die Deduktionen früherer Sozialisten, die mit dem Wertgesetz das »Recht auf den vollen Arbeitsertrag« begründen wollten, strikte ablehnt. Nun mag man vielleicht sagen können, dass die Kirche, indem sie sich bei ihrem Wucherverbot darauf berief, »Geld könne nicht Geld zeugen, keine Früchte tragen«, von der Vorstellung ausging, dem einzelnen gebühre möglichst unverkürzt der Ertrag seiner Arbeit, dass ihr die Idee vorschwebte, die Ärmeren vor Ausbeutung zu schützen. Aber wo steckt da ein spezifischer Zusammenhang mit der Marxschen Theorie? Als besonders bedeutsam hebt Hohoff hervor, dass jene berühmte These *Geld kann nicht Geld erzeugen* zugleich den Satz einschliesse, nur die menschliche Arbeit, nicht das Kapital selbst, sei produktiv. So habe noch Leo XIII. in einer von der offiziellen Presse totgeschwiegenen Stelle seiner Enzyklika vom 15. Mai 1891 wörtlich erklärt: »Das ist gewisste Wahrheit, dass der gesellschaftliche Reichtum nirgends anders herkommt, oder durch nichts anderes hervorgebracht wird als durch die Arbeit der Arbeiter.« Marxistisch ist das auch nicht. Marx reduziert die Wertgrössen der erzeugten Produkte freilich restlos auf die Menge der zu ihrer Produktion erheischten Arbeitszeit, aber er vergisst darüber keineswegs die Rolle, die die Natur als Gegenstand und Basis aller menschlichen Arbeit bei der Erzeugung der konkreten Güter, des gesellschaftlichen Reichtums, spielt. Immerhin wenn das Zitat das, was es nach Hohoff beweisen soll, auch nicht beweist, so ist es bei der Übereinstimmung mit dem einleitenden Satz des früheren Gothaer Programms: »Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur« als päpstlicher Ausspruch darum nicht weniger interessant. Man sollte meinen, dass er

für die Agitation in katholischen Gegenden sehr wohl verwertbar sein müsste. Denn wenn die Arbeit nach päpstlich autoritativem Attest alles erzeugt, wie kommt es, dass die, die sie verrichten, in der heutigen Gesellschaft nur das Notdürftigste erhalten?

Das Bild katholischer Hypnose wird in dem Anhang unter anderem durch einen *philosophischen* Exkurs vervollständigt, der Aristoteles und die auf ihn fussende Scholastik als höchsten Gipfel der Philosophie verherrlicht, die Kantische Vernunftkritik aber als »Unmethode«, als »Zerstörung der Wissenschaft« apostrophiert. Kant ist, so heisst es bei einem der von Hohoff zustimmend zitierten Kämpen der katholischen Wissenschaft, »aus einem Freigeist zu einem unfreien Geist geworden, zum Mundstücke des Zeitgeistes, zum Spielball der erregten Wogen, die den Katarakten der Revolution zuweilen, ein Prädikant des Umsturzes von Glaube, Sitte, Wissenschaft, ihm wird die Philosophie zur Magd jener Vernunftgöttin, die Robespierre zu verehren befahl«. Vom Sozialismus hat Hohoff zum Glück eine bessere Meinung. Er ist nämlich »an sich ein hohes, hehres Ideal«, ist andererseits »in seiner konkreten historischen Erscheinung eine Zuchtrute, eine Gottesgeissel für die moderne und christliche Gesellschaft«, wird aber »wohl oder übel, mag er sich auch heute noch so gottlos gebärden, die Welt wieder lehren Gehorsam zu leisten den Geboten Gottes und seiner heiligen Kirche«. Da man vom lieben Gott nichts weiss als durch die Kirche, ist der Gehorsam gegen diese offenbar das Wichtigste! Wo sie frei schaltet, da herrscht Segen. »Die Zeit der rechtlichen Herrschaft der kanonischen Zinsverbote ist zugleich die Zeit, in der die europäische Zivilisation die grössten Fortschritte gemacht hat, welche die gesamte Geschichte der Menschheit kennt.«

× **Kurze Chronik** Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg fand eine kurze Aussprache über den Wert sozialtheoretischer Bildung für die praktische Gegenwartsarbeit statt; sie führte mangels geeigneter Gesichtspunkte und infolge der Unbestimmtheit der zu grunde gelegten Begriffe zu keinem Ergebnis. × Ein Institut für soziale Arbeit soll in München errichtet werden und als Sammelstelle für sozialpolitische Publikationen dienen. × Im Mittelpunkt der

Verhandlungen des Heidelberger Philosophenkongresses stand der sogenannte *Pragmatismus*, eine von den Amerikanern aufgestellte Theorie, die insofern auch soziales Interesse hat als sie ein Mittel für das menschliche Tun, für die Umgestaltung der Umwelt sein will. Der Wiener Goldscheid suchte sie zum Evolutionismus hinüberzuleiten.

× **Literatur** Eine lehrreiche, offenbar möglichst objektiv gehaltene Darstellung der sozialen

× Anschauungen der Kirchenväter gibt Otto Schilling, ein katholischer, glücklicherweise nicht philosophierender Autor, in seinem Buche *Reichtum und Eigentum in der alikirchlichen Literatur* /Freiburg i. B., Herder/. Heute spricht nur noch Tolstoj so zu den Besitzenden. Der Reiche, das geht als Grundton durch jene ganze Literatur, wird von den Lüsten, die Hab und Gut in ihm erwecken, in seinem Seelenheil aufs äusserste gefährdet. Wenn er vor Gottes Augen Gna le finden soll, so ist es Vorbedingung, dass er den Besitz als anvertrautes Gut verwalte, also, die eigenen Begierden zügelnd, nach Kräften den Armen und der Gemeinde damit diene. Die Sammlung enthält eine Menge auch agitatorisch verwertbaren Materials, das den grotesken Gegensatz von gläubiger Lehre und praktischem Verhalten trefflich illustriert × In der *Bibliothèque Sociologique Internationale* /Paris, Giard & Brière/ ist ein vom *Internationalen soziologischen Institut* preisgekrönter *Essai sur les révolutions* des Pariser Gelehrten Arthur Bauer publiziert. Die abgesonderte Erforschung eines konkret bestimmten einzelnen geschichtlichen Ereignisses wie etwa der französischen Revolution kann nach der Ansicht des Verfassers nur zu kausalen Erklärungen von hypothetischem Werte führen. Um zu einer sicheren Erkenntnis der wirkenden Ursachenreihen zu gelangen, dazu bedarf es einer Methode, die gleichartige, im Leben der verschiedenen Völker sich wiederholende Vorgänge zusammenstellt und diese auf ihre gemeinsamen typischen Merkmale untersucht. Erst durch ein solches Verfahren, das die von der Naturwissenschaft zur Aufdeckung verborgener Gesetze so erfolgreich angewandte Methode der Vergleichung in das Studium der Geschichte einführt, erhalte dieses einen wahrhaft wissenschaftlichen, strenge Kausalerkenntnis ermöglichenden Charakter, und Soziologie sei

überhaupt nichts als die systematische Handhabung der vergleichenden Methode auf historischem Gebiet. Die Parallele hinkt. Jedenfalls lässt sich in keiner Weise absehen, dass eine Vergleichung von der Art, wie sie Bauer in seinem Essay vornimmt — eine Vergleichung aller möglichen Revolutionen, wobei also von der Beziehung auf einen vergleichbaren ökonomischen Untergrund vollständig abstrahiert wird —, zu irgend welcher fruchtbaren Einsicht, geschweige zur Entdeckung *historischer Gesetze* führen kann. Was dabei herauskommt, ist nicht viel mehr als eine Aufzählung von allerhand Gesichtspunkten, nach denen man die *Revolutionen*, ihre Ursachen, die Momente ihres Ablaufs rubrizieren und klassifizieren kann, wodurch für die Kausalerklärung so gut wie nichts gewonnen wird. Der Autor gliedert seine Betrachtungen nach drei Etappen, die er bei allen siegreichen Revolutionen unterscheiden zu können meint. Der erste Abschnitt behandelt das Vorbereitungsstadium der *Gärung*, der zweite das der *Krise*, der dritte das der organisierenden *Umwandlung*. Die französische Revolution liefert das Grundschema, auf das überall in erster Reihe zurückgegriffen wird. X Nicht nur unfruchtbar wie diese soziologische Spezialuntersuchung, auch im höchsten Mass verworren und verwirrend erscheint eine *Die sozialen Gesetze* betitelte Schrift des vielgenannten französischen Soziologen G. Tarde, die jetzt in deutscher Übersetzung herausgekommen ist /Leipzig, Klinkhardt/. Es ist eins jener Bücher, deren Lektüre einem fortwährend das *Bimbam* in Erinnerung ruft, womit das *Setzerweib* in der Lassalleschen Streitschrift die dunkeln Orakelsprüche Julian Schmidtscher Weisheit begleitet. Ein Klingklang grosser prätenziöser Worte, die einen Leser, der naiven Sinnes meint, es müsse sich dabei auch etwas denken lassen, zu einer Arbeit, so aussichtslos wie die der Danaiden, verleitet. Die Soziologie, heisst es in der Einleitung, kann zu dem Range einer Wissenschaft nur dann gelangen, »wenn sie ein eigenes Gebiet von nur ihr charakteristischen Wiederholungen, Gegensätzen, Anpassungsfähigkeiten besitzt! . . . Nur dann wird sie Fortschritte machen, wenn sie, wie jede andere Wissenschaft vor ihr getan hat, stets bemüht ist falsche Wiederholungen, Gegensätze und Anpassungsfähigkeiten durch wahre zu ersetzen . . .« In diesem Stil, der unter dem Anschein, als

sollten Begriffsbestimmungen gegeben werden, vielmehr jede greifbare Bestimmtheit auflöst, geht es weiter. Herr Tarde entdeckt, dass die Menschen im sozialen Leben einander nachahmen und macht daraus sofort den Grundzug und das Unterscheidungsmerkmal des sozialen Lebens überhaupt. »Die Soziologie«, dekretiert er, »hat die allgemeinen Gesetze darzulegen, welche die nachahmende Wiederholung regieren.« Sie sind »das selbe für die Soziologie, was die Gesetze der Gewohnheit und Vererbung für die Biologie, was die Gesetze der Gravitation für die Astronomen, was endlich die Gesetze der Wellenbewegung für die Musik sind.« Wer mehr darüber wissen will, wird auf ein anderes Werk des selben Tarde *Die Gesetze der Nachahmung* verwiesen, wo der Verfasser dieses Thema zur Genüge behandelt hat. X Leider ist auch von der in 2. umgearbeiteter Auflage vorliegenden *Soziologie* des Züricher Dozenten A. Eleutheropoulos /Jena, Gustav Fischer/ nicht Gutes zu berichten. Die willkürlichen Zickzacklinien der Darstellung und eine oft grotesk verschiefte, den Ausländer verratende Ausdrucksweise stellen an die Geduld des Lesers hohe Ansprüche. Wie es mit der Logik bestellt ist, zeigt, um nur eines der krassen Beispiele herauszugreifen, der Abschnitt über die *Materie der sozialen Vereinigung*, der uns belehrt, dass wir die Klassen als die »nicht mehr weiter zerlegbaren Atome« des sozialen Prozesses zu betrachten haben. Oder man lese die Kritik, in der Eleutheropoulos den Sozialismus und das sozialistische Ideal der — Weibergemeinschaft (!) als der Natur zuwiderlaufend widerlegt.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

**Exotisches** Gegen die Heiligkeit der flötenden und sentimentalten Heimatsdichter treten immer wieder Poeten auf, die gar keine Lust verspüren auf ihrem Boden zu bleiben, die weit, weit ins Exotische ziehen, um sich dorten den Reichtum ihrer Kunst herzuholen. Da sie nun stärker sind als die Heimatsdichter, sind sie auch wertvoller und besser, und alles Gerede über das Erzieherische der Schollenliebe ist überflüssig. Nicht deutsche Schriftsteller leisten gegenwärtig das Schönste für deutsche Leser sondern ausländische, und die Traurigkeit über eine derartige

Feststellung darf nicht dazu verleiten gegen die Ausländer ungerecht zu sein. Hier ist schon mehrmals von dem Dänen Johannes V. Jensen gesprochen worden, von seiner ungewöhnlichen, schillernden Sprache, von seiner Kraft entlegene Kulturen durch ganz neue Bilder unserer Empfindung zu vermitteln. Aber auch auf die seelische Eigenart dieses Schriftstellers wurde schon eingegangen, auf das Fundament seines literarischen Charakters, der aus Journalismus und Poesie merkwürdig gemischt ist. Wie der Impressionismus des Malers eigentlich auch ein Journalismus ist, das heisst eine genaue und gewandte Berichterstattung dessen, was momentan dem Auge begegnet, so ist dieser die Methode Jensens ein Journalismus der Poesie. Er geht zu den Dingen, die er beschreiben, erzählen und symbolisieren will, ohne Voreingenommenheit, ohne erlernte Ästhetik, ohne Pedanterie. Er sieht sich die Welt ohne Philosophie an, kindlich und mit Inbrunst, und alles, was er da erblickt, was da seine Phantasie aufregt, das sagt er mit der Feder. Solch Sagen kann sehr unbeholfen sein, es ist bei Jensen aber von starker Begabung getragen. Er ist reich an Einfällen, an der Fähigkeit dem Leben der Natur und der Menschen einen grossen Schwung zu geben. Sein jüngstes Werk ist das *Rad* /Berlin, S. Fischer/, ein Roman aus der amerikanischen Welt. Chicago ist der Schauplatz; die Stadt, in der einst Upton Sinclair den Sumpf sah, ist für Jensen das Paradies für gewaltige Menschen. Da kommt ein blonder Träumer, selbst ein Poet, aus dem Nordland. Er hat einen grossen Rassenraum, den nämlich, dass die Erdenherrschaft an die Germanen zu fallen hat, und das, was er unter einem Germanen versteht, ist ein Mensch aus sehr gemischtem Blut, anthropologisch gar kein Germane mehr sondern ein kühn erschaffenes Hirngespinnst. Dieser Rassenraum ist die Ouvertüre des Werkes, das bald Reelleres bietet, nämlich den Kampf von zwei Menschen. Der erste ist ein Volksbeglückter und ein Mörder zugleich, einer, der auf die Erde die Seligkeit den Hungernden bringen möchte, obwohl das Blut geschlachteter Opfer an seinen Fingern klebt. Er will den Mächtigen die Macht entringen, um sie den Ohnmächtigen zu geben. Er ist ein Priester, der an einen gespenstischen, molochartigen Gott glaubt, der von allem Spuk angesteckt ist und dabei doch den kühnsten Kopf bewahrt.

Eine sehr seltene Menschenblüte ist dieser Mann, ein Wirrnis und ein Knäuel von Irrtum und Wahrheit, und doch die Gestalt eines Schriftstellers, dem es gelang tausend Eigenschaften und Widersprüche in eine Seele zu senken. Feind dieses Mannes ist der blonde Poet, der aus Raffiniertheit und Naturtum gemischt wurde. Er ist ein Träumer, der dennoch die Wirklichkeit sonnenklar durchdringt. Aber er ist eben im Gegensatz zu dem Priester ein esoterischer Mensch, einer, der bei sich das Glück sucht, nicht in dem Anblick zufriedener Millionen. Beide Menschen geraten an einander, indem sie ringen über die Riesenstadt Chicago König zu sein. Der Priester, ein Mörder, ein Verbrecher, will es durch Hinterlist, der Poet will es durch Aufklärung, durch Güte, durch Huld. Dem Poeten ist es ein heiliger Ernst. Dem Priester ist es ein entsetzliches Spiel, ein Ansporn seiner grausamen Triebe. Denn er möchte einen Menschen, den Geldkönig von Chicago, vernichten. Die beiden Feinde kämpfen in einer grausigen Winternacht, und da mordet der Lautere, der Schwärmer und Enthusiast, den ekelhaften Mordgesellen. Es schneit in jener Nacht, die ganze Stadt wird von dem Schnee begraben. Die Todesdecke legt sich über die Stadt, hoch und weich und beschwichtigend, als der blonde Sieger seinen Feind zerschmettert. Es ist schwierig all das Unfassbare, Geheimnisvolle, Unterirdische dieses Kampfes kurz zu schildern, das Groteske des Buches und sein Grossartiges, das in der Luft Schwebende und dennoch durchaus Mögliche. Charaktere werden auf eine Art gezeichnet, die bisher kaum bekannt war. Eine prächtige, symbolische Bildlichkeit ist Jensens Hauptbegabung, und wenn er sich bei einer üppigen Schilderung übernommen hat, dann kann es ihm sogar geschehen, dass er platt und müde wird, dass sein Buch ins Nichts verrinnt. Zum Glück nur zeitweise, wie bei dem geübten Haschischraucher nach momentaner Niedergeschlagenheit bald wieder der Aufschwung folgt. Das Toben des Schneetreibens, das Starren des Frostes, das Wüten der Volksmenge, das Schnauben der Leidenschaftlichen: all dies Gewaltige beherrscht Jensen mit ausserordentlicher Kraft. Er ist ein ganz originaler Schriftsteller, vielleicht zu verwegen oft, insofern als er manchmal die Willkür reden lässt, wo die Vernunft ihr nicht mehr recht gibt.

Was sind alle spitzfindigen Detektivs und Spürhunde gegen den genialen Kriminalisten Mason, den Jensen schon in der *Madame d'Ora* erfindet, der im neuen Roman wiederkehrt! Man hat an der Schlaueit dieses Kriminalisten die Schönheitsfreude, die jeglicher uns schafft, dessen Scharfsinn ein Wunder ist. Aber der gesottene Kriminalist ist im Roman nur eine Episode, eine Nebenfigur, er kommt erheiternd und erfreulich, nicht als die Hauptperson. Der Mensch ist kein kriminalistischer Mechanismus sondern eine kriminalistische Seele. Man könnte das gleiche sagen von Kim, dem Romanknaben, dessen Leben Ruyard Kipling erzählt /Berlin, *Vital*/. Ein Roman aus dem gegenwärtigen Indien ist das Buch zubenannt. Früher blieb Kipling ganz im Exotischen. Früher war er mehr ein glänzender Ethnograph als ein vergleichender Völkerpsychologe. Er wuchs mit seinen Problemen, und Kim ist nicht so bestechend wie die Dschungelbücher, nicht so an die Kinderphantasie redend, aber dafür gedanklich schwerer. Kim ist ein Spion, der den Engländern hilft die Schliche der Eingeborenen zu entdecken, sie zu entwaffnen und zu schwächen, damit sie im Kampf mit ihren jetzigen Herrschern unterliegen. Kim ist eigentlich auch ein Detektiv, mehr ein ins Exotische gehörender Kundschafter. Wie er dazu aus einem winzigen Strassenjungen wird, das erzählt Kipling mit Humor und grosser Geschicklichkeit. Die Hoheit der indischen Berge, die Lächerlichkeit der indischen Riten, aber auch deren Öppigkeit und Buntheit, englische Verschlagenheit und Heuchelei, komische Naturwüchsigkeit versunkener Weisen, all das geht herrlich im Buch vorüber. Ich mag dieses Buch sehr gern, es scheint mir eine schöne Krönung jener Freude, die man seit hundert Jahren am Indischen gewonnen hat. Denn jetzt ist es ungefähr ein Säkulum her, dass Friedrich Schlegel auf die Exotik und die Klugheit Indiens genussfähige Menschen verwies. Exotik des Religiösen: das heisst nicht die moderne Dogmatik sondern deren Quelle. Ein Roman vom Werden des Christentums wurde von dem Franzosen Maurice de Waleffe geschrieben, von H. Michalski übersetzt /Berlin, *Concordia*/. Solcher Romane gibt es Tausende, aber sie wollen mehr oder min-

der unterrichten, nicht reine Kulturpoesie sein. Der Franzose erzählt das Leben der Marie von Magdala und beabsichtigt einen Unterhaltungsroman zu schreiben, bei dem das Werden des Christentums so nebenhergeht. Das gelang ihm nun durchaus nicht. Er schrieb eine sehr langweilige Geschichte, in der das Erträglichste das Kurtisanenleben der Magdalenerin ist.

×  
**Kurze Chronik** Seinen 80. Geburtstag hat Leo Tolstoj gefeiert, von seiner Regierung geächtet, von feineren Menschen beglückwünscht und gepriesen. × Der ausgezeichnete Pariser Verlag P. V. Stock hat das Dschungelbuch Kiplings von Albert Savine ins Französische übertragen lassen. × Ein Unterhaltungsroman von nicht grossen Qualitäten ist Karl von Perfalls *Ritter und Damen* /Berlin, Fleischel/. × Der Roman Marcel Prévosts *Herr und Frau Moloch*, der in Deutschland spielt, aber doch nur ungenügend deutsches Wesen schildert, erschien jetzt verdeutscht bei Albert Langen in München.

×  
**Literatur** Was soll ein junger Mann unbedingt lesen, der um die Wende zu den zwanziger Jahren steht, der als ein kulturell wichtiges Menschenkind betrachtet sein möchte? Diese ebenso heikle wie schwierige Frage hat der Verleger Hugo Heller in Wien einer Anzahl von schriftstellernden Männern, Professoren, Staatsmännern und Industriellen vorgelegt. Das Ergebnis wird in einer dünnen Broschüre bekanntgegeben. Jeder sagt etwas anderes, der eine, Hermann Bahr zum Beispiel, breit und redselig, Richard Schaukal selbstgefällig und wie ein Enzyklopädist. Man lernt aus den Antworten wenig, und man muss leider sagen, dass sie so gut wie keine Antwort sind. Junge Leute um die Wende der zwanziger Jahre soll man ihren eigenen Weg gehen lassen; wozu da die Bevormundung? Taugt einer geistig nichts, dann nützt ihm auch das beste Buch keinen Deut. Geistig starke Jünglinge wissen sich selber Rat, suchen sich durch Irrtum und schlechte Lektüre zum Rechten. Aber sie werden es als überflüssig ansehen, dass ihnen jemand etwas dreinredet.